DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

348 | 30. JAHRGANG September 2013 | 4,50

AUS DEM INHALT:

WER TEILT MIT WEM?
Eine Frage, die wir an linke, solidarische Zusammenhänge richten.
Seite 2

WIE GELD VERTEILT WIRD
Anlässlich 40 Jahre Solidaritätsfond: ein Plädoyer für die Repolitisierung von Förderpraxen und detaillierte Infos über Möglichkeiten, selbst Anträge zu stellen.
Seite 3

GRIECHENLAND
Wie die Arbeiter von vio.me in Zeiten der Krise ihren Betrieb selbst übernehmen.
Seite 4

PROTESTE IN SLOWENIEN
Ende des letzten Jahres begannen die größten Proteste der Geschichte Sloweniens, gleichzeitig entstehen vielfältige selbstorganisierte Projekte. Ein Bericht über ein wenig beachtetes Thema.
Seite 4

WIDERSTAND IN DER BRETAGNE
Bauern und Einwohnerinnen kämpfen beharrlich gegen ein Großflughafenprojekt; sie organisieren sich ihr Leben und ihre Arbeit selbst.
Seite 5

ELTERNZEIT AUF REISEN
Ein Bericht, der inspiriert, neue Erfahrungen und gemeinsame Weiterentwicklung zu wagen.
Seite 6

BERATUNGSSCHNIPSEL
Kolumne der Berliner AGBeratung: »Kollektive Beratungsschnipsel... auf das Kleingedruckte kommt es an«.
Seite 6

EINLADUNG ZUM MITMACHEN
Der Dresdner Umsonstladen lädt selbstorganisierte Projekte ein, sich auszutauschen und zu ver- netzen. Vom 3 – 6. Oktober.
Seite 8

www.contraste.org

SELBSTORGANISATION UND WIDERSTAND IM NEOLIBERALEN ALLTAG

Soziale Kunstwerke und Solidarität

An manchen älteren Kommunen und Projekten zeigt sich: Fremdbestimmtheit holt uns im Alltag oft wieder ein. Darum legen wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den neoliberal geformten Alltag, seine normalisierende und disziplinierende Wirkung und die solidarischen und widerständigen Praxen, die sich dagegen harausgebildet haben. (1)

Von Christoph Lang und Anne Seeck, Redaktion Berlin ● CONTRASTE berichtet häufig von Menschen, die aus den für sie vorgesehenen Alltagen aussteigen: über Kommunen, Freiräume und Orte der Bewegung. Ausbruch aus den autoritären Bindungen des Alltags und Bildung freier Kollektive – eben Selbstorganisation ist unser Motto und unsere Nische.

Allerdings mussten sich viele Kollektive nach einiger Zeit eingestehen, dass sie durch Marktzwänge wieder eingefangen worden sind und es nicht geschafft haben, Konkurrenzmuster oder patriarchale soziale Praxen zu überwinden und einen neuen Alltag bedürfnisorientiert zu gestalten.

Was von feministischen Versuchen der Selbstorganisation blieb, untersucht Gisela Notz auf Seite 11. Dass manche Projekte im Alltag untergingen oder sich anpassten, sieht sie nicht als Beweis, dass anders Leben und Wirtschaften nicht möglich sei: »Frauenprojekte und Betriebe sind in erster Linie soziale Kunstwerke und keine wissenschaftlichen Experimente.« Jedes Projekt – egal wie lange es existiert hat – sieht sie als einen »Versuch, mit (...) der ebenbürtigen Teilhabe am ganzen Leben ernst zu machen«. Und daraus können alle Projekte lernen.

Darin meinen wir aber auch zu erkennen: Es gibt keinen Platz neben dem Kapitalismus in seiner neoliberalen Spielart, keine Nische, in der Kollektive wirklich frei und gleich sein könnten. Freiheit und Gleichheit müssen immer wieder bewusst untereinander hergestellt und nach außen hin erkämpft werden. Gerade Menschen, die sich ihre Nischen nicht selbst geschaffen haben, sondern dort hin abgeschoben wurden, wissen ein Lied davon zu singen. In Berlin fand diesen Sommer die Mad & Disability Pride Parade statt. »Barrikaden statt Barrieren« empfahl der *AK moB – Menschen mit und ohne Behinderung* – dort in seiner Rede (S. 11). Kämpferisch knüpft die Parade an Aktionsformen der Frauen- oder der Schwulen-Lesben-Bewegungen an. Auch wenn es der Alltag ist, der manche Menschen mit Behinderung zu Objekten macht, die herumgeschoben werden: Es ist klar, dass solche Kämpfe um Anerkennung und gleiche Rechte genauso sehr einer öffentlichen Resonanz bedürfen wie sie im Alltag geführt werden müssen.

Soziale Kämpfe finden im Alltag statt, brauchen aber Öffentlichkeit. Demo gegen das Spionageprogramm PRISM Foto: Mike Herbst

Erwerbslose, psychisch Kranke und Menschen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, vereint mit Menschen mit Behinderung, dass sie von Wirtschaft, Medien, Politik und Gesellschaft systematisch entwertet werden und den »in Lohnarbeit integrierten« als Abschreckung vorgeführt werden. Es braucht viel Mut, zu sagen: »Ja, ich habe eine Behinderung und natürlich gelten für mich die gleichen Rechte wie für alle anderen Menschen auch. Akzeptiert es oder bleibt mir gestohlen.« Wer sich jedoch hinter einem Schein von Normalität versteckt, kann keine aufrichtige Solidarität erfahren, da er oder sie nicht erkennbar ist. Vertrauensvolle Räume des gegenseitigen Erkennens und der praktischen Solidarität zu schaffen, das gelang der Erwerbsloseninitiative *Basta* (S. 12), dem Bündnis *Zwangsräumungen verhindern* (Berlin) und der *Plattform der Hypothekengeschädigten* (Barcelona, S. 14) oder dem *Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt* (S. 11).

Gelingt es Betroffenen auf diese Art, ihre Situation zu artikulieren und in eine kleine, aufmerksame Öffentlichkeit zu bringen, entsteht die Möglichkeit des Widerstands. Die an den Rand gedrängten verweigern damit, Projektionsfläche der Gesellschaft zu sein. Sie wenden sich dagegen, dass anderen mit ihrer Situation Angst gemacht wird, aber auch dagegen, dass andere ungefragt für sie sprechen.

Auch die Beschäftigten der Gemenos-Teebeutelfabrik bei Marseille haben gemeinsam gelernt, dass sehr viel möglich ist, wenn bei angekündigter Betriebsschließung nicht einfach alle nach Hause gehen sondern Wut und Enttäuschung miteinander geteilt werden (S. 13). Bewusst haben wir Artikel und Interviews zusammengestellt, die zum Nachmachen ermutigen. Damit möchten wir auch den Wunsch der Bastas bekräftigen, dass verschiedene Kämpfe zusammengedacht und miteinander verbunden werden, mit dem Ziel der Erlangung von Freiheit in Vielfalt.

(1) vgl. Christoph Changs »Selbstorganisation, Monarchie und Alltag«, und die weitere Artikelserie: »Sich gegenseitig unterstützen – Herrschaftsverhältnisse aufkündigen«. CONTRASTE 339, 342 und 344/345. ●

Schwerpunktthema auf den Seiten 11 bis 14

D 8008

Anzeige

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++
BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++
FÜR ++ RADIKAL ++
GLOBAL ++ DENKEN ++
HANDELN ++ !!!

Konto: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

STUTTGART: 3. EUROPÄISCHES FORUM GEGEN GROSSPROJEKTE

Der Widerstand ist überall legitim

Die Widerstandsbewegungen gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte versammelten sich anlässlich des dritten Forums vom 25.-29. Juli 2013 in Stuttgart. Knapp 2.000 TeilnehmerInnen aus ganz Europa diskutierten über gigantische, Milliarden an Geldern verschlingende, unsoziale Bauprojekte.

Peter Streiff , Red. Stuttgart ● Nach dem ersten Treffen 2011 im italienischen Val di Susa und dem 2. Forum im französischen Notre Dame des Landes war nun die Bewegung gegen Stuttgart 21 Gastgeberin der AktivistInnen aus Frankreich, England, Spanien, Italien, Belgien, Rumänien, der Türkei und Deutschland. Sie stellten im Verlauf des fünftägigen Austauschs fest, »dass überall die gleichen Akteure, die gleichen Methoden, die gleiche Nutzlosigkeit für die Öffentlichkeit, die gleiche Unterdrückung, die gleiche Verschwendung von öffentlichen Geldern zugunsten einer Minderheit, die gleichen öffentlichen Defizite, die gleiche Unterbindung der demokratischen Debatte und die gleichen Umweltzerstörungen zu finden sind.«

In ihrer Abschlusserklärung des Forums kritisierten die AktivistInnen weiter, dass »diese Großprojekte zur Bildung einer neuen Finanzblase beitragen. Die von der EU geförderten Project Bonds schaffen neue Schulden für die Länder, die sie nutzen. Gleichzeitig lösen sie einen Teufelskreis aus, der die Volkswirtschaften und die sozialen Strukturen zerstört.«
Angesichts des Leidens der Bevölkerung, der prekären Lebensverhältnisse und der immer größer werdenden Opfer, die erbracht werden müssen, sind diese Projekte besonders empörend. Diese Großprojekte zu stoppen ist nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch des Anstands.

Die TeilnehmerInnen des Stuttgarter Forums gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte haben gezeigt, dass sie über fundierte Kenntnisse sowohl über die Projekte als auch über die Mechanismen zu deren Durchsetzung verfügen.

Sie haben festgestellt, dass ihr Widerstand überall legitim ist, da er auf folgenden Dingen beruht: Rücksicht auf die Umwelt, genaue Risikoeinschätzung durch eine gründliche Analyse der finanziellen und politischen Ausuferungen und Berücksichtigung der Prioritäten und Bedürfnisse. Diese Legitimität führt dazu, dass die TeilnehmerInnen ihre gemeinsamen Aktionen verstärken und die notwendigen Mittel einsetzen, um die internationale Bewegung gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte zu fördern, unabhängig von ihrer Beschaffenheit. In diesem Zusammenhang haben sie beschlossen, ein dauerhaftes Netzwerk einzurichten, damit die Widerstandsbewegungen untereinander in Kontakt bleiben und sich koordinieren können.

Entschieden wurde, dass die Bewegungen sich auf einem vierten Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte vom 1. bis 4. Mai 2014 in Rosia Montana, Rumänien, treffen werden. Alle Widerstandsbewegungen sind dazu eingeladen an diesem Forum teilzunehmen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und von den Erlebnissen der anderen Bewegungen zu lernen und so den Widerstand gegen die »Weißen Elefanten« – das neue gemeinsame Symbol aller Widerstandsbewegungen – an allen Fronten schneller auszuweiten.

Oben bleiben! A sarà dura! On ne lâche pas! Stop unnecessary and imposed mega projects!

www.drittes-europäisches-forum.de
Infos zur Widerstandsbewegung in Stuttgart:
www.bei-abriss-aufstand.de
Bericht zu den Zadisten in Notre Dame des Landes: Seite 5

FULL HOUSE: UNSER SOMMERPLENUM

Fünf Tage Austausch auf dem Land

Von Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Im Vorfeld hatte es eine Flut von Mails mit Ideen und Ansprüchen gegeben, wie es mit unserer Zeitung weitergehen sollte. Darunter auch die Forderung, organisatorische und administrative Arbeiten angemessen zu bezahlen. Einige sprachen von tariflich orientierter Bezahlung. Das war neu. In den letzten Jahren hatten wir unsere kleine Nußschale CONTRASTE nur mit Mühe und viel ehrenamtlichem Engagement durch die Felsenriffe und rauen Klippen des Zeitungsmarktes gesteuert. Forderungen nach besserer Bezahlung der notwendigen Arbeiten könnten zur Überschuldung des Herausgebervereins führen, fürchteten die langjährigen Redakteurinnen und -redakteure.

Es lastete eine hohe Verantwortung auf den 18 Plenums-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern, die bis zu fünf Tage gekommen waren, um Pläne und Konzepte für die Zukunft der CONTRASTE zu entwickeln. Die mitunter anstrengenden Diskussionen hatten in der idyllischen und friedlichen Atmosphäre des Tagungshauses und durch das reichhaltige und leckere Essen unserer Gastgeber Uli und Klaus einen angenehmen Rahmen.

Relativ schnell einigten wir uns auf ein weiteres monatliches Erscheinen als Papierausgabe. Der Wunsch nach Anstellungsverhältnissen für zwei bis drei Personen zur Zeitungsplanung und Heftkoordination wurde kontrovers diskutiert, lässt sich aber derzeit ohnehin nicht finanzieren. Selbst wenn wir dafür Fördermittel in Anspruch nehmen könnten, ergäbe sich für den Vorstand des Herausgebervereins ein nicht kalkulierbares Risiko, wenn er Löhne und Sozialabgaben für drei Personen refinanzieren müsste.

Seit dem Tod von Dieter Poschen (Gründer, Layouter und Hauptverantwortlicher unserer Zeitung) hatte Elisabeth Voß (Redaktion Berlin) alle Koordinierungsarbeiten übernommen. Nun haben sich Antonia Schui (Redaktion Berlin) und Ulrike Kumpe (Redaktion Hannover) bereiterklärt, ab dieser Septemberausgabe vorerst für die kommenden sechs Monate die Zeitungsplanung und das monatliche Erscheinen der CONTRASTE sicher zu stellen. Ab Oktober übernehmen sie auch die Gesamtkoordination.

Das Layout, das für vier Ausgaben von SUBdesign in Dresden gemacht wurde, wird ab Oktober ebenfalls neu vergeben. Für die Neugestaltung unserer Website fanden sich zwei engagierte neue Mitredakteure, Steffen Neumann und Vadim Ullmann von der Programmiergenossenschaft netz.coop, die bis Ende September eine Testversion der Website erstellen werden.

Um die anstehenden Veränderungsprozesse einzuleiten und zu begleiten, werden neue Arbeitsgruppen eingerichtet: eine Koordinations-AG für das ganze Projekt CONTRASTE, eine Profil-AG, die sich mit unserer inhaltlichen Ausrichtung befasst, und eine Endredaktions-AG, um Wissen und Erfahrungen zu bündeln und ein paar Standards festzulegen, auch wenn die Vielfalt der Schreibstile in CONTRASTE erhalten bleiben soll. Die Layout-AG soll sich damit beschäftigen, ein neues Layout für die Zeitung zu entwickeln.

Nachdem wir all dies festgelegt hatten, konnte ich erleichtert die Rückreise antreten – CONTRASTE wird weiterbestehen!

Bis wir CONTRASTE in ruhigeres Fahrwasser überführt haben, wird es halbjährliche Redaktionsplena geben. Das nächste Treffen ist von Freitag, den 29. November bis Sonntag, den 1. Dezember 2013 in Berlin. ●

elis.corner

Wer teilt mit wem?

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Teilen ist trendy, aber nichts Neues. Schon der heilige Sankt Martin teilte seinen Mantel mit einem Bettler – so berichtet die Bibel. In dieser ungerechten Welt von Hunger und Kriegen, deren Ressourcen von den einen zulasten der anderen übernutzt werden, ist das Teilen zum vieldiskutierten Lösungsansatz geworden, und es entstehen etliche Projekte, in denen Dinge vorübergehend genutzt werden statt individuelles Eigentum zu sein. Meist nicht aus der Not, sondern eher aus Überdruss: Bloß nicht festhalten am Materiellen, sich nicht belasten mit viel zu vielen Dingen, sondern nutzen, genießen, am besten gemeinsam, und dann wieder loslassen.

Leider gibt es keine Idee oder Praxis, so schön und befreiend sie auch sei, die nicht auch wieder zur Ware würde oder zum Teil des Systems, das sich jede Idee und jede Innovation einverleibt, sie käuflich macht und mit unstillbarem Verwertungsdrang vergiftet, oder zur Illustration herrschender Gewaltverhältnisse degradiert. Sich zu bewegen, und sei es noch so heftig gegen den Strom, erfordert ohnehin Kompromisse, den Tanz mit dem Monster, die Anpassung an Bestehendes, um überhaupt möglich zu werden. Längst sind Carsharing oder Mitfahrportale kommerzialisiert, Shareconomy gilt als zukunftsträchtiges Geschäftsmodell.

Aber wem gehört eigentlich all das, was nur genutzt wird? Oder die Infrastruktur, zum Beispiel die vielen Internetportale, mithilfe derer die Gemeinschaftsnutzung organisiert wird? Gehört es denen gemeinsam, die es nutzen, sind es also echte selbstverwaltete Commons (gemeinsame Güter), oder wem sonst? Wo findet Teilen als sozialer Prozess statt und wo ist es einfach nur ein technischer Vorgang? Und wo teilen sich die Habenden untereinander – oft von Medien bejubelt – das, was sie zu viel haben, und wo teilen sie – oft eher im Verborgenen – mit den Verarmten und Entrechteten, mehr Sankt Martin als schriller Hype? Wo ist Teilen eher ein symbolisches Trostpflästerchen, und wo entstehen Potentiale einer anderen Welt? Oder trägt vielleicht jedes Share-Projekt beide Aspekte in sich?

In dem Umfeld, in dem CONTRASTE beheimatet ist, beobachte ich das ernsthafte Bemühen darum, nicht nur symbolisch zu teilen, sondern tragfähige Strukturen zu schaffen zur gemeinsamen Nutzung von Häusern, Gärten, Geräten, Wissen etc. Solidarität auf der Basis von Gegenseitigkeit, und oft auch mit anderen, die selbst nicht die Fähigkeiten oder Möglichkeiten haben, sich solche Gemeinschaftsnutzungen zu organisieren.

Zum Beispiel mit Flüchtlingen, deren Spielräume für Selbsthilfe systematisch eingeschränkt werden. Denen trotzdem manches gelingt, die aber bei weitem nicht über die Möglichkeiten verfügen, wie sie privilegierten Einheimischen offenstehen. Neben den FlüchtlingsaktivistInnen, die aktuell in Camps und bei Aktionen sichtbar werden, leben viele im Verborgenen in Lagern, vor allem Frauen und Kinder, Ältere, Traumatisierte und Erkrankte. Illegalisierte versuchen irgendwo und irgendwie über die Runden zu kommen. Es sind viele und es werden immer mehr, die darauf angewiesen sind, dass andere mit ihnen teilen.

Daher denke ich, es ist an der Zeit, dass selbstverwaltete Projekte, die großteils immer noch weiß und mittelschichtig sind, stärker als bisher überlegen, wie sie ihre Erfahrungen und Möglichkeiten – eben ihre Privilegien – noch stärker teilen können mit denen, die diese Privilegien nicht haben: Welche Strukturen gibt es, die vernetzt werden könnten, welche wären gut zu schaffen, und welche MitstreiterInnen könnten hilfreich sein – vielleicht auch jenseits kleiner alternativer und politischer Szenen? ●

SOMMERFORUM DER INSEL FÜR SELBSTBESTIMMTE BILDUNG

Eine Zeitung zum Mitmachen

Contraste war im Juli eingeladen, sich im Rahmen eines Workshops auf dem Sommerforum der InSel für selbstbestimmte Bildung auf Wukania zu präsentieren.

Von Antonia Schui, Redaktion Berlin ● Nördlich von Berlin, am Ufer des idyllischen Wukensees, in einer entspannten Atmosphäre experimentierten die Teilnehmenden mit nicht-hierarchischen Formen von Bildung. In selbstorganisierten Workshops erprobten sie demokratische Ansätze der Diskussion und Wissensvermittlung. Die Individuen, ihre Anliegen, wie gegenseitige Unterstützung, das Bestreben Wissen und Kompetenzen zu teilen, kollektiv zu arbeiten und es sich gut gehen zu lassen prägten das Camp.

Gerne nutzten wir die Chance, CONTRASTE vorzustellen. Das Anliegen war, mit den Teilnehmenden intensiver ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, welche Art Medium sie sich für ihre Arbeit wünschen.

Am sonnigen Samstagmittag fand sich eine kleine interessierte Gruppe im Halbkreis auf der Wiese zusammen. Alle kannten CONTRASTE bereits.

Mehrere Teilnehmende betonten die zentrale Rolle, die das Internet in ihrer Arbeit spielt. Hilfreich bei der Suche nach Informationen wäre für sie ein thematisch gut strukturierter und breit angelegter Blog, der Schwerpunkte und Akzente setzt und auch Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation eröffnet. Hier könne zudem auf aktuelle Termine und auf Aktionen hingewiesen werden. Zum Vorteil des Internets, der Blogs, zähle, dass immer mehr Menschen, die Möglichkeit zu schreiben und zu publizieren nutzten, so eröffneten sich Formen der Partizipation, Spezialistentum werde überwunden, mitmachen und gestalten sei möglich.

Das Internet sei perfekt, um schnell einen Überblick zu gewinnen, das soeben Gelesene ginge aber auch wieder verloren. Aufgrund der Überflutung mit Informationen fände eine nur wenig tiefer gehende Aneignung der Inhalte statt. Das Wissen sei flüchtig. Printmedien mit ausgeprägten thematischen Schwerpunktsetzungen, wie auch CONTRASTE, spielten daher weiterhin eine große Rolle. Sie eigneten sich, um in einem ruhigen Rahmen intensiver zu bestimmten Fragen zu arbeiten, und um sich neu inspirieren zu lassen.

Anregend, und eher unerwartet, war auch der Rat einer in Layout-Gestaltung erfahrenen Teilnehmerin: Der 80er Jahre inspirierte CONTRASTE-Schriftzug solle bleiben – so sei die Zeitung auch zukünftig bereits auf den ersten Blick unverwechselbar. ●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.
Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D – 69035 Heidelberg, einsenden.

BERLIN-BRANDENBURG

Solidarische Ökonomie in Berlin-Brandenburg

Radiosendung »Geld oder Leben«, jeden Mittwoch kurz nach 8h im morgen:magazin von Radio multicult.fm (UKW 88,4 MHz, Potsdam: 90,7 MHz):
www.contraste.netz-bb.de
Mitmachen bei der CONTRASTE-Redaktionsgruppe Berlin, Kontakt: contraste@elisabeth-voss.de oder christoph.chang@riseup.ne

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

NACHRUF

Rolf Schwendter ist tot

Von Gisela Notz ● Am Sonntag Abend, am 21. Juli 2013 starb Rolf Schwendter in Kassel.

Wir bekommen nun keine handgeschriebenen Briefe mehr. Wir werden sie vermissen. Einen Ersatz dafür kann ich mir nicht vorstellen. Rolf war Vieles, nicht nur ein »exzellenter Subbkultur-Theoretiker« und »Kaffeehaus Rumtreiber«, sondern er war auch ein »krasser Tausendsasser«, ein »fast genialer Denker« wie ihn sein Sohn Ray anlässlich seiner Emeritierung von der Kasseler Hochschule 2003 beschrieb. Für uns war er vor allem der Mitbegründer des Theorie-Arbeitskreises Alternative Ökonomie (kurz TAKAÖ). Wir trafen uns (fast) stets außerhalb des wissenschaftlichen Elfenbeinturmes. Rolf hat sich (auch) in der alternativen Ökonomie immer gegen den »zeitgenössischen Kampf der Fraktionen gegeneinander« gewehrt, weil der dem »Außengegner« viel zu viel Raum zur Verfolgung seiner eigenen Interessen gibt. Wer die Veränderung will, muss unzufrieden sein, das hat er uns immer wieder vorgesungen: »Ich bin noch immer unbefriedigt«, hat er uns im Sprechgesang mit seiner Blechtrommel beigebracht. Eigentlich war ER der erste Rapper. Für mich gehörte er zu den unzufriedenen Nörglern, die ständig hinterfragen und deren Neugierde ansteckend wirkt. Er war eine »Drehpunktperson«, eine Funktion, die er selbst definiert hat. Das ist eine Person, die »geplantermaßen provisorisch bleibt«, also offen ist für andere Ideen und sich selbst mit den anderen beteiligten Personen – mit allen Geschlechtern, alten und jungen – weiter entwickelt. Rolf hat sich, noch lange bevor es Mode war für »die Wiederkehr der verdrängten Regionalküche« eingesetzt und für das »gemeinsame Essen«, davon profitierten wir bei unseren Seminaren, zu denen stets sowohl Menschen aus den real existierenden alternativen Betrieben und Projekten der alternativen Ökonomie kamen, als auch aus Forschung und Wissenschaft. Das funktionierte hervorragend. Rolf zu Ehren will ich am 13. August, seinem Geburtstag, an dem er in Wien beigesetzt wird, aus einem seiner Kochbücher kochen. Schwendter's Kochbücher sind freilich auch viel mehr als einfach Kochbücher... Rolf war ein Zukunftsexperte ohne Telefon und Computer, dafür beneidete ich ihn manchmal. So einen wie ihn gibt es jetzt nicht mehr. ●

WIE ER WURDE, WAS ER TUT

40 Jahre »Solidaritätsfonds«

Was ist bzw. was macht der »Solidaritätsfonds«? Der »Solifonds«, wie der »Solidaritätsfonds« in aller Regel verkürzend genannt wird, dient der Unterstützung von Initiativen im In- und Ausland. Diese haben es sich grundsätzlich zur Aufgabe gemacht, das Motto »Ändere die Welt, denn sie braucht es« in die Tat umzusetzen.

Von Jochen Fuchs, Berlin ● Als der Förderung besonders bedürftig gelten dabei Gruppen, die an der Basis arbeiten und die aufgrund ihrer Unabhängigkeit wenig Möglichkeiten haben, anderweitig Mittel zu akquirieren. Im Ausnahmefall werden auch Einzelpersonen

Witwen ermordeter Oppositioneller. Die Hans-Böckler-Stiftung unterstützte Menschenrechtsprojekte in diesem Bereich. Foto: Gabriele Eissenberger

gefördert. Geförderte Projekte jenseits der Grenzen der BRD sind in erster Linie in den Sektoren Bildung, gewerkschaftliche und politische Arbeit sowie Gesundheit angesiedelt.

Kleiner Historischer Rückblick – oder wie ist der »Solifonds« entstanden?

Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär und beendete damit im Interesse US-amerikanischer Konzerne die sozialistische Umgestaltung des Landes. Mit dem Putsch wurde den so genannten ‚Chicagoboys' ein ganzes Land ‚geschenkt', in dem sie ihre neoliberalen Wirtschaftskonzepte vorexerzieren konnten.

Salvador Allende überlebte den 11. September nicht. Er blieb nicht der Einzige, der den Terroristen in Uniform zum Opfer fiel.

Zu jener Zeit wurde aus den Reihen der von den DGB-Gewerkschaften 1954 ins Leben gerufenen »Stiftung Mitbestimmung« (Vorläuferorganisation der Hans-Böckler-Stiftung) heraus die Solidaritätsarbeit mit dem demokratischen Chile organisiert. Dem damals in einer »spontanen Aktion« – wie es im Geschäftsbericht der »Stiftung Mitbestimmung« für das Jahr 1974 hieß – gegründeten »Solifonds« kam die Aufgabe zu, die hierfür benötigten Finanzen ‚einzusammeln'.

Stipendiatinnen und Stipendiaten spendeten jeweils ein Prozent ihres Stipendiums. Die Spendensumme wurde dann durch eine ‚institutionelle Komponente' verdoppelt. VertrauensdozentInnen der Stiftung trugen zum Anwachsen des Fördertopfes dadurch bei, dass sie ihm ihre Aufwandentschädigung (bzw. Teile derselben) zugute kommen ließen. Ferner stellte 1974 der Vorstand der IGM (Industriegewerkschaft Metall) 20.000 DM zur Verfügung. Durch auf IGM-Lehrgängen durchgeführte Spendensammlungen unter den teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen kam zusätzlich noch ein fünfstelliger Betrag zusammen.

Als 1992 Chile wenigstens zu formaldemokratischen, um die sozialistische Komponente ‚bereinigten' Verhältnissen zurückkehren durfte, beschloss man, den »Solifonds« nicht aufzulösen. Den Zeichen der Zeit entsprechend sollte er nunmehr ‚globalisiert' werden. Seither ist die Vergabekommission des »Solifonds«, in welcher VertreterInnen der StipendiatInnen, der VertrauensdozentInnen, des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung sitzen, für die Entscheidung über Anträge aus aller Welt zuständig. Das ‚Finanzierungsmodell' des Chilefonds blieb dabei erhalten. Die StipendiatInnen sind weiterhin gehalten, dem »Solifonds« ein Prozent ihres Stipendiums zu überweisen. Die VertrauensdozentInnen verzichten größtenteils auf ihre Aufwandsentschädigung entweder zum Teil oder aber ganz zugunsten des »Solifonds«. Auch die ‚institutionelle Komponente' blieb erhalten, so dass die Hans-Böckler-Stiftung dem »Solifonds« weiterhin einen Betrag zukommen lässt, dessen Höhe von dem Spendenaufkommen auf Seiten der StipendiatInnen abhängt.

Die Erweiterung des ‚Einsatzgebietes' stellt nicht die einzige Veränderung dar, die in der nun 40-jährigen Geschichte des Chile- respektive Solidaritätsfonds zu konstatieren ist. Zum einen ist ein Abnehmen der Solidarität oder doch zumindest der ‚Spendenfreudigkeit' bei den heutigen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung festzustellen. Während 1974 das ‚Plansoll' zu über 75 % erreicht wurde (die Stiftung hatte damals etwa 6,5 Mio. DM an Stipendiengeldern zu verteilen und die StipendiatInnen spendeten über 50.000 DM) bewegt sich das Spendenaufkommen von stipendiatischer Seite absolut gesehen heute in etwa auf dem gleichen Niveau wie 1974. Dabei ist die Anzahl der StipendiatInnen wie auch die Höhe ihrer Stipendien seit 1974 beträchtlich gewachsen. Die negative Auswirkung dieser Entwicklung auf die ‚Finanzkraft' des »Solifonds« wird dadurch etwas gedämpft, dass die Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten – von denen einige ihr erstes ‚Chile-Scherflein', bevor sie zu ProfessorInnen avancierten, noch als StipendiatInnen beigetragen haben – im Vergleich zu 1974 den etwa zehnfachen Betrag beisteuern.

Zum anderen ist, lässt man die an den »Solifonds« gestellten Anträge der letzten Jahre Revue passieren, eine Tendenz zur Entpolitisierung nicht zu verkennen.

Solidarität und politische Arbeit im Wandel der Zeiten – Welche Auswirkungen hat dies auf den »Solifonds«?

Dies gilt nicht nur für die Anträge, die nicht aus den Reihen der StipendiatInnen gestellt werden. Zunehmend werden Mittel aus dem ‚BRD-Topf' nicht mehr nur für die Unterstützung des ‚harten' politischen Kampfes beantragt, sondern für Projekte, die entweder in der Grauzone zwischen Politik und Alternativkultur angesiedelt sind oder aber gar ‚reine' sozialpädagogische Fördermaßnahmen für ‚Mühselige und Beladene' darstellen. Was die Inanspruchnahme des ‚internationalistischen Fördertopfanteils' anbelangt, so geht die Zahl der ‚internationalen Anträge' zurück. Zudem kommt ein nicht geringer Teil der internationalen Anträge ebenfalls aus ‚sozialpädagogischen Zusammenhängen'. Ein weiterer Teil hat ein Vorhaben zum Gegenstand, das nicht als politisch im engeren Sinne bezeichnet werden kann, sondern von der Intention her problemlos auch in das Entwicklungshilfeprogramm des von einem zum jahrgangsbesten Fallschirmjäger avancierten Sohn einer Hauswirtschaftslehrerin aus dem schönen Hamburger Stadtteil Blankenese geleiteten Ministeriums passen würde.

Angesichts dieser Entwicklungen müssen die ‚Aktivisten' des »Solifonds« innerhalb der Stiftung verstärkt Überzeugungsarbeit leisten. Es versteht sich selbst für viele durch ein Stipendium einer gewerkschaftlichen Stiftung privilegierte Studierende nicht mehr von selbst, einen winzigen Teil ihres ‚Einkommens' dafür zu opfern, dass die Chance der ‚Veränderung der Welt' in unserem Sinne sich erhöht.

Insbesondere außerhalb der Hans-Böckler-Stiftung muss es darum gehen, dass der »Solifonds« als ein politischer Fonds wahrgenommen und genutzt wird, politisch in dem Sinne, dass über ihn Projekte gefördert werden, die im Kampf um eine bessere Welt und um ein besseres Leben in dieser stehen – und Projekte, die sich bloß um das Lecken der von der real existierenden Welt und ihrer Ordnung geschlagenen Wunden sorgen, in aller Regel beim »Solifonds« nicht an der ‚richtigen Adresse' sind.

Welche Projekte wurden in letzter Zeit gefördert?

Zum Beispiel wurde ein Antrag auf Förderung eines Kollektivs in Mexiko-Stadt angenommen. Das Kollektiv betreibt ein soziokulturelles Zentrum mit angeschlossener Fahrradwerkstatt sowie eine Siebdruckerei. Das Zentrum ist ein wichtiger Bestandteil der linken und alternativen Szene der Stadt. Das Gebäude wird unter anderem mit Hilfe des »Solifonds« nicht nur renoviert, sondern auch mit Solarpanelen und einer mit Sonnenenergie betriebenen Warmwasserversorgung ausgestattet.

Genau 199,91 Euro wurden nach Rosenheim überwiesen, wo eine kleine Gruppe linker Aktivistinnen und Aktivisten sich im – wie es in ihrem Antrag hieß – »rechtskonservativen südlichen Oberbayern« zu behaupten sucht. Mit dem Geld hat die dortige Gruppe sich eine Buttonmaschine sowie einen Kreisschneider gekauft, so dass sie nun in der Lage ist, ihre Agitprop-Arbeit mit entsprechenden Buttons voranzutreiben.

Ein Antrag zur Unterstützung des »Centro de Apoyo al Trabajador« (»Zentrum zur Unterstützung des Arbeiters«) von Puebla wurde ebenfalls bewilligt. Diese Organisation unterstützt insbesondere KollegInnen, die in der Maquiladora-Industrie ausgebeutet werden. Bei einem Überfall auf das Büro des Zentrums wurde dieses verwüstet. Mit dem vom »Solifonds« zur Verfügung gestellten Betrag soll das Büro wieder ‚arbeitsfähig' gemacht und Materialien für an Schulungen des »Centro« teilnehmenden ArbeiterInnen finanziert werden.

Und welche Projekte mussten nach der Entscheidung der Vergabekommission beispielsweise auf eine Unterstützung durch den »Solifonds« verzichten?

Kein Erfolg hatte etwa die Jugendpflege Burghausen, die unter anderem mit dem Auftritt der Tanzformation »Flying Bach« laut ihrem Antrag »junge Menschen für Integration und Demokratie begeistern« wollte und hierfür Förderer suchte.
Ein Antrag, die St Peter School in Mae Sot (Thailand) mit Computern auszustatten, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Schule wird seit wenigen Jahren von dem christlichen »Good Friends Center« betrieben und es ist ihr nicht gelungen, die Vergabekommission von der Sinnhaftigkeit der Anschaffung von fünf Rechnern zu überzeugen. ●

KURZER LEHRGANG

Die Förderung durch den »Solifonds«

Wer ist antragsberechtigt?
Einzelpersonen können ebenso wie Gruppen einen Förderantrag stellen.

Was sollte der Antrag enthalten?
Im Antrag sollte der Projektträger vorgestellt werden. Sofern der Antragssteller nicht mit dem Projektträger identisch ist, sollte auch der Antragssteller sich kurz vorstellen. Das Vorhaben sollte mit klarer Zielsetzung und Begründung detailliert beschrieben werden. Ferner wird erwartet, dass der Antrag eine Terminplanung sowie eine ausführliche und detaillierte Kostenaufstellung ebenso enthält wie Informationen über bereits genehmigte bzw. noch beantragte Drittmittel. Von Interesse ist außerdem, inwieweit am Projekt Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten bzw. Stipendiaten und Stipendiatinnen beteiligt sind. Die Höhe der beantragten Summe muss exakt angegeben werden und ebenso die Kontoverbindungen.

Was ist sonst noch zu beachten?
Es gibt kein offizielles Antragsformular und auch keine Seitenzahlbegrenzung für Anträge. Gleichwohl sind die Mitglieder der Vergabekommission dankbar, wenn ein Antrag nicht mehr als fünf Seiten umfasst.

Wer der deutschen Sprache nicht mächtig ist, kann den Antrag auf englisch, französisch oder spanisch verfassen. Aufgrund seines kleinen Budgets kann der »Solifonds« primär nur Anschub– und Teilfinanzierungen leisten. Insofern sollte gegebenenfalls etwas über die Perspektiven des Projekts ausgesagt werden. Eine Dauerförderung einzelner Projekte ist nicht möglich. Dieser Grundsatz kann auch nicht dadurch umgangen werden, dass ein Projekt alljährlich neue Anträge stellt bzw. Folgeprojekte ähnlichen Inhalts gefördert wissen will.

Gefördert werden Sach- aber keine Personalkosten. Stipendien oder stipendienartige Leistungen sind ebenso wenig finanzierbar wie Reisekosten, die innerhalb der BRD bzw. bei Outgoing-Activities entstehen.

Wann kann ein Antrag gestellt werden?
Anträge können prinzipiell das ganze Jahr über gestellt werden. Da die Sitzungen der Vergabekommission dreimal jährlich stattfinden, sollten Antragstellerinnen und Antragsteller dafür Sorge tragen, dass ihre Anträge jeweils vor dem 20. Januar, 20. Mai bzw. 20. September bei der Hans-Böckler-Stiftung, Referat E, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf eintreffen. Empfehlenswert ist es, neben der Adresse des Absenders auch noch seine weiteren Verbindungsdaten wie beispielsweise Telefonnummer oder E-Mailadresse mitzuteilen, so dass man im Bedarfsfall schnelle Rückfragen tätigen kann.

Wer den »Solifonds« im Internet ‚besuchen' will, sei auf die folgende Seiten verwiesen:
www.boeckler.de/pdf/stuf_solifonds_deutsch.pdf
www.boeckler.de/pdf/stuf_solifonds_englisch.pdf
www.boeckler.de/pdf/stuf_solifonds_franzoesisch.pdf
www.boeckler.de/pdf/stuf_solifonds_spanisch.pdf
www.boeckler.de/pdf/stuf_solifonds_russisch.pdf.

Anzeigen

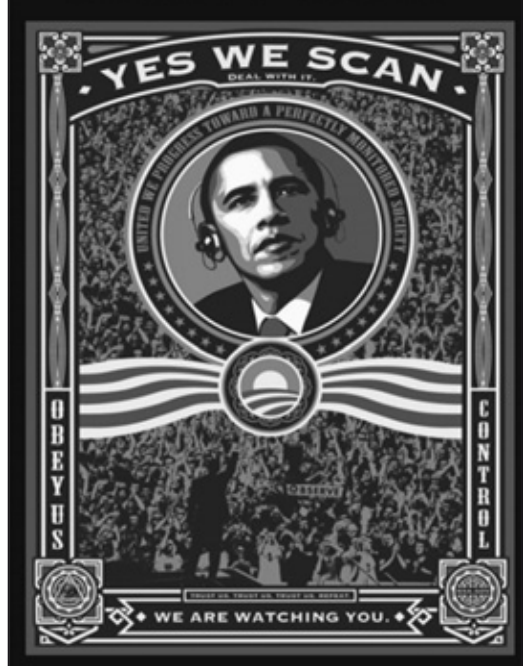
telegraph
ostdeutsche zeitschrift ++

Ausgabe #127|128 ist erschienen!

AUS DEM INHALT:
++ AUFSTIEG UND FALL DES DEUTSCHEN EUROPAS ++ NEO-FASCHISTEN – SOZIALCHAUVINISTEN – SARRAZINISTEN ++ KRISE, AUFSTAND UND KONSERVATIVE RENAISSANCE ++ VERFASSUNGSSCHUTZ LIGHT ++ BUNDESWEHR IN SCHULEN ++ LINKE UND REALSOZIALISMUS

BESTELLUNG:
Printversion 96 Seiten 6,00 €
Digitalversion (PDF) 3,00 €
Im Abo (4 Printausgaben) 18,40 €.
Tel.: +49 (0)30 4445622
E-Mail: telegraph@ostbuero.de

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -



GWR Nr. 381, Sept.: Selbstbestimmung! Anarchistische Parlamentarismuskritik zur Bundestagswahl; Lebenslaute gegen den Krieg; Geheimdienste abschaffen! Sofort!; ...

Probeheft kostenlos,
Abo: 30 Euro (10 Ex.) bei:
abo@graswurzel.net
Bestellformular unter:
www.graswurzel.net/service/

THESSALONIKI: INTERVIEW MIT MAKIS ANAGNOSTOU VON VIOMECHANIKI METALEFTIKI

Was, wenn die Chefs einfach gehen?

Makis Anagnostou ist Arbeiter der Baustoffe produzierenden Fabrik Viomichaniki Metaleftiki, kurz vio.me. Seit Mai 2011 erhält die Belegschaft keinen Lohn mehr. Sie kämpft um die Übernahme ihrer Fabrik. Die Übernahme ist vom Staat bislang nicht anerkannt. Nur Wenigen können derzeit geringe gehälter ausgezahlt werden. Als die Chefs den Betrieb verließen, war er nicht einmal insolvent. Es gab aber schon in den Jahren vorher Anzeichen, dass der Betrieb fallen gelassen werden soll, wie Makis Anagnostou auf einer Pressekonferenz berichtet. Das war bereits 2007. Schon 2009 fanden erste Warnstreiks und eine erste Besetzung statt. Die Krise in Griechenland kam erst danach.

Das folgende Interview entstand im Rahmen der Delegationsreise griechischer Projekte Ende April durch die Bundesrepublik. Die Fragen für CONTRASTE stellte **Ulrike Kumpe/Redaktion Hannover.**

Wieviele Arbeiter sind unter den jetzigen Bedingungen geblieben?
Wir sind 65 Arbeiter. Das sind etwa 65 – 70 Prozent der ursprünglichen Belegschaft.
Die Kollegen, die früher in der Verwaltung gearbeitet haben, machen nicht mit.

Habt ihr einfach beschlossen den Betrieb zu übernehmen?
Ganz am Anfang hat die Belegschaft vorgeschlagen, den Betrieb samt Schulden zu übernehmen, jetzt können wir das nicht bezahlen. Sie ging von Schulden in Höhe von 600.000 Euro aus. Es sind aber mehr als vier Millionen Euro. Die meisten Schulden sind dazu gekommen, nachdem der Besitzer den Betrieb verlassen hat.

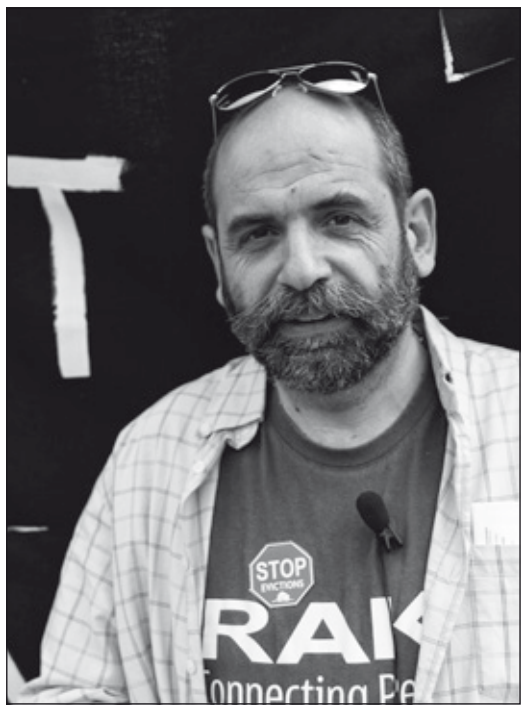
Gab es schon vorher Arbeitskämpfe, und eine Gewerkschaft?
Natürlich gab es eine Gewerkschaft, und der Beschluss, dass es keinen Gewerkschaftsvorstand geben solle wurde getroffen, bevor die Chefs den Betrieb verlassen haben. Eine Gewerkschaft muss aber offiziell einen Vorstand haben, da sie sonst in Griechenland nicht legal ist. Die Gewerkschaft des Betriebs wurde 2006 gegründet, sie hatte sogar in der 2.Vollversammlung die Entscheidung getroffen, einen Solidaritätsfond zu gründen und 65 Prozent der Mitgliedsbeiträge flossen in den Solidaritätsfond. Die Gewerkschaft hatte auch die Verwaltung von recyclebaren Stoffen übernommen und dadurch konnte sie etwas Geld verdienen. Diese Gelder konnten dann nach der Schließung des Betriebes an Kollegen weitergegeben werden, die Überlebensprobleme hatten.

Welche Rolle spielt die Gewerkschaft heute? In welchem Verhältnis steht sie zur Versammlung?
Generalversammlung und Gewerkschaft sind heute identisch. Alle Arbeiter sind Mitglieder der Gewerkschaft und nehmen an der Generalversammlung teil. Natürlich wird der Betrieb nicht ewig von der Gewerkschaft verwaltet, wir haben vor, dieses Modell durch eine Kooperative zu ersetzen an der alle beteiligt sind. An dieser Kooperative können, wenn nicht alle Arbeiter dabei sein wollen, auch andere Arbeitslose teilnehmen.

Es gibt also eine permanente Generalversammlung?
Jeden Tag vor der Arbeit gibt es eine Betriebsversammlung und da wird dann über alle Anliegen diskutiert. Also, einer unserer Kollegen kann jeden Tag arbeiten, weil sein Kind krank ist und er das Geld benötigt. Jeden Tag bei der Versammlung kann außerdem jeder sagen in welchem Bereich er arbeiten möchte.

Es können also nicht alle arbeiten?
Wir rotieren. Es arbeiten jeden Tag 10 – 25 Leute. Manche haben einen anderen Job gefunden und arbeiten nur noch ganz wenig. Andere wiederum können nur wenig dazu verdienen und arbeiten hauptsächlich im Betrieb. Wiederum andere, die gar keinen Job haben, arbeiten nur bei vio.me.

Wie finanziert ihr euch, wie läuft die Produktion?
Die Gehälter werden aus dem Verkauf von Baustoffen aus dem Lager und durch Spenden finanziert. Es werden aber auch kleinere Mengen Waren produziert, die durch Mitglieder der Bewegung verkauft werden. Wir verkaufen nichts an Großhändler, es ist eher eine solidarische Hilfe. Das Lager ist außerdem nicht sehr groß, aber es gibt uns die Möglichkeit, in der Fabrik zu sein und dadurch machen wir Druck mit der Absicht, den Betrieb wieder zu eröffnen.



Makis Anagnostou Foto: Giovanni Io Curto

Was wäre, wenn ein Investor käme und den Betrieb zu den alten Bedingungen übernehmen wollte? Wie würdet ihr reagieren?
Ich kann natürlich nicht für die Versammlung sprechen. Da wir uns radikalisiert haben, kann ich mir aber gut vorstellen, dass wir ihn zum Teufel schicken. Ein Kollege hat bei der Versammlung vorgeschlagen, einen Investor zu finden, und er wurde von den anderen, nieder geschrieen.

Es kam also zu einer Radikalisierung?
Natürlich gibt es eine Radikalisierung, weil viele Arbeiter zum ersten Mal an solchen Prozessen teilnehmen. Sie waren vorher nie bei einer Versammlung. Außerdem gibt es ein breites Spektrum an politischen Ansichten. Es wurde im Vorfeld keine Einigung darüber erzielt hat, wie der Betrieb geleitet werden soll. Auch nicht auf welcher politischen Grundlage das geschehen soll, wir mussten aus der Not heraus den Betrieb verwalten. Die Tatsache alleine, dass man an einer Betriebsversammlung teilnimmt, um über die Verwaltung des Betriebs zu entscheiden, führt zu einer Radikalisierung. Die Belegschaft hat sich daher von Anfang an mit Positionen des Kollektivismus, mit Arbeiterkontrolle über die Produktion, und Selbstorganisation durch die Versammlung der Arbeiter auseinandergesetzt.

Gibt es konkrete Forderungen? An wen richten sie sich?
Es gibt eine Liste mit Forderungen an den Staat. Nicht alle Forderungen sind finanzieller Natur. Es gibt ebenso politische. Die Wiederaufnahme der Produktion ist hierbei zentral. Es gibt aber auch weniger dringliche Punkte. Zum Beispiel die Forderung, dass alle Arbeiter ihre Gehälter, die längst fällig sind, erhalten, auch die Gehälter, die nicht mehr ausgezahlt wurden, nachdem der Investor den Betrieb verlassen hat. Es gibt eine andere Forderung an den Staat, dass die Daten der Überweisungen der Besitzer der letzten 15 Jahre veröffentlicht werden und wenn die Daten nicht herausgegeben werden, dann soll die Staatsanwaltschaft ermitteln.

Gab es Momente, in denen ihr ans Aufgeben gedacht habt?
Ja, letzten April [2012], als es plötzlich auf Grund der Wirtschaftskrise eine Welle von Selbstmorden aus Verzweiflung gab. Wir haben große Angst davor, selbst Selbstmord begehen zu wollen. Dank der Initiative, die wir aus Verzweiflung ergriffen haben, nämlich der ganzen Gesellschaft von unserer Situation zu erzählen, fassten wir, auf Grund der Reaktionen, Mut. Wir informierten und baten um Spenden: Nahrungsmittel und Geld. Es sind viele solidarische Menschen zu uns gekommen, die das was wir im Kopf hatten, als einen wilden Traum, theoretisch schon verarbeitet hatten und uns bestärkten in dem was wir tun, da haben weiter gemacht.

Wie sieht die Unterstützung jetzt aus, hat sie angehalten?
Die Solidarität wird immer größer, deshalb sind wir in Deutschland. Wir waren auch in Wien, in der Türkei, in Italien und Frankreich. Die Kooperative 'Banco Argentinia' hat zugesagt, uns zu unterstützen. Die Solidaritätswelle macht Druck auf die griechische Regierung, eine Lösung zu finden. ●

Anzeigen

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Anares Anarchismus Katalog 2013
Jetzt bestellen!
www.anares-buecher.de
info@anares-buecher.de

PROTESTE IN SLOVENIEN: SELBSTORGANISATION ALS WIDERSTAND

What the fuck is going on in Slovenia?

Stell dir vor, es ist Revolution und keine*r kriegts mit. Slowenien hat seit Ende letzten Jahres die größten Proteste in seiner Geschichte gesehen und wir dazu -wenn es hoch kommt- eine Handvoll Artikel, die sich meist einseitig mit dem Thema Gewalt beschäftigen. Ein Wandel vollzieht sich trotz der meist repressiven Antwort des Staates, getragen von sich selbst organisierenden Initiativen und Projekten, die sich transnational vernetzen und der herrschenden Ordnung auf ganz eigene Weise widersprechen.

Von Gregor Hamann, Berlin/Leipzig ● Ende November 2012 – Zehntausende Menschen gehen in Sloweniens zweitgrößter Stadt Maribor auf die Straße, um Bürgermeister Franc Kangler mit dem Slogan »Gotof je!«, »Er ist fertig!« nach massiven Korruptionsvorwürfen aus dem Amt zu jagen. Seitdem waren in Slowenien hunderttausende Menschen in mehr als 35 Städten auf der Straße.

Hinter den Protesten steht viel kreative Wut auf das politische, ökonomische und soziale System sowie die Elite, die es seit mehr als 20 Jahren leitet. Für einen kurzen, aber wichtigen Moment wurde die tiefe Verwurzelung individuell erfahrener Probleme und oft geheim gehaltener Notlagen in einem fauligen System deutlich und somit Wandel und Solidarität (er)lebbar. Die Reaktionen staatlicher Seite sind umso erschreckender: Gegen viele politische Aktivist*innen wurden horrende Geldstrafen verhängt und es kam zu teilweise monatelangen Inhaftierungen.

It's in the neighbourhood, stupid!

Das Vorgehen der neuen Regierung zeigt sich auch in anderen Zusammenhängen autoritär: Zum »Krisen-Management« nach europäischem Vorbild gehört neben Steuererhöhungen und Einsparungen auch die Privatisierung von 15 wichtigen staatlichen Unternehmen. Viele Menschen wünschen sich indes echte Alternativen zum Bestehenden. Einige besondere Ansätze für praktizierten Wandel und Widerspruch zum Herrschenden sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Unter dem Titel »Iniciativa Mestni Zbor« finden seit einigen Monaten Nachbarschaftsversammlungen statt, die dann übergreifend auf Stadtebene zusammengeführt werden sollen. Die Versammlungen sind der lang angelegte Versuch Energien und Ideen, die schon in der Protestbewegung zutage getreten sind, konsensorientiert und Parteien-unabhängig in konkrete Aktionen, Projekte und Forderungen umzusetzen. Die grundlegenden Moderationstechniken wurden von einer anarchistischen Gruppe vermittelt, ansonsten wird gemeinsam und offen thematisiert, wie miteinander umgangen und gesprochen werden soll.

Die Initiator*innen sind von der Beteiligung und dem Ablauf der ersten Versammlungen mehr als begeistert. Der Tatendrang ist mindestens ebenso groß wie die Wut auf die Regierung und die Wirtschaftselite. In einer Nachbarschaft hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, um zu untersuchen, wie die Stadt ihr Budget verwendet und wo Verschwendung stattfindet. Eine andere Gruppe versucht herauszufinden, welche stadteigenen Gebäude derzeit nicht in Benutzung sind, um sie anschließend Künstler*innen und Projekten zur Verfügung zu stellen. Auch in anderen Städten finden Versammlungen statt, so z.B. in Kopar, wo über das Fehlen von Kindergärten oder die Privatisierung des wichtigen Handelshafens diskutiert wird.

Is this art, or can I throw it away?

Im Jahr 2012 wurden in der Europäischen Kulturhauptstadt Maribor für verschiedene Kunst- und Kulturprojekte etwa 20 Millionen Euro ausgegeben. Das »Center for Alternative and Autonomous Production« (CAAP) ist das einzige Projekt, das dieses Jubeljahr überlebt und damit eine Chance hat, auch zukünftig etwas zu verändern. Im CAAP sind sehr vielfältige Initiativen und Projekte unter einem Dach vereint.

So werden in einem kleinen Markt Lebensmittelkisten aus nachhaltiger lokaler Produktion an Privatpersonen, Schulen und Kindergärten verteilt. Es gibt eine Pflanzensamenbibliothek, die den Bestand und die biologische Vielfalt regionaler Pflanzenarten sichern will und eine Fahrradselbsthilfewerkstatt, die nachhaltige Mobilität und ökologischen Tourismus fördert. In Form eines sozialen Unternehmens wollen Roma traditionelle Kleidung und ein Taschenwörterbuch Romani – Slowenisch produzieren und auf dem Markt anbieten. Soziales Unternehmertum soll das Modell für viele der Projekte im CAAP werden. Profit ist dort kein Ziel an sich, sondern Mittel zur gemeinsamen Entwicklung.

Meet and greet and struggle concrete

Bewegungen aus ganz Europa im gemeinsamen Geiste der Kämpfe »von Tunesien bis Brasilien« sind im April beim »Hub Meeting« in Maribor und Ljubljana zusammengekommen, um sich in Workshops und Diskussionen auszutauschen und zu vernetzen. Entstanden am Rande des ersten Europäischen Sozialforums 2002 in Florenz, treffen sich anti-autoritäre Aktivist*innen unregelmäßig in solchen »Meetings«, um gemeinsame Aktionen zu planen. Eines der Ziele des Treffens in Slowenien war es, Wege ausfindig zu machen, auf denen die Sparpolitik der Troika nicht nur auf einem symbolischen Level, sondern durch konkrete Maßnahmen und Praktiken angegriffen werden kann. Widerstand ist dabei besonders an den Orten wichtig, an denen sich das neoliberale System reproduziert. So wurden Veränderungen im urbanen Raum und neoliberale Stadtpolitik genauso diskutiert wie das Verhältnis von Wissen und Macht, die Wirkung von nationalstaatlichen Grenzen in und um Europa oder Zusammenhänge zwischen Sexismus/Patriarchat, Kapitalismus und Krise.

Da der Handlungsspielraum im alten politischen System nicht ausreicht, um sich effektiv gegen die Politik der Troika und moderne neoliberale Herrschaftsformen stellen zu können, wollen die Protestierenden, dass möglichst allen Menschen garantiert wird, dass sie in einem möglichst umfassenden Sinne »Bürger*innen« sein können. Das bekannte Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens muss der Meinung einiger Aktivist*innen nach deshalb erweitert werden. Dazu gehört dann neben einer finanziellen Grundsicherung auch bezahlbarer Wohnraum, Essen, Energie, aber auch der freie Zugang zu Wissen und Informationen. Auf dieser Grundlage wird Partizipation jenseits von Repräsentation realisierbar. ●

KAMPF UM EIN NATURSCHUTZGEBIET IN DER BRETAGNE

Zadisten aller Länder vereinigt euch!

Das ZAD ist eines der größten besetzten Gebiete Europas und zieht Aktivisten aus ganz Europa an: In der Bretagne leben über 300 Zadisten auf dem 2000 Quadratmeter-Gelände eines geplanten Flughafens. Sie trotzen launischem Wetter, Räumungsversuchen und Repressionen.

Von Susanne Götze, Redaktion Paris ● Vor gut einem Jahr hat kaum jemand geglaubt, dass die Zadisten so lange durchhalten. Doch die »Zone à défendre« (die zu verteidigende Zone, ZAD) in Nordwestfrankreich gleicht einem uneinnehmbaren gallischen Dorf. Seit Jahren versuchen die »Römer« in Form der französischen Regierung und des Konzerns Vinci die letzten Bauern und Einwohner von dem idyllischen Fleckchen Erde zu vertreiben, um dort ihren seit 1974 geplanten Großflughafen zu errichten. Der private Flughafenbetreiber Vinci hat den Großteil der Häuser und Grundstücke aufgekauft und die verbleibenden Eigentümer verklagt. Geht es nach seinem Willen, ist der Flughafen 2017 fertiggestellt.

Landstraße an der ZAD Foto: Susanne Götze

Doch die »Gallier« wollen nicht weichen und was für die Regierung und Vinci noch viel schlimmer ist: Es werden immer mehr Flughafengegner. »Seit der letzten Repressionswelle Ende 2012 sind immer mehr Leute aus ganz Europa gekommen, um im ZAD zu leben«, berichtet Anton Pieper, der erst im Mai einige Wochen im ZAD verbrachte. Während es im Herbst 2012 noch gut 100 Besetzer waren, haben sich nun schon an die 300 Leute dauerhaft auf dem Gelände niedergelassen. In Wäldern, zwischen Äckern und Wiesen haben sich die neuen Gallier in provisorisch gebauten Häusern und alten Gehöften ein selbstorganisiertes Leben aufgebaut. »Wir dürfen nicht einfach abwarten und Däumchen drehen. Die Leute hier wollen sich auch nicht nur hinter Barrikaden verschanzen und auf die Polizei warten. Wir wollen zusammen mit Bauern des ZAD und der Region weitere Flächen besetzen und kultivieren«, bekräftigt auch Camille, Vertreter des Organisationskollektivs des ZAD.

»Nein zum Flughafen« Schild an der ZAD Foto: Adrien Tasic

Besetzer und Bauern bewirtschaften schon seit Jahren gemeinsam das 2000 Hektar große Gelände. Im November 2012 kam es zur ersten großen Räumungswelle durch Polizei und Armee – doch die Besetzer hielten den Repressionen stand und den harten Winter durch. Das seit über 30 Jahren geplante Großprojekt will die neue sozialistische Regierung unter Präsident Hollande nun mit allen Mitteln durchsetzen. Dabei gibt es in Nantes – rund 30 Kilometer vom ZAD entfernt – bereits einen Flughafen, der seit 1993 in Betrieb ist. Und viele Studien halten den Bau für ökologischen und finanziellen Wahnsinn. Auch die an der Regierung beteiligten französischen Grünen lehnen den Flughafen ab. Einer der schärfsten Antreiber des Flughafenbaus ist der französische Premierminister und ehemalige Bürgermeister von Nantes, Jean-Marc Ayrault. Präsident Francois Hollande hatte sich zwar noch vor der Wahl im Mai 2012 gegen das Großprojekt und für den Schutz der Umwelt ausgesprochen, beugt sich aber seit gut einem Jahr dem Willen der Flughafenbefürworter.

Im April gab es den vorerst letzten Versuch der Regierung das ZAD zu räumen – wieder wurden einige Häuser und Versammlungsplätze zerstört und wieder verteidigten die Zadisten mit Barrikaden und »Checkpoints« ihr gallisches Dorf. Seitdem hat sich die Staatsmacht nicht mehr blicken lassen, erzählt Anton Pieper. »Durch die massiven Räumungen gibt es im ZAD mittlerweile keine feste Infrastruktur mehr – die alten Farmhäuser sind fast alle zerstört worden.« Die Aktivisten und verbliebenen Einheimischen leben nun in selbstgebauten Holzhütten, dafür bebauen sie aber immer mehr Flächen landwirtschaftlich. »Der Sommer gilt als relativ sicher, ab Herbst wird die Polizei vermutlich wieder auftauchen«, schätzt Pieper. Derzeit gibt es außerdem Moderationsversuche zwischen den Bürgerinitiativen und der Regierung. Im Herbst sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein.

Brennende Hütten im Naturschutzgebiet

Die Zadisten vor Ort berichten aber von einer neuen Repressionsstrategie: Einige der Häuser gingen am helllichten Tag einfach in Flammen auf. Teilweise konnten die Bewohner den Brand löschen und fanden Brandbeschleuniger, der auf Matratzen und Möbeln verteilt war. In anderen Fällen kam jede Hilfe zu spät, die Hütten brannten restlos aus. Statt großflächiger Räumungen, so vermuten einige Aktivisten, haben sich der französische BaukonzernVinci und der Staat nun auf gezieltere Aktionen spezialisiert.

Dafür, dass in Notre Dame des Landes längst Bagger und Betonmischer stehen sollten, sieht es auf dem Naturschutzgebiet jedoch noch sehr idyllisch aus: Die 2000 Hektar sind Teil eines besonders schützenswerten Feuchtgebietes. Selbst die französische Regierung stellt solche natürlichen Feuchtgebiete normalerweise unter einen besonderen Schutz. Die »kämpfenden Naturalisten« (naturalistes en lutte) führen derzeit sogar eine Bestandsaufnahmen der in Notre-Dame-des-Landes lebenden Spezies durch, die dem Flughafen zum Opfer fallen würden. Andere Bewohner versuchen sich mit Hilfe der verbliebenen Bauern in Landwirtschaft: Gemüse, Kräuter, Obstanbau und sogar eine Ziegenzucht befinden sich auf dem Gelände. Die Zadisten wollen möglichst viel Bio und möglichst autonom leben – ohne auf den Supermarkt von nebenan angewiesen zu sein.

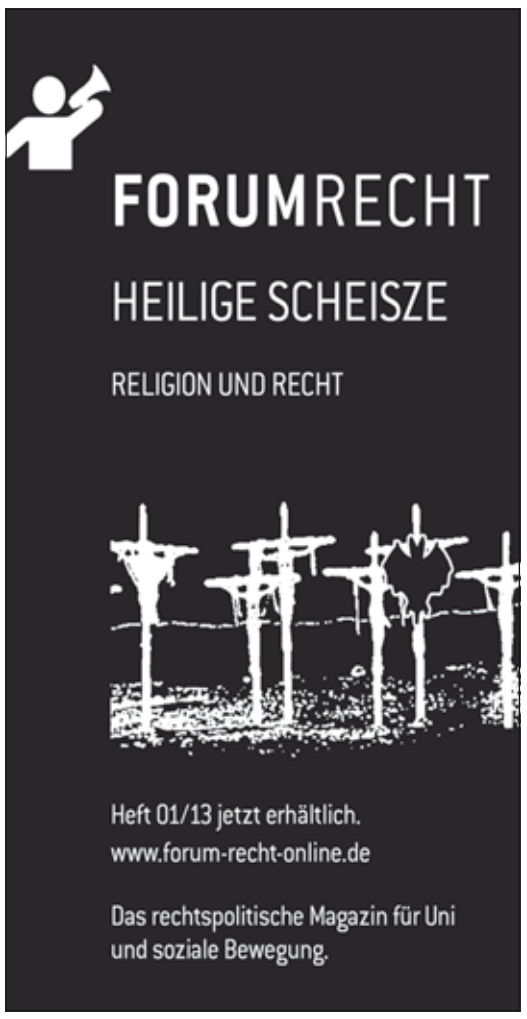
So bauen sie sich in Notre-Dame-des-Landes eine selbstverwaltete Alternative zum kapitalistischen Run auf die Ressourcen auf: Entschleunigt, ökologisch und dezentralisiert. Es gehe um viel mehr als den symbolischen Flughafenprotest, erklären sie.

Landgrabbing – Aneignung und Zerstörung für den Profit

Gegen welche Windmühlen und »Römer« die Zadisten kämpfen zeigt auch eine aktuelle Studie von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) und Via Campesina, einer internationalen Bewegung von Kleinbauern und Landarbeitern zum »Landgrabbing« (April 2013). In der Fachsprache nennt man »Landgrabbing« die gewaltsame Aneignung von Land, meist Farm,- Agrarflächen oder auch Naturschutzgebiete, Wälder und Wiesen. In Frankreich werden pro Jahr 60.000 Hektar Farm-Land in Bauland umwandelt: Aus Feldern und Wiesen werden so Straßen, Siedlungen und große Infrastrukturprojekte wie Flughäfen. Für Bauern ist es oft einträglich, wenn ihr Agrarland zu Bauland wird. So werden sie schnell zu Millionären und entscheiden sich meistens für den Verkauf, so die FIAN-Studie. Auch im Fall von Notre-Dame-des-Landes haben die meisten Landbesitzer sich zum Verkauf entschieden. Doch rund 10 Prozent sind geblieben und wollen partout ihr Land nicht den Baggern überlassen. Laut den verbleibenden Bauern und Hausbesitzern haben aber viele einfach den Druck nicht ausgehalten, den der Konzern Vinci mit zweifelhaften Methoden ausgeübt haben soll. »Sie haben täglich mehrmals bei uns angerufen und sind immer wieder vor dem Haus aufgetaucht. Ihre Strategie war, uns zu zermürben, bis wir endlich nachgeben und unterschreiben«, erzählt eine Frau, die mit ihrer Familie in Notre-Dame-des-Landes ein kleines Bauernhaus besitzt. Sie hat sich mit den Besetzern hier solidarisiert und ist heilfroh, dass sie Unterstützung bekommen hat. »Wir lernen viel voneinander«, so die gelernte Krankenschwester. Die Aktivisten gehen in ihrem Haus ein und aus.

Oft wird Landgrabbing vor allem mit so genannten Entwicklungsländern in Verbindung gebracht, wo große Konzerne sich riesige Areale für die Ausbeutung von Ressourcen oder zu Staudammbauten »aneignen«. Die Studie zeigt aber, dass Landgrabbing auch in Europa weit verbreitet ist. Vor allem in Osteuropa würden viele europäische und chinesische Großkonzerne große Flächen Land aufkaufen, um dort entweder Industrien oder große Landwirtschaftsbetriebe anzusiedeln. Mit dem Ausverkauf der Flächen gehe nach der Studie eine Landkonzentration einher: Statistisch gibt es immer weniger Kleinbauern weltweit. In Europa sinke der Anteil der Landwirte, die bis zu 20 Hektar besitzen. Der Kampf der Zadisten ist zuerst ein Kampf gegen die Turbomaschine des wachstumsgeilen Systems, deren Akteure scheinbar jeden Respekt vor Mensch, Tier und Umwelt verloren haben. ●

Anzeigen



ELTERNZEIT AUF REISEN

10-Millionen-Sterne-Hotel

Lia und Dennes nahmen ihre Elternzeit mit der knapp einjährigen Lucie als Anlass zum Reisen: In 5 Monaten durch 11 Länder Europas. Insgesamt legten sie knapp 12 000 Kilometer im Campingbus zurück – mit niemals mehr als 100 km/h. Ein Bericht von Dreien, die auszogen, um zusammen zu wachsen.

Von Lia Nox, Berlin ● Das Elterngeld war unser Reisebudget. Zudem hatten wir unsere Stadtwohnung untervermietet und verfügten so eine gewisse Zeit quasi über ein Grundeinkommen – nicht viel, aber genug für uns um unterwegs zu sein. Anfang August 2012, ein paar Wochen vor Lucies erstem Geburtstag ging es los. Mit unserem weinroten 1980er-Jahre-Campingbus tuckerten wir meist auf der LKW-Spur über die Autobahn, aber wir hatten ja Zeit und einen Rückzugsraum mit Kochgelegenheit immer dabei. Augenzwinkernd nannten wir den Bus unser 10-Millionen-Sterne-Hotel, weil es unserer Vorstellung von Luxus entsprach, so zu reisen. Wir platzierten es manchmal mit Blick auf den Sonnenuntergang (und dann die 10 Millionen Sterne...), mal auf einem einsamen Feldweg, mal auf einem Parkplatz an der Straße, am Waldrand oder am Meer. Mit der Zeit entwickelten wir mit Blick auf die Landkarte ein gutes Gespür für gute Plätze oder erhielten Tipps. Nur zweimal entschieden wir uns für einen Campingplatz. Mal blieben wir eine Nacht, mal eine gute Woche an einem Platz – länger eigentlich nie.
Wir versuchten immer, ihn schöner zu verlassen als wir ihn vorgefunden hatten.

Ich weigere mich bis heute, die Sache 'Urlaub' zu nennen. Es ging uns darum, zusammen zu wachsen im doppelten Wortsinn. Wir wollten nicht versacken in den Herausforderungen des Alltags mit kleinem Kind in der Großstadt. Wir suchten und fanden neue Erfahrungsräume, intensive Naturerlebnisse und Kontakte zu Menschen, die alternative Lebensformen ausprobieren oder auch auf Reisen sind, neben den ausgetretenen Pfaden. Unsere Reiseroute hatten wir bewusst nicht im Vorfeld durchgeplant. Wir wussten einige Termine von Treffen und Sommercamps und hatten das *Eurotopia*-Verzeichnis im Gepäck – in dem Selbstbeschreibungen von Gemeinschafts- und Ökodorf-projekten in Europa zu finden sind.

Oft wussten wir nicht genau, wo wir die nächste Nacht verbringen würden, wie weit wir kommen, wen wir dort treffen und wie lange wir dort bleiben würden. Wir mussten zusammen Entscheidungen treffen und dabei auf unsere Instinkte vertrauen, die eigenen Bedürfnisse und die eines knapp einjährigen Kindes kennenlernen und einbeziehen. Herausforderungen gegenübergestellt sahen wir uns, als wir mit Unwohlsein und Krankheit umgehen mussten, was glücklicherweise nur selten passierte. Im Bus auf engstem Raum Ordnung halten und die Balance finden zwischen unterwegs sein und ankommen, Ruhe- und Reisezeiten – auch das war nicht immer leicht umzusetzen. Wir versuchten die Tageszeiten so zu wählen, dass die Kleine die längeren Autofahrten größtenteils verschlief und machten Pausen, sobald sie wach war. Sehr praktisch, dass wir mit meiner Muttermilch, egal wo wir waren, ohne Aufwand gesunde Nahrung und immer in der richtigen Temperatur für sie dabei hatten. Aber »von nix kommt nix«, also war es doppelt wichtig, auf regelmäßige Mahlzeiten und ausreichend Trinkwasser zu achten. Unser wachsendes Wissen über essbare Wildpflanzen, das Sammeln von Äpfeln, Esskastanien, Pilzen und dergleichen war eine wichtige Bereicherung unserer täglichen Menüs und schonte unseren schmalen Geldbeutel. Unsere Wasserbehältnisse füllten wir bevorzugt an natürlichen Quellen, die in ländlichen Gebieten noch weiter verbreitet sind. Ansonsten fanden wir es spannend, nationale oder regionale Besonderheiten auszuprobieren wie zum Beispiel besondere Obst- oder Käsesorten vom Wochenmarkt. Dort war es auch meistens viel preiswerter als in den Supermärkten. Am Meer oder in Seengebieten gab es dann auch mal Fisch, ansonsten ernährten wir uns vegetarisch oder vegan, auch weil die Kühlung zu energieaufwändig gewesen wäre.

Leider blieb es dann nicht aus, dass unser 10-Millionen-Sterne-Hotel in der Slovakei eine Panne hatte und dass wir auf ein schwer zu beschaffenes Ersatzteil warten mussten. Es musste aus Deutschland geschickt werden und sorgte so dafür, dass wir zwei Wochen lang als Rucksacktouristen unterwegs waren. Eine der beiden Wochen verbrachten wir als Wwoofer (Worldwide Opportunities on Organic Farms) in Sekier, einem Hof in den Javorie-Bergen. Dort halfen wir für Kost und Logis zum Beispiel bei der Heu- und Obsternte, stellten Ziegenkäse her und machten Holz. Eine intensive Zeit.

Wieder motorisiert, erreichten wir den südlichsten Punkt unserer Reise ungefähr drei Wochen später auf Griechenlands Halbinsel Peleponnes. Wir lernten eine gleichaltrige griechische Familie kennen, die uns dort zu sich auf ihren Olivenhain einlud.

Foto: privat

RÜCKMELDEGEBÜHREN-ZURÜCK-SPENDEN-KAMPAGNE

Retour!

SPENDET EURE ERSTATTETEN RÜCKMELDEGEBÜHREN FÜR POLITISCHE PROJEKTE AN NETZWERK

> NETZWERK SELBSTHILFE
KONTO 302 98 00
BLZ 100 205 00 > SOZIALBANK

> MEHR INFOS UNTER
//RETOUR.NW-SH.DE

Seither haben wir ein kleines Nebengeschäft im privaten Direktvertrieb von feinstem Kalamata-Olivenöl zu offenen Solipreisen.

Heimwärts Richtung Norden setzten wir mit der Fähre nach Italien über, besuchten Venedig und Florenz – nicht zuletzt, um uns auf Flohmärkten wärmere Sachen zu besorgen, denn inzwischen war es November geworden.

In den Chianti-Weinbergen in der Toskana machte Lucie ihre ersten selbstständigen Schritte!

Den Rückweg nach Berlin planten wir entlang der Wohnorte von Verwandten und Freunden, denn das Übernachten in freier Landschaft war in langen kühlen Dezembernächten auch mit Standheizung nicht mehr ganz so angenehm. Rückblickend ist diese Reise für uns ein kostbarer Erinnerungsschatz und eine wunderbare Übung in Vertrauen ins Leben gewesen und eigentlich war sie auch mit unserer Rückkehr nach Berlin noch nicht beendet... ●

Infos:
http://eurotopia.de, www.wwoof.de, lujalia@yahoo.de

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL… AUF DAS KLEINGEDRUCKTE KOMMT ES AN

Dann gründen wir halt einen Verein

»Wir wollen einen Verein gründen, damit wir unser Projekt starten können«, mit sehr ähnlichen klingenden Anfragen beginnt oft die Beratung von Gruppen.

Jede Kleinstadt von 10.000 Einwohner_innen betreibt in Deutschland statistisch gesehen 71,3 Vereine, insgesamt kommen so über 580.000 zustande, Tendenz: steigend. Warum also nicht auch wir, so verkehrt, kann das ja nicht sein! Ist es aber nach unserer Erfahrung letztlich doch, jedenfalls ist es kein Allheilmittel für solidarische, selbstverwaltete und gemeinschaftliche Projekte. Nicht, dass eine offizielle Rechtsform immer entbehrlich wäre, informelle Strukturen für die Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten ausreichen. Nein, problematisch ist die Reihenfolge: Erst gründen und danach die Praxis? Mal abgesehen davon, dass ein Verein für viele Vorhaben völlig untauglich ist, genauso wie eG's , GmbH's oder GbR's große Nachteile haben, aber das ist ein anderes Thema... Die Reihenfolge der Herangehensweise bei einer Projektidee soll heute im Mittelpunkt stehen. »Dürfen wir jetzt schon eine Homepage machen?«, »Ist es erlaubt ohne Rechtsform öffentlich einen Film zu zeigen?« oder »Was passiert, wenn wir Infomaterial verkaufen?« oder »Ohne Rechtsform gehen doch keine Verhandlungen um einen Hauskauf!?« Die Lebenserfahrung und Google bringen offenbar sehr viele Gruppen frühzeitig dazu, das steuerliche und rechtliche Korsett ihres Vorhabens zu bearbeiten, sich den kapitalistischen Risiken und Nebenwirkungen ausgiebig zu widmen. Das Ziel der Gruppe wird unter dem Aspekt was angeblich erlaubt und gestattet ist durchleuchtet, wie drohende Gefahren durch Vorschriften vermieden werden können. So müssen oft bereits ausgebrochene und mit Halbwissen energisch geführte Kontroversen, z.B. ob ein Verein wirtschaften darf oder der Vorstand persönlich für alles haften muss, wieder auf den Ausgangspunkt zurückgelenkt werden: Was wird von den Beteiligten ungeschminkt gewollt, was motiviert sie ursprünglich an dem Vorhaben? Das Denken ist immer erlaubt und davon sollte kräftig Gebrauch gemacht werden! Selbstverständlich soll keine Gemeinschaft naiv in offene (Behörden-)Messer laufen, doch der Spielraum, Ideen und Inhalte konsequent und zielgerichtet zunächst ohne Buchhaltung, Steuernummer und Geschäftsführer voranzutreiben und zu erproben ist in aller Regel sehr groß. Und für eine stabile Entwicklung von Projekten absolut sinn- und wertvoll. So werden z.B. bereits bestehende Betriebe oder Vereine für einen ersten öffentlichen Auftritt als Trittbrett ‚benutzt' oder eine sehr einfache offizielle Rechtsperson vorläufig gegründet. Und fast immer kommt es in Gruppen zunächst auf Zivilcourage, offene Auseinandersetzung und viel Vertrauen untereinander an und nicht auf das korrekte steuerliche und rechtliche Gewand. In den 80ern hieß es vielleicht etwas sehr hochmütig: Illegal – Scheißegal! Heute würden etwas mehr Mut und weniger vorauseilender Gehorsam den vielen fantastischen Ideen und engagierten Zielen mehr authentische Strahlkraft und Praxis verleihen. ●

Willi Schwarz

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Retour – Rückmeldegebühren Zurück-Spenden-Kampagne
Seit dem Beschluss der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung im November 2012 können all diejenigen, die zwischen 1996 und 2004 immatrikuliert waren, ihre Rückmeldegebühr von rund 51 Euro pro Semester erstattet bekommen. Dies ist das Ergebnis eines langen Klageverfahrens engagierter Studierender, die sich gegen eine de facto Studiengebühr zur Wehr setzten und dabei von den Berliner ASten unterstützt wurden. Die erstatteten Gelder, die durch einen politischen Kampf gewonnen wurden, können nun wiederum an selbstorganisierte Projekte für neue politische Aktionen zurückfließen.
Es war die Idee der ASten der Freien – und Technischen Universität Berlin sowie der Alice Salomon Hochschule, die aufgrund der beachtlichen Summen, die durch das Zurückspenden zustande kommen, Netzwerk als Verteilstation vorschlugen. Daraus entwickelte sich unsere Kampagne 'Retour – Rückmeldegebühren-Zurück-Spenden'. Alle, die es sich leisten können, haben nun die Möglichkeit, einen Teil des Geldes, z.B. die Hälfte der erstatteten Gebühren, einfach und zweckgebunden für politische Projekte an Netzwerk Selbsthilfe zu spenden. Einige Gelder haben uns bereits erreicht, wodurch wir beispielsweise Werkzeuge für Instandhaltungsarbeiten beim Antifacamp Ravensbrück finanzieren oder den neuen Lautsprecherwagen bezuschussen konnten.

Plakatief-Kollektiv plakatiert wieder!
Unterstützung für die Kampagne erfahren wir derzeit vom Plakatief-Kollektiv. In der Vergangenheit wurde das Plakatieren der inzwischen berühmten Kreuzberger Hauswand an der Ecke Manteuffelstraße/Oranienstraße in Berlin leider durch einen zu gefährlichen Zugang zum Dach erschwert, beziehungsweise verhindert. Mit Hilfe einer Netzwerkförderung konnte das Problem inzwischen behoben werden und es wird nicht mehr lange dauern, dann steht die freie Fläche wieder für politische Großplakate zur Verfügung. Auch auf unsere 'Retour – Rückmeldegebühren-Zurück-Spenden-Kampagne' wollen wir an dieser Stelle aufmerksam machen, damit möglichst viele von der Aktion erfahren und sie unterstützen können.
Eure zu unrecht erhobenen Gebühren könnt ihr übrigens noch bis zum 31. Dezember 2013 von der ehemals besuchten Universität zurückfordern – Informationen dazu findet ihr auf den Internetseiten der jeweiligen ASten. Wenn sich nur 100 Menschen solidarisch zeigen und ihr Geld aus beispielsweise 6 Semestern spenden, wären das bereits 30.000 Euro und das sind 30 politische Projekte aus Berlin und Brandenburg, die mit 1.000 Euro durch Netzwerk unterstützt werden könnten. Helft uns, das Geld mit beiden Händen ausgeben zu können – für eine starke selbstbestimmte Politik von unten!
Stella Napieralla

Weitere Informationen:
www.netzwerk-selbsthilfe.de > nachrichten und termine > rückmeldegebühren-zurück-erkämpft

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

ENERGIEWENDEPRAXIS

bürgernah und effizient

Nahwärme als Geschäftsbereich von Energiegenossenschaften

Nahwärme als Unternehmensgegenstand einer Energiegenossenschaft – ist das überhaupt sinnvoll? Was sind die Leistungen einer solchen Genossenschaft? Wie rechnet sich das? Gibt es unterschiedliche Geschäftsmodelle? Diese und andere Fragen drängen sich auf, wenn Erfolgsmeldungen über genossenschaftliche Nahwärmekonzepte durch den Blätterwald rauschen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Die Schönstädter Nahwärmegenossenschaft hat das größte Nahwärmenetz Deutschlands in Bürgerhand auf die Beine gestellt. Sie führte im Juni 2013 ihre zweite Generalversammlung durch und feierte ihren Erfolg. Vorstandsmitglied Rolf Beuermann präsentierte den Jahresabschluss 2012 und erläuterte, dass mit dem Sechs-Millionen-Euro-Projekt eine Punktlandung bei den Baukosten erreicht werden konnte. Laut Prognose wird die Genossenschaft bereits in diesem Jahr schwarze Zahlen schreiben. In Zukunft will die Nahwärme Schönstadt eG regelmäßig einen »Nahwärme-Stammtisch« im Versammlungsraum der Energiezentrale anbieten. Zu Themen rund um die Energieeffizienz werden Fachleute ihre Erfahrungen weitergeben.

Verteilung über kurze Strecken

Als Nahwärme wird die Übertragung von Wärme zwischen Gebäuden zu Heizzwecken bezeichnet, wenn sie über verhältnismäßig kurze Strecken, meist unter einen Kilometer, erfolgt. Die Verteilung erfolgt fast immer durch heißes Wasser, mit fester oder auch variabler Temperatur, das durch unterirdische Rohrleitungen gepumpt wird. Bei jedem Haushalt befindet sich eine Übergabestation. Deren zentrales Bauelement ist einWärmeaustauscher, der die Wärme auf den hausinternen Wasserkreislauf überträgt. Für die Abrechnungen wird die entnommene Wärmemenge gemessen. Jeder angeschlossene Haushalt zahlt einen monatlichen Grundpreis und einen Verbrauchspreis pro bezogener Kilowattstunde.

Erstes Bioenergiedorf Schleswig-Holstein

Die Gemeinde Honigsee im Kreis Plön im Barkauer Land mit rund 450 Einwohnern hat sich mit Hilfe von Biogas unabhängig von steigenden Preisen für Erdöl und Gas gemacht. Als erste Gemeinde Schleswig-Holsteins verfügte Honigsee über ein Nahwärmenetz in genossenschaftlicher Organisationsform. Die Inbetriebnahme erfolgte am 14. Dezember 2007. Mit einer Biogasanlage und 2 x 500 kW BHKWs werden 54 Haushalte sowie ein landwirtschaftlicher Betrieb versorgt.

Mit Hilfe von Nahwärmenetzen werden mehrere Gebäude, ein Wohn- oder Gewerbegebiet oder eine Gemeinde bedient. Der für die Versorgung von Nahwärmenetzen benötigte Leistungsbereich entspricht der Größenordnung dezentraler Energieerzeugungsanlagen, beispielsweise bei der Nutzung von Bioenergie. Das bietet die Möglichkeit, dezentral erzeugte Wärmeenergie direkt zum Verbraucher zu transportieren. Auf diese Weise lässt sich ein Energieerzeugungssystem mit insgesamt ausgeprägter Energieeffizienz bei hoher regionaler Wertschöpfung umsetzen. Nahwärmenetze können ein Baustein für die (hoffentlich) politisch gewünschte Ausweitung der Nutzung Erneuerbarer Energien sein.

Zugunsten der Energiewende

Gegenüber anderen Technologien – etwa der Wärmeerzeugung mit Heizanlagen in jedem Haus oder sogar jedem Haushalt – weist ein Nahwärmenetz erhebliche Vorteile im Sinne der Energiewende auf: Wenn die Kraft-Wärme-Kopplung durch Nahwärmenetze eingesetzt wird, trägt diese vor allem zur Stromerzeugung im Winter bei. Das passt gut zum erhöhten Strombedarf im Winter und ist auch eine Kompensation für die im Sommer vermehrte Produktion der Photovoltaikanlagen. Für Energiegenossenschaften mit Schwerpunkt Solarenergie beinhaltet dies eine ideale Ergänzung ihres bisherigen Geschäftskonzepts.

Die Wärmeerzeuger in Nahwärmenetzen produzieren die Nutzwärme mit sehr hoher Energieeffizienz. Vor allem Anlagen mit hohem elektrischem Wirkungsgrad (BHKWs) nutzen die Primärenergie wesentlich besser, als wenn nur Heizkessel eingesetzt werden. Zukünftige Verbesserungen oder auch ein Ersatz des Wärmeerzeugers lassen sich erheblich einfacher realisieren, wenn nicht viele kleine Heizkessel ersetzt werden müssen. Zudem können Erneuerbare Energien aus Biomasse unkomplizierter genutzt werden, beispielsweise in Form von Holzpellets oder Hackschnitzeln: Die Abgasqualität eines großen Holzkessels ist besser und der Betriebsaufwand für die Brennstoffbeschaffung und Wartung geringer.

TeilnehmerInnen der Qualifizierung zum/r ProjektentwicklerIn Energiegenossenschaften besuchen das Bioenergiedorf Wallen im Sauerland. 105 Häuser wurden dort an ein Nahwärmenetz angeschlossen.

Unterschiedliche Geschäftskonzepte

Für Energiegenossenschaften lassen sich fünf verschieden Ansätze im Geschäftsfeld Nahwärme unterscheiden:

Die Errichtung und das Betreiben eines Nahwärmenetzes als Einprojektgenossenschaft ohne eigene Erzeugungsanlage. Ausgangspunkt sind meist eine Biogasanlage oder eine Industrieanlage, bei der die anfallende Wärme bisher ohne Nutzung in der Umwelt »verpufft«. Die Abhängigkeit von dem Erzeuger bringt hier potentielle Risiken mit sich, die durch das geringere Investitionsvolumen und die niedrigeren Planungsrisiken relativiert werden.

Das Betreiben einer oder mehrere Erzeugungsanlagen im Zusammenhang mit einem Nahwärmenetz, ebenfalls durch eine Einprojektgenossenschaft. Diese Ansätze werden überwiegend als Bioenergiedorf konzipiert. Durch die investive Verknüpfung mit einer Holzhackschnitzelheizung oder einer Biogasanlage ist hiermit ein höherer Planungs- und Investitionsaufwand verbunden, der die Millionengrenze überschreitet. Diese Genossenschaften entsprechen dem Ideal einer größtmöglichen Identität der Mitglieder durch Personenübereinstimmung bei Erzeugung und Verbrauch.

Das Engagement als Mehrprojektgenossenschaft, die auch BHKWs im Bereich der Nahwärmeversorgung von Bestandswohnungen betreibt. Im Idealfall wird dies umgesetzt durch die Versorgung mehrerer nebeneinander liegender Gebäude, die durch kleine Nahwärmenetze miteinander verbunden sind. Zukünftig dürfte das immer häufiger umgesetzt werden verbunden mit der parallelen Teilversorgung der Nutzer auch mit Strom. Hier gilt es noch viele rechtliche Details im Zusammenhang mit der EEG-Umlage und der Stromsteuer zu klären.

Die Realisierung innovativer Versorgungskonzepte für Neubauprojekte, die faktisch den Charakter von Kleinsiedlungen oder kleinen Gewerbegebieten aufweisen. Aufgrund ihrer geringen Größe wären sie als Einprojektgenossenschaften nicht rentierlich, da der umgesetzte Niedrigenergiestandard den damit erzielbaren Umsatz begrenzt. Diese Ansätze sind zurzeit noch Zukunftsmusik, werden aber ebenso wie BHKW-Projekte im Altbaubestand ein wichtiger Wachstumsmarkt für Energiegenossenschaften in den nächsten fünf Jahren sein.

Die bisherige Energiewirtschaft hat in eine Sackgasse geführt. Die Alternative ist der vernetzte, dezentrale Weg. Er setzt

- auf die direkte Versorgung der Verbraucher mit Wärme und Strom
- auf erneuerbare Energien und Stoffe
- auf die Vernetzung vieler Versorgungssysteme, die über Stadt und Land verteilt sind
- auf Energieeffizienz und –vermeidung.

Um die Gründung von Energiegenossenschaften entscheidend voranzubringen, braucht es Fachleute, die engagiert und fachlich kompetent als Promotor/-innen neue Energieprojekte auf den Weg bringen. Nach den immensen Kürzungen des EEGs im Bereich Photovoltaik, sollten sich Energiegenossenschaften verstärkt auf Konzepte der Nahwärmeversorgung konzentrieren. Dafür werden aktive und innovative Menschen benötigt, die andere Menschen ebenso wie Institutionen und Organisationen zu ähnlichen Schritten einer zukunftsfähigen Energieerzeugung motivieren. Die bundesweit einmalige Weiterbildung »Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften« vermittelt das erforderliche Handwerkszeug.

Erfolgsfaktor Kommunikation

Bei der anfangs genannten Nahwärme Schönstadt eG ist die gemeinschaftliche Wärmeversorgung der Stolz aller Einwohner. Über die ökonomischen und ökologischen Vorteile hinaus hat das Projekt den Zusammenhalt der Dorfbewohner gestärkt. Künftig werden in Schönstadt jährlich über 650.000 Liter Öl und Gas eingespart. Erfolgsfaktor für die Umsetzung war das Kommunikationskonzept. Die Bewohner wurden von Beginn an »mitgenommen«. Haushaltsbefragungen, Bürgerversammlungen bis hin zu Einzelberatungen der Hausbesitzer gehörten zum Repertoire. Wichtige Informationen wurden jedem Bürger schriftlich an die Hand gegeben, im Mitteilungsblatt und mit Aushängen publik gemacht und auf einer eigenen Internetseite aktuell gehalten, ergänzt durch regelmäßige Berichte in der heimischen Zeitung – Bürgerbeteiligung im besten Sinne. ●

Arnold Donner, Vorstand der Genossenschaft Bio-energiedorf Wallen eG hatte die Bauleitung bei der Verlegung des Nahwärmenetzes. Durch seinen persönlichen Einsatz konnte eine sehr schnelle und kostengünstige Umsetzung verwirklicht werden.

Dorfbewohner kooperieren mit Landwirt

Die Wärmegenossenschaft Martensrade eG zeigt, wie eine Anwohner-Genossenschaft und ein Landwirt mit Biogas-Anlage gemeinsam die Wärmeversorgung umstellen. In dem 99-Seelen-Dorf im Kreis Plön wurden 2012 18 von 26 Haushalten angeschlossen – eine beachtliche Quote von 74 Prozent. Ein Blockheizkraftwerk als Wärmequelle wird über eine Gasleitung von der einen Kilometer entfernt gelegenen Biogasanlage mit Biobrennstoff versorgt. 18 Familien ersetzen so ihre Heizung durch Vollversorgung mit Nahwärme.

Die Beteiligung an der Finanzierung eines Nahwärmenetzes, ohne selbst Betreiber zu sein. Diese Option wird Energiegenossenschaften oftmals von Stadtwerken oder Kommunen angeboten. Ein solcher Ansatz muss darauf achten, dass er mit den neuen Richtlinien des Kapitalanlagegesetzbuchss (KAGB), das seit dem 22. Juli 2013 gilt, vereinbar ist. Nur solange eine solche Beteiligung nur ein Projekt von mehreren darstellt und zusätzlich beispielsweise Solaranlagen mit eigenen Geschäftsbetrieb organsiert werden, ist eine solche Beteiligung zulässig.

Gründung von Energiegenossenschaften – Schwerpunkt Nahwärme

Eine Qualifizierung startet am 4. November 2013 in Schleswig-Holstein

Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher von Energie, gestalten die klimafreundliche Energiezukunft in ihrer Region. Sie gründen Energiegenossenschaften und investieren gemeinsam in erneuerbare Energien. Sie ergänzen Klimaschutzpolitik wirkungsvoll durch aktives bürgerschaftliches Engagement vor Ort. Das Ergebnis ist mehr Klimaschutz durch bürgerschaftliche Verantwortung und mehr wirtschaftliche Effizienz durch genossenschaftliches Handeln.

Die nächsten Termine
Präsenzphasen des 10. Kurses in Schleswig-Holstein:
4. bis 6. November 2013, Futterkamp
17. bis 20. Februar 2014, Breklum
5. bis 7. Mai 2014, Plön
Kosten / Teilnahmegebühr: 980,- Euro für Privatpersonen (1772,- Euro für Mitarbeiter von Firmen) zuzüglich ca. 600,- Euro für Übernachtung und Verpflegung in den Präsenzphasen. Unter bestimmten Bedingungen bekommen Menschen, die in Nordfriesland wohnen/arbeiten, 50 Prozent der Kursgebühr bezuschusst.
Information und Anmeldung
Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Information Bettina Watermann, Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek, Tel. 04347-704-789, bettina.watermann@bnur.landsh.de,
Anmeldung: Elke Boysen-Feldt,
Tel. 04347-704-787 · Fax 04347-704-790,
anmeldung@bnur.landsh.de
www.bnur.schleswig-holstein.de,
www.energiegenossenschaften-gruenden.de

EINLADUNG: UMSONSTLADENTREFFEN IN DRESDEN

Do it yourself
wie gelingt solidarische Ökonomie?

Im Oktober laden wir vom Dresdner Umsonstladen zum bundesweiten Umsonstladentreffen ein. Unser Laden besteht seit nunmehr zehn Jahren und ist umzugsbedroht, wie auch andere Projekte in Dresden.

Foto: privat

Von Umsonstladengruppe, Dresden ● Im Oktober 2013 lädt die Umsonstladengruppe zu einem bundesweiten Treffen der Umsonstläden und anderer selbstorganisierter, nichtprofitorientierter Projekte nach Dresden ein. Vom 3. bis 6. Oktober wollen wir uns mit Menschen aus Projekten von hier und mit Gästen von anderswo über Theorie, Praxis und Perspektiven solidarischer Ökonomie austauschen. Der traditionelle Rahmen des Umsonstladentreffens wird seit einigen Jahren in verschiedenen Begegnungen erweitert, wie im Jahr 2010 beim »Gib und Nimm« in Bremen und im Jahr 2013 beim zweiten Kongress »Solidarische Ökonomie« in Wien. Daran wollen wir anknüpfen und uns mit verschiedenen lokalen selbstorganisierten Projekten zusammentun, um über den Tellerrand der Umsonstläden zu schauen. Unter der Überschrift »Do it yourself – wie gelingt solidarische Ökonomie« wollen wir mit euch in Workshops, Vorträgen und mit Aktionen über Selbstorganisation und solidarischer Ökonomie ins Gespräch kommen, lernen und diskutieren. Daneben soll es Lesungen, Filme und ein Konzert geben, es sind Radtouren zu Projekten in der Umgebung und konsumkritische Stadtführungen geplant. Das Treffen lebt davon, dass viele mitmachen und mitgestalten, Ideen für Workshops oder Aktionen haben, bei der Küche helfen, Kinderbetreuung oder Schlafplätze anbieten. Ihr seid eingeladen mitzumischen – mit euren Erfahrungen, Träumen und Ideen.

Der Umsonstladen in der Dresdner Neustadt gehört zu den ältesten der Stadt und existiert seit mittlerweile zehn Jahren an wechselnden Orten unter zum Teil prekären Bedingungen. Nachdem die Miete am ersten Standort auf der Prießnitzstraße unbezahlbar wurde, zog der Laden in ein besetztes Haus am Lutherplatz. Die Räumung des Hauses im Herbst 2004 bedeutete nicht nur das kurzfristige Aus für den Laden, sondern auch das Zusammengehen mit der »Initiative für ein soziales Zentrum Dresden«. Gemeinsam wurde der Umsonstladen auf der Kamenzer Straße neu eröffnet – mit einer befristeten Finanzierung der Ladenmiete durch eine EU-Förderung. Der Laden auf der Kamenzer Straße grenzte unmittelbar an eine Brachfläche an, auf der heute ein Netto-Markt steht, und auf der sich die Ladengruppe mit Umsonstkino unterm Sommernachtshimmel und anderen Aktionen auf der zeitweilig besetzten Brache gegen die Pläne zur Bebauung eingemischt hat.

Seit Dezember 2006 ist der Umsonstladen im Sonnenhof auf der Alaunstraße in einem Haus zu finden, das bis zum Frühjahr 2013 insolvenzverwaltet war. Nach dem Verkauf des Ladens und zahlreicher anderer Läden im Hof wurde zwar ein neuer Mietvertrag ausgehandelt, aber die derzeitigen Spenden der Nutzer_innen reichen nicht aus, um die Miete zu bezahlen. Die Existenz des Umsonstladens steht also erneut auf dem Spiel.

Die gegenwärtige Lage des Ladens ist symptomatisch für die Existenzbedingungen nichtprofitorientierter, unkommerzieller und ehrenamtlicher Projekte und Initiativen in der Stadt. Während die Stadtpolitik vermeintlich prestigeträchtige Großprojekte wie die Hafencity am Elbufer in Pieschen auf dem Plan hat oder den Verkauf und die Privatisierung städtischer Immobilien unterstützt, scheint es für freie Ateliers und Werkstätten, für Bandprobenhäuser und andere selbstorganisierte Projekte in der Stadt keinen Ort zu geben. Von der Kommerzialisierung und Privatisierung sind zahlreiche Initiativen und Gruppen betroffen, die Räumungsankündigungen erhalten haben oder bereits geschlossen sind, wie das AbfallGut, in dem der erste Umsonstladen in Dresden zu Hause war. Sie haben sich Anfang des Jahres in einem politischen, sozialen und kulturellen Bündnis zusammengeschlossen. Mit vielfältiger und lauter Stimme fordert die neu gegründete »Interessengemeinschaft Freiräume« Solidarität mit diesen Projekten und weiteren Unterstützerinitiativen ein. ●

Bis zum Oktober in Dresden – die Umsonstladengruppe.

Weitere Informationen

Auf unserer Homepage findet ihr eine Anmeldeseite, Hinweise zu den thematischen Schwerpunkten des Treffens für die Organisation von Workshops und weitere Informationen: http://umsonstladendd.wordpress.com/ Informationen zur Interessengemeinschaft Freiräume: http://freiraum.fueralle.org/

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Blockupy
Sieben Thesen hat die autonome antifa [f] zum Verlauf der Blockupy-Aktionstage 2013 und zur Frage, wie es jetzt weiter gehen könnte, veröffentlicht.
Sie finden sich unter:
http://de.indymedia.org/2013/07/346509.shtml

Thomas Meyer-Falk in Sicherungsverwahrung »angekommen«
Der politisch aktive Gefangene Thomas Meyer-Falk, der schon seit 1998 in der JVA Bruchsal einsaß, wurde am 8. Juli 2013 in die JVA Freiburg verlegt, um dort die Sicherungsverwahrung zu verbüßen. Damit hat er keine gesicherte Perspektive mehr, jemals frei zu kommen. Sicherungsverwahrung ist ein Instrument, Menschen festzuhalten, ohne dass dieses als Strafe gilt. Der Staat definiert dann, dass eine trotzdem nicht frei rumlaufen darf.

Umfangreiche Hungerstreiks in Gefängnissen
In den Knästen in Kalifornien findet seit einiger Zeit der 3. massenhafte Hungerstreik binnen zwei Jahren statt. Ziel sind bessere Haftbedingungen, insbesondere die Einschränkung der Isolationshaft. Im Rahmen der letzten Hungerstreiks war es zu massiver Repression gegen Beteiligte bekommen. Seit Februar läuft zudem ein Hungerstreik von ungefähr 100 Guantanamo-Häftlingen, die in dem Militärgefängnis seit Jahren ohne Anklage festgehalten werden. Derzeit werden etwa 45 von ihnen mit brutalen Methoden zwangsernährt. Die Justiz hat sich für unzuständig erklärt. Der Hintergrund ist auch rassistisch. Die USA haben die höchste Gefangenenrate weltweit. Es werden insbesondere arme Nicht-Weiße inhaftiert. Zugleich erreichen in den USA auch die Kämpfe gegen das Knast-System die höchste Intensität. Mehr Informationen zum Hungerstreiks in Kalifornien:
http://de.indymedia.org/2013/07/346676.shtml und
www.ivi-info.de/pdfs/2011-11%20The%20Living%20Hell%20in%20Pelican%20Bay.pdf.
Zum Streik in Guantanamo:
www.spiegel.de/politik/ausland/hungerstreik-in-guantanamo-rapper-mos-def-probiert-zwangsernaehrung-a-910181.html und
www.zeit.de/politik/ausland/2013-07/obama-us-gericht-guantanamo-hungerstreik

Innenansichten der Isolationshaft
18 Jahre saß Peter Wegener in Isolationshaft. Jetzt wurde sie aufgehoben. Thomas Meyer-Falk schrieb einen Bericht, wie solche Haftbedingungen aussehen: »Peter ...durfte anfangs die Zelle nur gefesselt verlassen... Die Zellenausstattung spartanisch zu nennen, wäre noch geschmeichelt. Dazu das entwürdigende Prozedere, sich vor Verlassen der Zelle nackt ausziehen zu müssen, um andere Kleidung anzuziehen; wie dann auch vor Rückkehr in die Zelle: das Ganze nochmal. Wenn er also mal in den Hof wollte für seine Stunde Spaziergang im Käfig oder er Besuch bekam, hieß das stets: mehrfach nackt ausziehen.« Der ganze Text auf http://de.indymedia.org/2013/06/346415.shtml.

Riesiges Polizeiaufgebot schützt Schlachtfabrik
Am 9. Juli 2013 wurden ca. 30 Personen auf dem Weg zu einer Protestaktion vor der Rothkötter-Schlachtfabrik in Wietze von der Polizei von 6 bis 10 Uhr festgehalten und durchsucht. Dabei stellten sie Transparente und Blockademittel sicher. Polizei und Staatsschutz hatten einen drei Hundertschaften umfassenden Großeinsatz eingeleitet, welcher mögliche Blockaden oder ähnliches unterbinden sollte. Die geplante Aktion ist im Vorfeld aufgeflogen, da dieser offensichtlich massive Überwachungsmaßnahmen der Polizeibehörden vorausgegangen waren. »Die Polizei zeigte mit ihrem Vorgehen, wie viel Aufwand es bedarf, um eine kleine Zahl motivierter Aktivist_innen von ihrem Vorhaben abzuhalten. Dies zeigt auch, wie viele Ressourcen in dieser Gesellschaft bereitgestellt werden, um einen Ausbeutungsbetrieb am Laufen zu halten«, so Arthur, einer der Beteiligten.
Bericht: http://antiindustryfarm.blogsport.de/2013/07/09/riesiges-polizeiaufgebot-schuetzt-schlachtfabrik/#more-264

Einstellungen
Fast vier Jahre nach einer Protestaktion gegen Gentechnik ging am Dienstag, 25. Juni das Amtsgericht Tiergarten ein langwieriger Prozess zuende. Einer Gentechnikgegnerin war vorgeworfen worden, sich widerrechtlich auf dem Gelände des Julius-Kühn-Instituts (JKI) in Berlin-Dahlem aufgehalten zu haben. Im Rahmen von Aktionstagen im Sommer 2009 war vor dem Institut gegen dessen Rolle bei der Genehmigung von Gentechnik-Freisetzungen protestiert worden. Das Verfahren wurde am Dienstag gegen Auflage eingestellt. Mehr unter
http://de.indymedia.org/2013/06/346360.shtml.

Erstmals werden FeldbefreierInnen, die eine militante Aktion gegen ein Genversuchsfeld starteten, ohne Verurteilung bleiben. Die drei von sechs AktivistInnen, die 2008 den gv-Weizen in Gatersleben zerstörten und nach dem erstinstanzlichen Schuldspruch in Berufung und dann Revision gingen, haben nach ihrem Revisionserfolg beim OLG Naumburg nun ein Einstellungsangebot auf Staatskosten erhalten – und angenommen. Es ist ein Triumph einer klaren Kritik an den dubiosen Forschungsfeldern der Agrogentechnik und einer offensiven Prozessführung.
Bericht auf
http://de.indymedia.org/2013/07/346648.shtml.

Sogar mit einem Freispruch endete ein Prozess gegen einen Tierbefreier. Dem Tierbefreiungsaktivisten Karl-C. wurde vorgeworfen, am 23.05.12 mit anderen Aktivist_innen eine sogenannte Anhörung zum geplanten Neubau von zwei Mastanlagen im Kreis Celle »gestört« und der Aufforderungen den Saal zu verlassen nicht Folge geleistet zu haben. Richterin Precht vom Amtsgericht Celle verurteilte ihn zu 20 Tagessätzen. Gegen dieses Urteil legten Karl-C. und auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. So dass dieselbe Verhandlung vor dem Landgericht in Lüneburg noch einmal stattfand. Hier kam es zu einem Freispruch. Der Bericht unter http://de.indymedia.org/2013/07/347174.shtml zählt weitere Fälle auf, wie durch offensive Prozessführung Repression abgewehrt werden konnte.

Neu: Direct Action Kalender 2014
Im SeitenHieb-Verlag ist der direct-action Taschenkalender für 2014 erschienen. Im handlichen A6-Format enthält er neben Kalendarium, Monatsübersichten, Menstruationskalender, Stundenplaner und vielen praktischen Dingen mehr auch Tipps, Tricks und Ideen für kreative politische Intervention von unten. Wem Latschdemos, Onlinepetitonen und Co. zu lahm, zu hierarchisch organisiert oder einfach zu wirkungslos sind, oder wer in netten Dosen über das Jahr verteilt seinen politischen Handlungsrahmen erweitern will liegt mit diesem Kalender genau richtig. Etliche Tipps ranken sich um den Schutz vor Repression, offensive Aktionen und Anti-Knast-Arbeit. Bestellung über www.aktionsversand.de.vu. ●

Jörg Bergstedt

Anzeige

338
iz3w
Fairer Handel – Kaufend schreiten wir voran
Außerdem: ▸ Vergangenheit in Guatemala ▸ Filme aus Nord- und Südafrika ▸ Proteste in der Türkei ▸ Critical Whiteness... *52 Seiten, € 5,30 + Porto* auch als PDF-Download
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

PARECON VS. PEERCOMMONY TEIL IV

Peercommony ist kein Gratis-Supermarkt

Michael Albert und Christian Siefkes diskutieren ihre Konzepte für eine Welt nach dem Kapitalismus. Die Teile I – III erschienen in CONTRASTE Nr. 342, 344/345 und 346/347. Hier nun der IV. & letzte Teil. Gekürzte Übersetzung Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz.

Michael Alberts Zweifel an Peercommony

Christian Siefkes' Darstellung der Peercommony hat viele Ähnlichkeiten mit meinen eigenen Vorstellungen und Wünschen, aber es gibt auch etliche Gegensätze. Ich denke, dass seine Vorschläge manche Aspekte der Wirtschaft ausblenden. Er benennt zwei Bedingungen für Peercommony: Erstens, menschliche Arbeit verschwindet durch Automatisierung aus dem Produktionsprozess und zweitens, alle haben Zugang zu Ressourcen und Produktionsmitteln.

Was Punkt eins betrifft, ist es natürlich wünschenswert, dass die entfremdete Arbeit verschwindet. Es ist durchaus möglich, ein Teil davon durch Maschinen zu ersetzen, aber das würde sicher nicht bedeuten, dass alle Arbeiten, die nicht aus sich selbst befriedigend sind, verschwinden. Was die Produktionsmittel betrifft, ist es einfach nicht möglich, dass alle Menschen auf alle Produktionsmittel Zugriff haben und jeder sich mit allem selbst versorgen kann. Für beide Punkte gilt schließlich, dass diese Ergebnisse nicht von selbst entstehen werden, sondern wir beschreiben sollten, wie wir dorthin kommen.

Foto: Giovanni Lo Curto

Wie wissen wir, was und wieviel wir arbeiten müssen?

Siefkes betont, dass viele Tätigkeiten aus sich selbst heraus befriedigend sind, das ist richtig, heißt aber noch nicht, dass das was getan werden muss, wirklich getan wird und das was nicht getan werden sollte, auch wirklich nicht geschieht. Er sagt auch, dass Menschen oft deshalb arbeiten, weil andere sich über ihre Produkte freuen. Auch das stimmt, aber es erklärt noch nicht, wie und woher alle wissen sollten, was die anderen brauchen, um zu wissen, was sie produzieren sollen.

Siefkes meint, weil alle freiwillig teilnehmen, kann niemand andere herumkommandieren. Aber stellen wir uns einen Arbeitsplatz vor: Die Arbeiter stellen als selbstverwaltetes Kollektiv einen Arbeitsplan auf und entscheiden, dass jeder fünf Stunden arbeiten soll. Hans sagt, ich will aber sieben Stunden arbeiten (oder drei Stunden) und außerdem will ich lieber in der Nacht arbeiten. Ihr müsst das Licht anlassen, obwohl außer mir niemand da ist und tagsüber müsst ihr ohne mich auskommen. Heißt ein »Peer« zu sein, auch dass niemand sagen kann, Hans, hier zu arbeiten verlangt gewisse Verpflichtungen, wenn du sie nicht einhalten willst, arbeitest du besser woanders?

Ich bezweifle, dass sich die Tätigkeiten aller sinnvoll miteinander verbinden lassen, wenn jeder nur tut, was er will. Christian beschreibt hauptsächlich Beispiele aus der digitalen Sphäre, aber gerade in diesem Bereich arbeiten einige der ausbeuterischsten Unternehmen der Welt, Google, Facebook, Apple, Microsoft usw. Und keinesfalls kann man von Programmierern, die ein Einkommen aus anderen Quellen haben, darauf schließen, dass man grundsätzlich Produktion und Konsum entkoppeln könne. Auch wenn manches auf diese Art und Weise funktioniert, können wir doch nicht davon ausgehen, dass es für eine gerechte Allokation reicht, dass jeder tut was er will und nimmt was ihm gefällt.

Auch ich halte die »jeder-gewinnt« Formel für erstrebenswert, aber dafür braucht es entsprechende Institutionen und Methoden der Interaktion. Also, woher weiß ich, was andere brauchen, und woher wissen andere, was ich brauche? Siefkes sagt, die Peerproduzenten hinterlassen Hinweise, aus denen sich andere aussuchen können, was sie tun wollen. Das funktioniert vielleicht für manche relativ unwichtigen Dinge, wo es egal ist, wann sie getan werden. Aber um Getreide zu ernten? Um Stahl zu schmelzen oder Flugzeuge zu fliegen? Und das alles gut aufeinander abgestimmt?

Wie wissen wir, was und wieviel wir konsumieren dürfen?

Peercommony basiert hauptsächlich auf Gütern, die von einer Gruppe gemeinsam entwickelt und erhalten werden und entsprechend der von der Gruppe selbst definierten Regeln genutzt werden, so dass alle einen angemessenen Teil entnehmen. Aber welche Regeln sind das und wie werden sie gemacht? Was ist ein angemessener Teil? Kann ich sechs Häuser haben und das ganze Jahr herumreisen? Und wenn nicht, warum nicht? Was hält mich davon ab? Wenn es mein Verantwortungsbewusstsein ist, woher weiß ich, was verantwortungsbewusst ist? Das Verantwortungsbewusstsein wird durch die sozialen Normen und Strukturen der Peercommony nicht angesprochen. Stattdessen sagen diese Strukturen den Menschen, sie können nehmen, was sie wollen und tun, wonach ihnen der Sinn steht – ungefähr so, wie sie es jetzt den sehr Reichen sagen, nehme ich an. Bitte sag mir, warum dann nicht jeder alles nehmen würde, was ihm gefällt, unabhängig davon, wieviel das ist.

Es ist eine Tatsache, dass wir nicht alles haben oder tun können. Ressourcen, Arbeit und sogar Jobs sind begrenzt. Siefkes sagt, es gehe in der Peer-Produktion darum, Lösungen zu finden, die für alle funktionieren. Ich denke, dass Parecon genau die institutionellen Rahmenbedingungen herstellen könnte, in denen Lösungen enstehen können, die für alle funktionieren. Parecon ist aus meiner Sicht die Umsetzung von Peercommony in die Realität.

Christian Siefkes: Wer macht die Regeln und woher kommen die Informationen?

Du fragst, wie ein Arbeitsplatz funktionieren soll, wenn jeder tut was er will. Zu deinem Beispiel: warum sollte es die anderen stören, wenn jemand länger oder kürzer arbeitet? Aber natürlich würden Peerproduzenten manches Verhalten nicht tolerieren. Würde Hans etwa nur ein oder zwei Stunden täglich kommen und nur mit den Geräten herumspielen, würden sie vielleicht sagen, »Lass das! Entweder du hilfst uns hier, oder du verbringst deine Zeit anderswo.« Oder wenn er jeden Tag zwölf Stunden da wäre, würden sie ihm empfehlen, sich auch mal auszuruhen. Aber solange er einen sinnvollen Beitrag leistet, ist es kein Problem, wenn er früher geht oder länger bleibt.

Für manche Zwecke ist es sinnvoll, sich genauer abzustimmen, deshalb machen die Menschen an einem Arbeitsplatz ihre Regeln selbst und jeder, der mitmachen will, muss diese Regeln akzeptieren. Gerade weil sie Peers sind, können sie sich selbst Regeln geben, an die sie sich dann auch alle halten müssen, wenn sie weiter mitmachen wollen. Wären sie keine Peers, dann gäbe es Chefs, die die Regeln machen und kontrollieren würden.

Nur wer wenig mit Computern zu tun hat, kann Linux als »relativ unwichtig« bezeichnen. Auch Freie-Software-Projekte wie Debian oder Linux müssen strikte Zeitvorgaben einhalten und Sicherheitsprobleme schnell beheben. Sie schaffen das sehr gut. Viele Menschen verwenden Freie Software, weil sie sie für sicherer und verlässlicher halten als proprietäre, was von diversen Studien bestätigt wird.

Peer Produktion macht es möglich, den eigenen Interessen zu folgen und sich in unterschiedlichen Projekten zu engagieren. Das heißt aber nicht, dass man dabei keine sozialen Verpflichtungen eingeht und nur dem »Spaß-Prinzip« folgt. Auch Peerproduktion umfasst soziale Koordination und Organisation; eines der wichtigsten Prinzipien ist zum Beispiel, einen kompetenten Nachfolger zu finden, bevor man aus einem Projekt aussteigt.

Beim Ressourcenverbrauch und der fairen Verteilung von Ressourcen liegen die Dinge anders, weil die Ressourcen begrenzt sind. Der Verbrauch kann mithilfe des ökologischen Fußabdrucks gemessen werden und der ist in den Industrieländern viel zu hoch. Menschen in diesen Ländern müssen ihren Fußabdruck und damit ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, aber warum sollte man den Verbrauch daran binden, wieviel jemand arbeitet? Warum soll jemand, der 50% länger arbeitet als der Durchschnitt, einen 50% größeren Fußabdruck haben dürfen? Vielleicht brauchen wir Zuteilungsverfahren, die sicher stellen, dass der Fußabdruck einer Person innerhalb des fairen Limits bleibt, etwa gemessen am Ressourcenaufwand der genutzten Produkte. Aber Geld und Arbeit sind nicht für diese Berechnung geeignet.

Peercommony ist kein Supermarkt

Das bringt mich zu deiner Frage, was Menschen in der Peercommony daran hindern sollte, mehr zu nehmen als sie brauchen. Es scheint, dass du dir eine Welt ohne Geld als riesigen »0-Euro-Laden« vorstellst, in dem alle Waren kostenlos abgegeben werden. Würde sich, wer einen solchen Gratisladen findet, nicht Unmengen der ausliegenden Waren greifen – egal, ob man sie konkret gebrauchen kann? Gut möglich – allein schon aus Angst, dass diese wunderbare Situation unmöglich anhalten kann, dass schon morgen alles wieder Geld kosten wird. Wer darauf vertrauen könnte, es nicht nur mit einer vorübergehenden Ausnahmesituation zu tun zu haben, würde sich anders verhalten. Warum sollte ich mich mit Gütern eindecken, die ich derzeit nicht brauche, wenn ich weiß, dass sie im Gratisladen auf mich warten? Ich könnte den Laden einfach als ausgelagerten Abstellraum behandeln.

Aber hätten wir nicht trotzdem alle gern eine große Villa, direkt am Meer gelegen, mit den Alpen dahinter und einem schicken Stadtzentrum gleich um die Ecke? Würden wir nicht alle gerne fette Autos fahren? Wie lange würden die begrenzten Ressourcen der Erde das mitmachen?

Die Gratisladen-Idee ist jedoch irreführend, da es dabei nur um Dinge geht, nicht um Menschen und ihre Bedürfnisse. Ich brauche Wohnraum, der im Winter warm genug und im Sommer nicht zu heiß ist; Nahrung, wenn ich hungrig bin; neue Kleidung, wenn die alte nicht mehr gut oder passend ist. Ich brauche Kommunikationsmöglichkeiten und Mobilität, um mit anderen in Kontakt zu bleiben und die Orte zu erreichen, die mich interessieren. Ich brauche Gesundheitsvorsorge, Unterhaltung und kulturelle Aktivitäten. Ich brauche Freund_innen, Liebe und soziale Verbindungen. Und so weiter.

Anders als im Kapitalismus (wo der Profit im Vordergrund steht) wird in der Peercommony produziert, weil jemand ein Bedürfnis hat. Wir können uns solch eine Gesellschaft als gemeinsames Mesh-Netzwerk für bedürfnisorientierte Produktion vorstellen. Ein »Mesh« (dezentrales Netz), weil es keine Zentralstellen gibt, die alles koordinieren oder regulieren, sondern eine Vielzahl von Peer-Projekten, die sich miteinander abstimmen. Gemeinsam, weil die beteiligten Projekte Commons (Gemeingüter) sind, die allen offenstehen, sofern sie in der Nähe wohnen, geeignete Beiträge leisten können und wollen und bereit sind, die Spielregeln zu akzeptieren, die die Projektbeteiligten sich gegeben haben. Und die man mit ihnen zusammen dann auch weiterentwickeln kann. Und weil die verwendeten Ressourcen – Naturgüter und Wissen – Commons sind, nicht exklusives Eigentum Einzelner.

Im Kapitalismus versucht jede Firma, zur Steigerung ihres Gewinns immer mehr Produkte zu verkaufen, solange sie dafür einen akzeptablen Preis erzielen kann. In der Peercommony sind die verschiedenen Produzenten zwar nicht gezwungen, sich miteinander abzusprechen, aber es liegt nahe. Über die Bedürfnisse hinaus zu produzieren wäre einfach Zeitverschwendung. Die häufige Befürchtung, eine geldlose Wirtschaft könne nicht funktionieren, weil sich jede_r soviel nehmen würde, dass nichts für andere übrig bliebe, ist daher unbegründet. Güter werden nicht erst produziert und dann »nach Belieben« verteilt, sondern ohne konkreten Bedarf wird erst gar nicht produziert.

Aber woher weiß ich, wo und auf welche Weise ich mich einbringen kann? Das hängt wiederum von Bedürfnissen ab – von meinen eigenen und denen der anderen, von konsumtiven ebenso wie von produktiven. Vielleicht ist das Gemüse, das ich bekomme, oft schon schal oder es gibt nicht genug Marmelade. Vielleicht ist die nächste Gesundheitsstation zu weit entfernt oder es fehlt an mobilen Pflegekräften, die sich um alte und kranke Menschen kümmern. Vielleicht vermisse ich Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Oder mich nervt, dass die Kommunikationssoftware nicht genug kann und gelegentlich abstürzt. Jedes Manko ist ein Hinweis darauf, was es zu tun gibt. Je mehr Menschen solch ein Hinweis auffällt und je ernster sie ihn nehmen, desto eher wird sich jemand der Sache annehmen. Und wenn mir mehrere Dinge gleichermaßen auffallen, werde ich mich im Zweifelsfall dort einbringen, wo ich meine eigenen Stärken und Interessenschwerpunkte sehe. – Und wenn niemand etwas auffällt? Dann ist alles gut. ●

Die Diskussion in voller Länge auf Englisch ist hier nachzulesen:
http://www.zcommunications.org/znet/zdebatealbsiefkes.htm

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

Nichts ist wie es scheint

Eine junge Frau, die ihren Bruder vermisst und eine anonyme Anruferin, die behauptet, dass dieser in Cawsand in Schwierigkeiten steckt. So beginnt der neue Krimi von Anja Marschall, erschienen im Februar 2013 im Goldfinch Verlag. Das Buch gehört zu einer Serie, in der britische, schottische und irische Krimis erscheinen.

Die Krankenschwester Kate hat ihren Bruder drei Jahre nicht mehr gesehen. Er verschwand nach einem Streit spurlos. In Cawsand angekommen trifft die Protagonistin nicht auf ihren Bruder Philip, sondern die flippige Künstlerin Luna und den ehrenwerten Earl of Tremore sowie dessen smarten Sohn Alexander, den Erben von Tanston Hall. Letzterer ist ein Freund ihres Bruders. Das Bild, das sich Kate von der Situation in Cawsand und ihrem Bruder macht, widerspricht ihren Erinnerungen. Sie kann sich den rebellischen Philip nur schwer als Unteroffizier der Marine und Freund eines Earls vorstellen. Sie beginnt Nachforschungen anzustellen und trifft auf Widerstand. Jeder im Dorf scheint etwas verbergen zu wollen. Kate stößt auf jede Menge Intrigen und ein gefährliches Familiengeheimnis. Nichts ist so, wie es scheint. Plötzlich gibt es eine Tote und Kate begibt sich bei ihren weiteren Nachforschungen in tödliche Gefahr.

Ein spannender und fesselnder Krimi mit mehreren überraschenden Wendungen. Ihren Figuren hat Anja Marschall von der ersten Seite an Leben eingehaucht. Auch der Humor kommt nicht zu kurz, wenn die Autorin ihrer Figur Luna einen ihrer flippigen »Auftritte« verschafft oder sich mit Vorurteilen gegenüber Cornwall und dem britischen Adel auseinandersetzt. Das 282 Seiten umfassende Buch ist jedoch kein typischer Cosy-Krimi (ein Krimi-Genre mit Lokalkolorit und komplexen Charakteren in erzählendem Stil verfasst). Anja Marschall hat einige Jahre in England gelebt. Die in Schleswig-Holstein lebende Autorin hat, eigenen Angaben zur Folge, im Detail viel Wert auf Authentizität gelegt. Das gilt insbesondere für die im Buch geschilderten Orte, lediglich auf der Marinebasis in Devonport durfte sie nicht recherchieren. Sehr passend ist auch das düstere Cover, welches die Grundstimmung im Buch sehr gut wiedergibt. Eine interessante Idee sind darüber hinaus die letzten Seiten, die ein paar wissenswerte Informationen über Cornwall und den britischen Adel enthalten. Alles in allem ein spannendes Buch, das Lust auf mehr macht. ●

Sandra Peters

Anja Marschall: Das Erbe von Tanston Hall – ein Cornwall Krimi, Goldfinch Verlag, Frankfurt am Main, 1. Auflage 2013, 282 Seiten, 12,95 €

Europa und der Islam

»Islam gleich Rückständigkeit und Gewalt gleich Terrorismus« – diese schlichte Formel hat Konjunktur in Europa. Das Buch des in Erfurt lehrenden Kommunikationswissenschaftlers Kai Hafez beleuchtet die Fortschritte und Defizite der Gleichstellung von Muslimen, die Integration und Anerkennung des Islams in Deutschland und Europa und die Entwicklung der Islamophobie.

Vor dem Hintergrund systemtheoretischer Ansätze und der »Theorie des kommunikativen Handelns« von Jürgen Habermas betrachtet Hafez die fünf großen Subsysteme »Politik / Recht«, »Gesellschaft«, »Medien«, »Wissenschaft / Bildung« und »Kirche«.

Rechtstaatlichkeit und demokratische Souveränität sind für den Autor die Elemente des liberalen Verfassungsstaates. Individuelle Freiheitsrechte und rechtliche Gleichstellung würden die europäischen Staaten inzwischen auch den Muslimen gewähren. Die liberalen Gesellschaften seien aber viel weniger auf die Anwesenheit von Muslimen in Europa eingestellt als der Staat. So gebe es gerade im bürgerlichen Mainstream erhebliche antiislamische Ressentiments, wie die Sarrazin-Debatte gezeigt habe. Das rassistisch gehasste Objekt hat sich – so Hafez – dabei von den Juden auf die Muslime verschoben. Die komplexe Realität des Islams werde dabei auf einige kulturalistische Klischees reduziert. Die muslimische Minderheit in Deutschland, die im Übrigen »systemloyal« sei und auch keine »Parallelgesellschaften« bilde, würde durch die hegemonialen Machtinteressen der Mehrheitsgesellschaft bedroht. Hafez führt aus, dass die Forderungen nach religiöser Toleranz und Integration nicht ausreichten: Nötig sei vielmehr eine Kultur der Anerkennung und Würdigung der Muslime, der Multikulturalität und religiösen Diversität. Minderheiten müssten als Teil der europäischen Gesellschaften verstanden und anerkannt werden.

Der Autor macht deutlich, dass an den stereotypen Bildern über den Islam auch die Medien Schuld hätten. Sie perpetuieren das Bild vom terroristischen Islam und blenden andere muslimische Wirklichkeiten konsequent aus. In den Social Media im Netz zeige sich die verbreitete Islamophobie besonders deutlich.
Hafez konstatiert eine Entwicklung zur multikulturellen Bildungs- und Wissensgesellschaft. In Teilen werde dabei der eurozentrische Bildungskanon in Frage gestellt, z.B. bei der kulturwissenschaftlichen »Orientalismusdebatte«. Interkulturelle Pädagogik und die Einführung islamischen Religionsunterrichts an Schulen seien aber erst der Anfang.

Die Darstellung von Hafez leuchtet die hohe Komplexität und die Ambivalenzen des Themas aus. Das Buch ist eine konzise geschriebene, literaturgesättigte Darstellung, die eine Vielzahl von theoretischen Ansätzen und empirischen Studien im Sinne eines groß angelegten Forschungsberichtes verarbeitet.

Hafez hat eine Botschaft: Europa muss, das zeigt der Umgang mit dem Islam, sich und seine Institutionen erneuern. Die Anerkennung religiöser Minderheiten ist dabei essentieller Bestandteil einer grundsätzlichen politischen und sozialen Emanzipation der europäischen Gesellschaften. ●

Frauke Klinge

Kai Hafez: Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas, transcript Verlag, Bielefeld 2013, 370 Seiten, 29,80 €

Die 68er und das Alter(n)

»Trau keinem über 30!« so lautete eine der immer wieder zitierten Parolen der sog. »68er«. Heute sind die damals in den langen 1960er Jahren Aktiven und Engagierten mehr als doppelt so alt und steuern auf die »Lebensphase Alter« zu, wenn sie nicht schon mittendrin sind. Die 1943 geborene Brümmerloh legt mit dieser Veröffentlichung ihre Dissertation an der Universität Hildesheim in Buchform vor. Das Buch hält nicht das, was es auf dem Umschlag verspricht, hat aber trotzdem einiges zu bieten.

Nach einigen Überlegungen zum Generationenbegriff stellt die Autorin im ersten Kapitel »die 68er« vor. Dieses Kapitel können alle, die darüber einigermaßen Bescheid wissen, getrost überblättern, denn sie werden nichts Neues erfahren.
Danach folgt ein kurzer Abschnitt zum Thema »Alter«, dessen Definition und Konstruktion. Die einschlägige Forschung unterscheidet das biologische, körperliche Alter, das psychische, selbst empfundene Alter und schließlich das soziale Alter, das jemand gesellschaftlich zugeschrieben wird. Dass Alter kein objektives Kriterium ist, dürfte einleuchtend sein: ein 34-jähriger Mann ist als Fußballspieler alt und als Politiker sehr jung. Dieser Teil, der auch Passagen zum »beruflichen Alter« und damit zusammenhängend zur »Auflösung kollektiver Lebenszeitregimes« enthält, ist spannend zu lesen. So würden z.B. den jungen Alten (ca. 50 bis 60 Jahre alt) enorme mentale und ökonomische Potentiale zugeschrieben, während auf die »alten Alten« jenes Defizitmodell (Gebrechlichkeit etc.) angewendet werde, das noch vor 20 oder 25 Jahren allen Alten zugeschrieben worden sei.

Im zweiten, dem Hauptteil des Buches, werden dann vier Personen der Geburtsjahrgänge 1943 bis 1949 und ihre Biographien vorgestellt. Brümmerloh hat zwar insgesamt für ihre Forschung 12 Personen befragt, in ihr Buch aber nur die Ergebnisse von vier der ausführlichen Interviews aufgenommen. Es ist augenscheinlich, dass eine so schmale Basis für generalisierende Aussagen nicht ausreichend ist. Die vier Personen (drei Männer, eine Frau) werden zuerst nacheinander ausführlich in einer sog. »Fallrekonstruktion« vorgestellt, die auch längere Originalzitate aus den Interviews enthält. Danach wird dann jeweils die »biografische Gesamtformung« der Person untersucht, was im Buch zu gravierenden Wiederholungen führt.

Danach kontrastiert die Autorin die vier Biographien anhand des Bildungshintergrundes der Eltern, anhand des Geburtsortes, der Schulbildung, politischer Aktivität und etlicher anderer Faktoren. Als Ergebnis ermittelt sie zwei Gruppen. Die eine Gruppe hat einen relativ linearen Erwerbsverlauf, lebt derzeit in einer Partnerschaft und ist heute gut abgesichert und im Ehrenamt aktiv. Die andere lebt alleine, ist nicht ganz so gut abgesichert – unter anderem weil der Erwerbsverlauf unterbrochen wurde oder Berufswechsel stattfanden – und lehnt ein Engagement über den Beruf hinaus ab. Teilweise werden hier bestimmte Umstände das dritte Mal aufgeführt.

Für alle vier Befragten sind die eigenen Eltern keine Vorbilder, damals nicht und erst recht nicht heute, wenn es ums (eigene) Altern geht. Die Befragten wollen (derzeit) keine, mit einem schlechten Image verbundene gesellschaftliche Sonderstellung einnehmen, sie fühlen sich zwar alt bzw. sind am Ende ihres aktiven Berufslebens angelangt, sind aber noch relativ gesund. Das »Alter« und erst Recht eine zukünftige Pflegebedürftigkeit sind für sie allerdings kein Thema, dafür seien sie, so die Vermutung von Brümmerloh, vielleicht auch noch zu jung.

Es ist mehr als verwirrend, wenn nicht sogar ärgerlich, wenn die Autorin verallgemeinernd von »den 68ern« schreibt, wenn sie die aus einer schmalen Datenbasis resultierenden Ergebnisse ihrer Befragung referiert oder interpretiert. Interessant sind für diejenigen, die sich damit noch gar nie beschäftigt haben, die Passagen über die Generationen und über »das Altern«. Wer Biographien mag, wird an den in diesem Buch vorgestellten seine Freude haben. Ein Buch über »die 68er« und ihr Verhältnis zum Alter und Altern ist »...when I´m sixty for« allerdings nicht. Leider. Denn ein spannendes und relevantes Thema wäre das. ●

Bernd Hüttner

Hannelore Brümmerloh: ...when I´m sixty-four. Die 68er in der Lebensphase Alter; Tectum Verlag, Marburg 2012, 237 S., 24,90 €, ISBN 978-38 2882 9572

Stadt der Commonisten

Dieses bildstarke, edel verarbeitete Nachschlagewerk sozialer Praktiken informiert nicht nur, es nimmt die Lesenden mit in den Alltag von Gemeinschaftsprojekten wie Nachbarschaftsgärten, Guerilla Knitting und Repair Cafés.

Das Buch »Stadt der Commonisten« (Commons = Gemeingüter) geht in insgesamt über 130 kurzen lexikalischen Einträgen auf Formen der Aneignung des Stadtraums ein – dazu gehören neben Artikeln zur »Urbarmachung« und zum mobilen Anbau auch ausgefallene Beschreibungen, wie z.B. »Umdeuten«, »Reissack« und »Don´t do it yourself«.

Wer das Buch das erste Mal öffnet, erhält den Eindruck, einen reinen Bildband in den Händen zu halten, denn auf den ersten 27 Seiten sind ausschließlich Bilder von Pflanzen und Menschen in Alltagssituationen des mobilen Gemeinschaftsgartens »Annalinde« zu sehen. Dann folgen jedoch Erläuterungen von Initiativen und Begriffen der Do it yourself-Szene in Deutschland. »Aha – also Bildband und Lexikon« mag die Lesende denken.

Wer sich die Zeit nimmt, sich auf das über 200 Seiten starke Buch mit Bild und Text einzulassen, kann feststellen, dass die Auseinandersetzung mit den vorgestellten Initiativen stets reflektiert und nirgends einseitig ist. Vielmehr regt das Buch zum eigenen Nachdenken an.

Dann wieder: Bilderstrecken, wobei sich ganzseitige Abbildungen mit Fotoreihen in Abziehbild-Größe abwechseln. Die Fotos sind farbig, aber ohne Hochglanz und wollen – anders als viele Werbeplakate – nie eine künstliche Welt des perfekten Glücks darstellen. Sie vermitteln vielmehr Normalität, was den MacherInnen von »Stadt der Commonisten« hoch anzurechnen ist – denn die LeserInnen des Buchs sollen nicht von tollen Produkten überzeugt werden. Vielmehr wird ihnen die Normalität eines nachhaltigeren Lebens in der Stadt vermittelt, an dem jede_r teilhaben kann.

Um einen kleinen Einblick in den Inhalt zu geben, erfahren die LeserInnen unter anderem: dass in München die Bepflanzung von Baumscheiben öffentlich gefördert wird, was »Culinary Misfits« sind, was diese mit einem Berliner Start-Up Unternehmen und mit Inklusion zu tun haben oder wie die »konnektive Generation« das Internet für ihre Zwecke und Anliegen nutzt.

Fazit: Ein gelungenes, kurzweiliges Praxis-Handbuch. Oder ist es doch ein Fotoalbum aus einem besseren, städtischen Alltag? ●

Johannes Dietrich

Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself, transcript-Verlag, Bielefeld 2013, 232 Seiten, 24,90 €

Widerspruch Heft 62: »Care, Krise und Geschlecht«

Von einer Krise der Betreuung, Fürsorge und Pflege – der »Care-Arbeit« – ist in Medien und Politik öfter die Rede. Versorgungslücken und explodierende Kosten werden diagnostiziert, jüngere Generationen auf ein Leben »nach dem Sozialstaat« eingestimmt.

Das neue WIDERSPRUCH-Heft 62 zeigt: Grund zur Sorge besteht tatsächlich – nicht nur über sich abzeichnende Lücken, sondern vor allem über die Weise, wie sie bewältigt werden: durch weitere Rationierung von Gesundheitsleistungen, Ausbeutung billiger ausländischer Arbeitskräfte, Abbau und Kommerzialisierung gemeinwirtschaftlicher Leistungen. Und durch neue Lobgesänge auf die Freiwilligenarbeit, wie Gisela Notz anschaulich beschreibt. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt dabei als Drohkulisse: Sie lässt, so heißt es, keine andere Wahl, als »Strukturanpassungen« durch zu peitschen, nicht nur in den Ländern des Südens, sondern neuerdings auch in den verschuldeten Volkswirtschaften des Euro-Raums.

Expertinnen der internationalen feministischen Organisation WIDE gehen in ihren Beiträgen den Folgen verschärfter Marktorientierung für Care-Arbeit und soziale Netzwerke nach. Wie wirken sich Kürzung und Neuausrichtung staatlicher Budgets auf die Grundversorgung der Bevölkerung, auf die Ökonomie der Haushalte, auf die Lastenverteilung zwischen Frauen und Männern in Nord und Süd aus? Deckt die internationale Migration der Care-Arbeiter/innen die Versorgungslücken, und welches ist die soziale und rechtliche Lage der Hausarbeiterinnen? Wieso kann die Betreuung von Angehörigen zu prekären Lebenssituationen führen? Welches sind tragfähige Alternativen und Auswege aus der aktuellen Situation?

Weitere Beiträge setzen sich kritisch mit einigen Begriffen und der Geschichte der Care-Diskussion auseinander. Frigga Haug moniert, dass der Import von geläufigen Anglizismen – gender, care – den analytischen feministischen Blick auf die Herrschaftsverhältnisse der gesellschaftlichen Reproduktion eher verstelle. Und Céline Ehrwein Nihan zufolge bedarf die kapitalistische Ethik des Wachsens und Profitierens dringender denn je des starken Gegenpols einer Ethik der Solidarität und des füreinander Sorgens.

Diskussionsbeiträge widmen sich der Herrschaftsform im Neoliberalismus (Alex Demirovic) oder der Erneuerung kritischer Gesellschaftstheorie (Frieder Otto Wolf). Stefan Kerber-Clasen lotet das Potenzial einer gemeinwirtschaftlich und demokratisch organisierten »solidarischen« Ökonomie aus. Tagungsberichte und Buchbsprechungen runden das Heft ab. ●

Quelle: Mitteilung der Widerspruch-Redaktion

Widerspruch 62, Care, Krise und Geschlecht, 220 Seiten, 18 €, www.widerspruch.ch

Anzeige

FEMINISTISCHE PROJEKTE

Selbstorganisation & Widerstand

Ernst machen mit der ebenbürtigen Teilhabe

Der Traum vom anderen Leben und Wirtschaften ist alt. Seine AkteurInnen hofften auf ein Leben jenseits des Kapitalismus, oder doch wenigstens darauf, sich eine autonome Insel in der kapitalistischen Welt zu schaffen. Mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder, die die Isolation der Einzelnen und die Fixierung auf Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens auflösen wollten, wirken sie bis heute. (1)

Von Gisela Notz, Berlin. ● Aus der antiautoritären Studentenbewegung waren in den 1970er Jahren die neuen Frauenbewegungen entstanden und befanden sich zugleich im Widerspruch zu ihr. Der Rückzug von den Männern, der zu eigenen Frauenräumen führte, wurde nach Ansicht der Frauen notwendig, um frauenpolitische Forderungen zu entwickeln und nach außen vertreten zu können. Sie entstanden aus der Ignoranz der Männer gegenüber der doppelten Unterdrückung der Frauen. Das Anliegen der Frauenbewegungen war nicht nur, Missstände aufzudecken, sondern zugleich an deren Veränderung zu arbeiten. Selbstorganisierte Frauenzentren, Frauenbetriebe und -projekte waren die notwendige Konsequenz der Separierung. Durch sie wurden die aufgenommenen Themen in praktisch-politisches Handeln umgesetzt. Sie führten schließlich zu feministischen Gegenkulturen (2).

Eines der wichtigsten Ziele der neuen Frauenbewegungen war es, Theorie und Praxis sinnvoll zu verbinden. Neu geschaffene autonome Frauenprojekte wie »Frauen lernen leben«, Therapie- und Gesundheitsläden sowie -zentren, Buchhandlungen, Verlage, Vertriebe, Teestuben, Beratungs- und Bildungseinrichtungen, Frauenferienhäuser, Frauencafes und -kneipen, Frauenbands, -chöre, -kabaretts, -theater und Filmgruppen zeichneten sich ebenso durch Kreativität basisdemokratischer Kollektive aus wie Betriebe von Handwerkerinnen und Projekte mit sanfter Energie und für alternative Technik. Eigene Erfahrungen mit Berufstätigkeit und mit Betriebsgründungen hatten wenige. Sie orientierten sich an den Erfahrungen der Linken, um sich zugleich inhaltlich von ihnen abzusetzen (3). Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichen finanziellem Risiko mit gemeinsamer Ökonomie geleistet werden sollte. Hierarchien wurden als »männliche Strukturen« abgelehnt.

(K)ein herrschaftsfreier Raum?

Besondere Bedeutung kam den Zeitschriften *Courage* (1976 – 1987) (4) und *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1978 – 2008) zu. Beide arbeiteten im Kollektiv. Die beiträge wollten nicht nur feministische Forschung publizieren, sondern vor allem ein Diskussionsforum darstellen, das theoretische Auseinandersetzungen über eine feministische politische Praxis der zahlreichen, im Zuge der Frauenbewegungen entstandenen selbstorganisierten Frauenprojekte ermöglichen sollte.

Freilich gab es auch innerhalb der selbstorganisierten autonomen Frauengruppen und -projekte informelle Hierarchien und unterschiedliche Verantwortlichkeiten, die zu nicht selten zerstörerischen und lähmenden Konfliktsituationen führten. Die Idee vom autonomen Projekt als herrschaftsfreiem Raum, quasi im exterritorialen Verhältnis zum Patriarchat stehend, erwies sich bereits mittelfristig als überaus problematisch. Nicht selten sprengten subtile Machtkämpfe die Kollektive. Die Hoffnung, dass Frauen, weil sie Frauen sind, weniger elitär, weniger konkurrenzorientiert und mehr an zwischenmenschlichen und sozialen Problemen interessiert seien, musste zu Enttäuschungen führen. Hohe politische Ansprüche an Egalität und Verzicht auf materielle Güter führten dazu, dass viele Projekte und Betriebe, die in dieser Zeit entstanden, auch wieder verschwanden.

Ein Beispiel für Projekte der 1990er Jahre ist die FrauenEnergieGemeinschaft »Windfang eG«.

20 Ingenieurinnen hatten die Nase voll, dass Männer meist die Augen verdrehten, wenn sie »Frauen und Technik« zusammenbringen wollten und beschlossen 1992 den Spieß umzudrehen: »Während Männer oft viel Wind um nichts machen, wollten sie Wind machen, um einen Beitrag zu einer Energiewende zu leisten.« (5).

Sie wollten selbst bestimmen, woher der Wind weht und entschieden sich daher für die Unternehmensform, die ihnen am demokratischsten schien: die Genossenschaft. In der Zwischenzeit bauen sie auch Solaranlagen, zum Beispiel die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Frauenmuseums in Bonn.

Soziale Kunstwerke

Frauenprojekte und Betriebe sind in erster Linie soziale Kunstwerke und keine wissenschaftlichen Experimente. Selbstorganisierte alternative Projekte sind ein Versuch, um mit der Aufhebung der Entfremdung, der Neuverteilung von Arbeit und Verantwortung und der Möglichkeit der ebenbürtigen Teilhabe am ganzen Leben ernst zu machen. Sie sind Fenster zu einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, selbstverwalteten und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Indem sie auf die Kraft des Experiments und Vorlebens setzen, werden sie vielleicht immer weitere Gebiete erschließen um »ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen« wie es AnarchistInnen für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten (6). ●

Literatur und Anmerkungen:
(1) vgl. Notz, Gisela: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt. Stuttgart, 2012 (2. Aufl.).
(2) vgl. Notz Gisela: Feminismus. Köln, 2011.
(3) vgl. Plogstedt, Sibylle: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin. Königstein/Taunus, 2006.
(4) Courage wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung digitalisiert: http://library.fes.de/courage/.
(5) vgl. Bollwahn, Barbara: Frauengenossenschaften – Genossenschaftsfrauen. Berlin, 2009.
(6) vgl. Rocker, Rudolf: Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung. New York/London/Stockholm, 1947.

MAD & DISABILITY PRIDE PARADE

Barrikaden statt Barrieren!

Am 13. Juli 2013 fand in Berlin erstmals unter dem Motto »behindert und verrückt feiern« eine Mad & Disability Pride Parade statt. Die CONTRASTE dokumentiert den Redebeitrag vom AK moB – Menschen mit und ohne Behinderung. Er war Teil des Bündnisses aus Gruppen und Einzelpersonen, das die Parade organisiert hat.

Hallo und herzlich Willkommen auf der »behindert und verrückt feiern« Pride Parade in Berlin! Wir freuen uns, dass ihr hier seid.

Vielleicht haben das einige von euch mitbekommen: In der letzten Woche hat der Fernsehsender Phoenix groß verkündet, dass er die Tagesschau und das heute-journal jetzt nicht mehr in die Gebärdensprache übersetzen lässt. Es wurde ja schließlich das Angebot an Untertiteln ausgeweitet. Und großspurig hat der Sender das als Ausbau der Barrierefreiheit präsentiert. Für taube und gehörlose Menschen bedeutet das eine Verschlechterung: Wer Gebärdensprache spricht, kann nicht automatisch einer Untertitelung folgen. Die Gebärdensprache ist eine eigene Sprache, mit eigener Grammatik. Erst nach Protesten von gehörlosen Menschen hat Phoenix jetzt eingelenkt und wird zunächst weiter in Gebärdensprache übersetzen.

In der letzten Woche war aber noch mehr los: Die BVG (Berliner Verkehrsbetriebe, Anm. d. Red.) hat kurzerhand alle U-Bahn-Aufzüge abgeschaltet. Über Stunden war die U-Bahn damit unbenutzbar für Rollstuhlfahrer_innen. Keine Erklärung auf der Webseite. Beim Callcenter der BVG wusste man von nichts. Erst nach hartnäckigem Nachfragen war zu erfahren, dass der Aufzugnotruf defekt war.

Wir könnten noch viele solcher Geschichten erzählen und wenn ich mich hier so umsehe, bin ich mir sicher, das könnten die meisten von euch auch. Alle diese Geschichten haben eins gemein: Sie bedeuten Abwertung behinderter Menschen. Sie zeugen davon, dass es einfach nicht wichtig genug ist, die Bedürfnisse Behinderter – unsere Bedürfnisse – zu berücksichtigen. Oder sich mit uns zu beraten, wenn man selbst nicht Bescheid weiß.

Wir sind genervt, dass das so ist, und wir wollen nicht, dass es so bleibt. Und deswegen organisieren wir uns seit fast sechs Jahren im AK moB. Das ist eine Gruppe, in der behinderte und nichtbehinderte Leute zusammen daran arbeiten, dass sich etwas ändert. Niemand bei uns hat Lust, linke Politik zu machen, die sich nicht darum kümmert, Barrieren abzubauen. Und die Behinderte und Nichtbehinderte nicht gleichermaßen anerkennt.

Nicht wir sind falsch, sondern die Zustände, in denen wir leben. ●

Vielen Dank!

Weitere Redebeiträge, Fotos & Forderungen von AK moB auf: www.pride-parade.de/redebeitraege.html

»Schauen Sie mich an, wenn Sie mit mir reden, nicht den Typen, der meinen Rollstuhl schiebt!«
Mad & Disability Pride Parade, Berlin Foto: Pierro Chuissi, Standart

PSYCHIATRIEBETROFFENE

»Nie wieder in die Klapper«

Mit dem Weglaufhaus als »Möglichkeit, sich dem psychiatrischen System zu entziehen« fing es an. Im dazugehörigen Verein haben Psychiatriebetroffene eine vielfältige Praxis entwickelt. Das Interview mit Christoph und Horst vom »Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt« führte Anne Seeck.

CONTRASTE: Wie ist der Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt entstanden?

Christoph: Vorlauf war die Arbeit der alten Irrenoffensive. Die haben sich aus der Hausbesetzerbewegung heraus entwickelt, hatten eine Krisenwohnung. Dann gab es das Angebot eines Hauses von einem Angehörigen, der jemanden in der Psychiatrie verloren hat. Es gab Gespräche mit dem Senat. Es war so ähnlich wie Verhandler und Nichtverhandler bei den Hausbesetzern. Das war die Spaltung der Irrenoffensive. Der Verein wurde Träger des Weglaufhauses.

Was war eure persönliche Motivation, in dem Verein mitzuarbeiten?

Christoph: Meine beiden kurzen Ausflüge in die Psychiatrie liegen sieben und acht Jahre zurück. Ich habe danach, weil ich nie wieder in die Klapper wollte, nach Alternativen gesucht. War in der Beratung des Vereins. Dann habe ich im Weglaufhaus gewohnt. Als ich wieder Kräfte gesammelt hatte, habe ich in der Beratung angefangen.

Horst: Ich habe vor knapp zwei Jahren den Verein aufgesucht, weil ich Hilfe brauchte, aus der Betreuung rauszukommen. Mit der Patientenverfügung habe ich das durchsetzen können. Ich fand gut, wie beraten wurde und bin wieder hierher gekommen. Da hat mich eine Mitarbeiterin gefragt, ob ich nicht mitmachen möchte. Ich habe im März letzten Jahres hier angefangen.

Was hat der Verein für Projekte? Ihr habt das Weglaufhaus und was noch?

Horst: Support, die Einzelfallhilfe. Fünf Einzelfallhelfer, die sind alle ausgebucht. Wir wollen uns erweitern und nehmen meistens Betroffene. Es macht Sinn, Betroffenen einen Einstieg zu ermöglichen. Es ist schwer genug, als Betroffener was zu finden.

Christoph: Außerdem die Beratung, die ehrenamtlich ist. Fünf bis sechs Berater sind wir.

Horst: Auch hier sind es qualifizierte Leute, die die Antipsychiatrie gut finden.Es gibt zudem am Montag ein Café, einmal im Monat ein Filmforum und eine Absetzgruppe.

Wie ist die existentielle Situation der Betroffenen, die zu euch kommen?

Horst: Meistens von Armut geprägt. Manchmal gehen Betroffene arbeiten, das sind aber Ausnahmen.

Und was sind die Probleme, mit denen sie kommen?

Horst: Wer zu uns kommt, sind meistens Leute, die vom Gesundheitswesen enttäuscht sind und von der Psychiatrie traumatisiert wurden. »Ich werd da eingesperrt, fixiert, gegängelt – Gegen meinen Willen medikamentiert.« Patientenverfügung, Pillen, Gutachten sind die Themen.

Christoph: Es gibt reichlich Geschichten, Begutachtung durch den ärztlichen Dienst der Jobcenter oder für die Erwerbsunfähigkeitsrente. Vor allem Probleme mit den Jobcentern, wenn die Leute ihre Diagnosen den Fallmanagern mitgeteilt haben. Denen werden dann die nächsten medizinischen Schritte in die Eingliederungsvereinbarung reingeschrieben.

Horst: Es kommen auch Angehörige. Die suchen nach Alternativen.

Habt ihr denn Alternativen?

Horst: Die Alternative ist, sich vor einer Krise zu schützen. Wie bieten eine Kurzberatung, ein Einstieg in den nichtpsychiatrischen Weg. Dafür bieten wir zum Beispiel die Absetzgruppe, Ausschleichen von Medikamenten muss man eher sagen. Alternative wäre, es geht auch ohne Pillen. Außerdem betten wir die Leute, ähnlich wie Robert Whitaker (1) das für Skandinavien beschreibt, sozial ein, dass sie nicht in die Krise gehen. Wir gehen empathisch auf sie ein, versuchen ihre Bedürfnisse zu erfassen und sind miteinander authentisch.

Was ist vom Verein noch zu erwarten?

Christoph: Ich hoffe, dass wir einen Besuchsdienst aufbauen können. Besuche beim Jobcenter, in der Psychiatrie usw. Mir liegt daran, die Arbeit von Betroffenen, die ehrenamtlich läuft, zu stärken. ●

Weitere Infos:
- zum Verein: www.weglaufhaus.de/verein/
- zur Patientenverfügung: www.patverfue.de/

Anmerkung:
(1) Robert Whitaker, Autor des Buchs »Mad In America« (»Verrückt in Amerika«), betreibt Studien darüber, wie Pharmakonzerne die amerikanische Bevölkerung gefährden. In Berlin präsentierte er am 16.11.12 im Schöneberger Rathaus seine Studienergebnisse: www.spiegel.de/spiegel/print/d-90638344.html

FRIEDEN VON UNTEN

Selbstorganisation & Widerstand

Auf, Enteignete dieser Erde!

Die Erwerbsloseninitiative *Basta* organisiert in Berlin-Wedding Beratung und Begleitung zum Jobcenter. Den alltäglichen Schikanen versuchen sie aktiv und politisch etwas entgegenzusetzen. Wie es dazu kam, erfragte Joachim Maiworm per Mail. Die Bastas fanden gemeinsame Antworten darauf.

CONTASTE: Seit wann gibt es euch?
Basta gibt es in dieser Form seit 2009. Davor waren wir in anderen Zusammenhängen organisiert, seien es Erwerbslosengruppen, stadtpolitische Initiativen oder Antifa-Zusammenhänge.

Wer seid ihr, was ist »Basta«?
Wir sind jung, wir sind alt, wir bieten drei Generationen auf, eingewandert und hier geboren! Wir sind elf Leute, sechs von uns bekommen Hartz4. Teilweise sind wir schon seit vielen Jahren in der Bewegung gegen den repressiven Sozialstaat unterwegs, für einige ist das Thema aber auch Neuland. Wir sind ganz unterschiedliche Wesen, ein Flickenteppich, und empfinden gerade das als unsere Stärke. Wobei hier vornehmlich die Menschen beschrieben sind, die wöchentlich auf dem Plenum sitzen und Beratung und Begleitung aufrecht erhalten. Hinzu kommen noch einige Menschen, die uns durch die Beratung kennenlernten und nun zu regelmäßigen Aktionstreffen mit uns zusammenkommen. Uns eint der Wille, eine Form praktischer Solidarität zu etablieren und die Ressourcen aufzubauen, es mit dem Jobcenter aufnehmen zu können.

Warum seid ihr im Wedding aktiv?
Hier im Stadtteil wohnen – wie wir – viele Menschen, denen die Höhe der Sozialleistungen nicht eine wirkliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben garantiert. Dieser permanente soziale Angriff wirkt sich aufgrund der vielfältigen rassistischen Ausgrenzungen gerade für ehemalige und neue Einwander_innen besonders katastrophal aus. Hier leben also viele »Entrechtete«, mit denen wir für eine bessere Ausgangsbasis kämpfen können. Dazu nutzen wir die attraktiven Räume im widerspenstigen Hausprojekt *Scherer 8,* von denen viele kollektiv genutzt werden. Zusammen leben wir hier und zusammen wollen wir uns organisieren.

Repressive Toleranz der Arbeitslosenverwaltung: Wartebereich im Jobcenter Berlin, Friedrichshain-Kreuzberg Foto: Giovanni Lo Curto

Was sind eure Ziele?
Unser Ziel ist die »Organisierung« und Mobilisierung von uns selbst mit den eben angesprochenen Menschen in unserem Umfeld. Das heißt, mit allen, die in unsere Beratung kommen und die sich gegenseitig und uns »zum Jobcenter« begleiten, wollen wir für ein besseres Leben kämpfen. Dazu haben wir ein Plenum, bieten Beratungszeiten, Begleitung und Aktionstreffen an. Wir suchen kontinuierlich das Verbindende zu anderen sozialen Auseinandersetzungen, wie etwa zu antirassistischen Kämpfen oder zu dem Bündnis *Zwangsräumung verhindern.* Wir begreifen die Auseinandersetzung mit *Hartz IV* und den täglichen Schikanen der Jobcenter als eine politische Auseinandersetzung. Wir wollen erreichen, dass sich Menschen solidarisch verhalten, auch nachdem wir über die Beratung und Begleitung ihren »individuellen Konflikt« entschärfen konnten. Und dafür laden wir alle ein, aktiv solidarisch mit uns und sich selbst zu sein. Und uns erstaunt, sie kommen und sind sehr motiviert! Das ist eine neue Erfahrung sowohl für uns, als auch für diejenigen, die bisher nur in die Beratung kamen. 2009 haben wir mehr als ein Jahr »nur« über das Projekt geredet. Daraus folgten zwei Jahre als reine Beratungsstelle, Verbündete suchen und Plenum abhalten. 2012 haben wir begonnen, jede Person die zu uns kommt, längerfristig einzubinden.

Was konntet ihr bislang verwirklichen, was nicht?
Der Anfang ist gemacht. Mit bisherigen Organisationsformen der Erwerbsloseninitiativen in Berlin haben wir gebrochen und unsere Arbeit auf eine veränderte Basis gestellt. Wir haben einen festen Ort und verlässliche Beratungstermine. Ein Teil der Menschen aus der Beratung kommen zu den Aktionstreffen. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wenn das so weitergeht, kann sich das Jobcenter »warm anziehen«.

Was ist noch zu erwarten?
Was uns fehlt ist, das Zusammendenken unterschiedlicher Auseinandersetzungen immer mit im Handgepäck zu haben. Wir wollen Präsenz in den demokratiefeindlichen Behörden wie dem Jobcenter zeigen und deren Türen öffnen, als einen Schritt zu einem besseren Leben. Es gibt keinen sozialen Frieden in Zeiten des Terrors der Ökonomie und zivilisatorischer Rückschritte.

Was sind die größten Schwierigkeiten?
Das Schwierigste scheint zu sein, gegenseitig und auch mit sich selbst solidarisch zu sein und damit dem Anpassungsdruck zu entgehen, eben nicht das Ziel der Solidarität und der Widerständigkeit aus den Augen zu verlieren. Persönliche Widerständigkeit zu entwickeln ist ein Prozess. Das Jobcenter ist eine ungeheure Zumutung. Davon berührt sind die Betroffenen, aber auch die Mitarbeiterinnen und die privaten Wachschutzleute.

Ein Beispiel aus dem Jobcenter in der Seydelstraße: Eine Frau mit Kinderwagen will das Gebäude verlassen. Sie benötigt Hilfe, um den Kinderwagen die Ausgangstreppe hochzutragen. Der Wachschützer sagt ihr: »Ich darf Ihnen nicht helfen, das ist verboten. Sie können aber in den zweiten Stock fahren, den Gang zu Haus A nehmen und dann den Fahrstuhl wieder runter.« Die Frau macht es, obwohl ihr eine dritte Person Hilfe anbietet.

Die Realität im Jobcenter führt Menschen dazu, sich dem Schicksal zu ergeben und jeglichen Unsinn zu akzeptieren. Sie trauen ihrem eigenen Verstand nicht mehr und verlieren auf dem Weg die Selbstachtung. Weil ja die Nutzlosigkeit, das lästig-Sein und das scheinbar Parasitäre eines_einer jeden Einzelnen im Jobcenter betont wird. Es sind diese Verhältnisse, die scheinbar legitim und legal Minderheiten produzieren und bewirken, dass diese keine politischen Forderungen stellen, sondern ihre Rechtlosigkeit akzeptieren.

Lohnen sich die Selbstorganisierungsversuche überhaupt?
Es gibt keine Alternative! Unsere Lebenswirklichkeit ist stark von Zumutungen geprägt, nämlich dem »Verlust« von Existenzrecht. Wir fühlen uns manches Mal alleine und machtlos. Daran werden Parteien, bürgerliche Gerichtsbarkeit und Exekutive nichts ändern, denn sie produzieren ja die Zwangsräumungen, die Sanktionen, die Zwangsarbeit, den Abbau einklagbarer Rechte. Sie sind die Verteidiger des exklusiven Eigentums. Sie sind mit mitverantwortlich für ungeheuerliche Enteignungsmaßnahmen. Wir versuchen, uns mit Menschen zu verbinden„ die eine andere Vorstellung von Gesellschaft haben. Selbstorganisation ist unsere Möglichkeit, mit den Verwerfungen, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind, umzugehen. Selbstorganisation ist aber vor allem die Basis einer Gesellschaft, die wir anstreben. ●

Weitere Infos:
http://basta.blogsport.eu/uber-uns/

OHNE FORMALE STRUKTUREN

Wie »bewegen« sich Erwerbslose?

Das Klischee vom apathischen Arbeitslosen stimmt nicht. Das individuelle und in kleinen Netzwerken organisierte Ringen um die eigene Würde hat auch noch ganz andere Äußerungsformen hervorgebracht.

Von Andreas Komrowki ● Von Harald Rein, Frankfurt am Main. Vor kurzem fand sich in einer linken Zeitung ein Aufsatz, der die populären Ansichten über mögliche politische Aktivitäten von Erwerbslosen vorstellte. (1) So behauptet der Autor: »Die Erwerbslosen zweifeln ebenso an sich selbst, wie sie sich sozial degradiert fühlen… Dauert die Arbeitslosigkeit länger an, wird die gesamte Lebensplanung über den Haufen geworfen… Die Tatsache, dass den Arbeitslosen der ganze Tag zur freien Verfügung steht, bedeutet nicht, dass mit der Zeit sinnvoll umgegangen wird. Aus ihrem arbeitszentrierten Lebensrhythmus ausgesondert, verlieren sich die Menschen in einer unendlichen Zeitschleife: Ihr Leben fließt ohne markante Geschehnisse dahin.“ Soweit der Autor, dessen Informationen sich ausschließlich an den stark vorurteilsgeprägten Studien aus den siebziger Jahren, sowie der Marienthal-Studie orientieren. Nach wie vor werden die Ergebnisse dieser Untersuchung (2) aus den dreißiger Jahren mit ihren deprimierenden Aussagen über das alltägliche Verhalten der Betroffenen unkritisch auf die heutige Zeit angewandt. Und dies, obwohl in anschließenden Untersuchungen (3) andere Folgen festgestellt und vor einer Verabsolutierung der Marienthal-Befunde gewarnt wurde.

Mittlerweile geht die Arbeitslosenforschung von einer »Vielzahl von Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit« aus, in deren Zusammenhang »sowohl ‚produktive‘ wie ‚zerstörerische‘ Weisen des Umgangs mit Arbeitslosigkeit verbreitet sind.« (4) Auch aktuelle Untersuchungen stoßen immer wieder auf ein Aktivitätenensemble der Nicht-(Lohn)Arbeit von Erwerbslosen. »Sie repräsentieren Orientierungen an einem Leben jenseits regulärer Erwerbstätigkeit… Mit regulärer Erwerbsarbeit verbundene Dispositionen wurden entweder nie angeeignet oder im Zuge jahrelanger erfolgloser Arbeitssuche nach und nach aufgegeben. An ihre Stelle sind andere Normen, Tätigkeitsformen und Lebensentwürfe getreten.« (5)

Nach wie vor geht es für einen Großteil der Erwerbslosen darum, möglichst schnell (wieder) in Arbeit zu kommen, selbst auf die Gefahr hin, weniger zu verdienen, in berufsfremden Gebieten vermittelt zu werden, einen längeren Arbeitsweg zu akzeptieren oder in eine andere Stadt zu ziehen.

Die alltäglichen Überlebensstrategien von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten stellen einen stetigen Kampf dar, die eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit und würdevoller Behandlung auf dem Amt oder im Betrieb durchzusetzen. Die in diesem Zusammenhang erfahrenen Diskriminierungen und die daraus erwachsene Notwendigkeit, bisherige Lebens- und Berufsentwürfe zu überprüfen und neu zu denken, können zu Resistenzen führen.

Sich individuell zu widersetzen stellt oft den einzigen Weg dar, sozialer Ungerechtigkeit entgegenzutreten und bewahrt darüber hinaus in selbstbewussten »listigen« Handlungen einen gewissen Grad an menschlicher Würde. Dazu gehören: sich nicht alles gefallen lassen, nachfragen, Entscheidungen überprüfen oder eine Beratungsstelle aufsuchen. Neben eruptivem Auftreten – also Schreien, Drohen und auf den Tisch schlagen – das rasch durch Sanktionen oder beruhigendes Eingehen »gelöst« werden kann, finden sich auch Gruppen von selbstbewussten BezieherInnen von Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen, die ihre Rechte in Anspruch nehmen. Sie fordern die ihnen zustehenden sozialen Leistungen ohne Wenn und Aber ein und kennen sich in den aktuellen Sozialgesetzbüchern bestens aus. Daneben gibt es auch sogenannte *FreiraumschafferInnen*, die mit Hilfe der minimalen Sozialleistungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen politisch aktiv sind, oder anderen, ihnen nützlich erscheinenden Tätigkeiten nachgehen.

Sie alle »bewegen« sich, ohne formale Organisationsformen zu bilden. Dass diese vielen individuellen Handlungen auch erfolgreich sein können, zeigt der Rückzug der Bundesregierung von dem Versuch, Erwerbslose zur Erntehilfe zu zwingen. Obwohl unorganisiert und nicht abgesprochen hat jeder individuelle Akt des Widersetzens des jeweils Betroffenen zu einem kollektiven Ergebnis geführt.

Aber auch in der traditionellen Arena der politischen Auseinandersetzung können sich die selbstorganisierten Aktivitäten von Erwerbslosen sehen lassen.

1998 mobilisierten Erwerbslosengruppen einmal im Monat (immer bei der Bekanntgabe der neuesten Arbeitslosenzahlen) Zehntausende von Betroffenen mit unterschiedlichsten Aktionen auf die Straße, um gegen die Kohl’sche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu demonstrieren. 2003 fand die *Demonstration der 100.000* in Berlin statt, organisiert von kleinen Anti-Hartz-IV-Gruppen. Und zwischen 2004/2005 entwickelte sich der Aufstand der Erwerbslosen im Osten Deutschlands (*Montagsdemonstrationen*), mit bis zu 200.000 DemonstrantInnen an einem Tag. Keine andere soziale Bewegung hat in diesem Zeitraum so viele Menschen mobilisieren können.

Erfolgreich konnten diese Aktivitäten nur sein, weil es seit dem ersten Arbeitslosenkongress 1982 ein bundesweit aktives Netzwerk von Arbeitsloseninitiativen gibt, das neben der alltäglichen Beratung, vor allem vor Ort politisch aktiv wirkt. Die massenhafte Durchsetzung der Rechtsansprüche von Erwerbslosen ist ein Verdienst dieser Gruppierungen, ebenso wie die Entwicklung eines eigenständigen gesellschaftlichen Konzeptes – dem Existenzgeld (6) – als Alternative zur herrschenden Lohnarbeit. Letzteres ist deshalb interessant, weil mit dieser Form des bedingungslosen Grundeinkommens alle vorher beschriebenen »Bewegungs«-Formen ein ausreichendes materielles Fundament hätten. Dieses würde aber auch die Freiheit bekräftigen, »Nein« zu schlecht bezahlten Arbeitsangeboten zu sagen und würde schließlich den Anspruch auf Verwirklichung eines guten Lebens fördern! ●

(1) W. Seppmann: Konkrete Utopien. In: junge welt 13.04.2013.
(2) M. Jahoda/P. Lazarsfeld/H. Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt am Main, 1975.
(3) siehe z.B.: W. Russ: Männlich und verzweifelt? Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit. In: Aufrisse Nr. 3, Wie, S. 46 ff.
(4) F.J. Krafeld: Anders leben lernen. Weinheim/Basel 1989, S. 45.
(5) P. Bescherer/S. Röbenack/K. Schierhorn: Nach Hartz IV: Erwerbsorientierung von Arbeitslosen. Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34/2008.
(6) Siehe: A. Allex/H. Rein (Hg.): »Den Maschinen die Arbeit… uns das Vergnügen!« Beiträge zum Existenzgeld. Neu-Ulm, 2011.

LOHNARBEITSANSTALT SPRENGEN

Selbstorganisation & Widerstand

Mit natürlichen Aromen gegen Unilever

Sie ist in Frankreich ein Symbol für den lang andauernden Kampf der Lohnarbeiter_innen geworden für die Übernahme des Betriebs in eigene Hände: Seit mehr als 1.000 Tagen verfolgt die Belegschaft von Fralib in Gemenos bei Marseille beharrlich das Projekt, ihre Fabrik umzukrempeln und selbst zu übernehmen.

Von Willi Hajek, Berlin. ● Im September 2010 kündigte ganz überraschend der Weltkonzern Unilever die Schließung der Teebeutelfabrik in Gemenos an. Die Rendite des Werks war nicht hoch genug, die Produktion sollte in andere Länder verlagert werden. Nach Polen und Belgien, um die Renditeerwartungen für die Aktionäre zu steigern. Für die Belegschaft und die aktiven Syndikalist_innen im Werk ein klarer Fall von Börsenentlassungen, das heißt – die Produktion im Werk ist zwar rentabel, aber entsprechend der globalen Profitmöglichkeiten nicht rentabel genug für den Weltkonzern – an anderen Orten und in anderen Regionen und Ländern kann rentabler produziert werden. Damit begann der Konflikt.

Aber Unilever ist kein Konzern in der Krise: 44,3 Milliarden Euro Umsatz und 4,6 Milliarden Profit im Jahre 2010 belegen dies.

Die 182 Lohnarbeiter_innen im Werk widerstehen. Zudem hatten sie gerade einen vierwöchigen Streik für höhere Löhne siegreich beendet. Viele sind in der Gewerkschaft CGT (1) organisiert, die normalerweise kaum Begeisterung aufbringt für solche Basiswünsche nach Übernahme der Fabrik. Die versammelte Belegschaft beschließt, nicht für die Höhe der Abfindungen zu kämpfen, sondern für die Fortsetzung der Produktion am Standort in Gemenos Unilever zu zwingen, die Entscheidung zurückzunehmen.

Die Kampfentschlossenheit wird gestärkt durch die 50 Kolleginnen – fast ein Drittel der Belegschaft – die 1998 durch die Schließung einer anderen Fabrik von Unilever in Le Havre in die Provence gekommen waren.

Der Kampf beginnt zwischen dem Teetopf und dem Eisentopf – so heißt der Film, der über den Konflikt entstanden ist und bei labournet.tv mit deutschen Untertiteln betrachtet werden kann (2). Unterschiedliche Aktionen werden gestartet: Boykott der Teemarke Lipton von Unilever, regelmäßige Aktionen auf den Straßen und in der Öffentlichkeit, Besuche von anderen streikenden Betrieben und Belegschaften, gemeinsame Aktionen mit den streikenden Autowerker_innen von Peugeot-Citroën in Aulnay bei Paris.

Sie besetzen das Werksgelände, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern. Mit dem Kampf auf der juristischen Bühne wollen sie die Entlassungspläne von Unilever zu Fall bringen. Und durch die Lebendigkeit der Bewegung, über die vielen Diskussionen und die sich verändernden Akteur_innen und ihre sozialen Beziehungen entsteht die Idee, den Betrieb doch selbst zu übernehmen und die Teemarke Elefant als provençalisches Firmenprodukt zu vertreiben, das es seit 1892 in Marseille gibt. Die Marke hatte Unilever 1972 beim Kauf des Werkes in Gemenos übernommen. Die Fralibs möchten diese Marke wieder populär machen und gleichzeitig als regionalen Produktnamen verbreiten. Sie wollen aber auch den gesamten Produktionsprozess verändern und umstellen. Die von Unilever eingesetzten künstlichen Aromen und Zusätze bei der Tee-Filter-Produktion sollen wieder durch regionale natürliche Aromen und Zulieferanten ersetzt werden. Gleichzeitig sollen aber auch neue Vereinbarungen mit den Teelieferanten in Sri Lanka abgeschlossen werden. Unilever hatte nämlich die natürlichen Aromatisierungsprozesse des Tees 2001 durch chemische Zusätze ersetzen lassen. Im Film »pot de thé – pot de fer« wird dies ausführlich von den Arbeiter_innen erklärt. Es gibt die Idee in der Belegschaft, sowohl private wie lokale öffentliche Investoren und die Beschäftigten zu beteiligen, dazu aber wird auch eine Anschubfinanzierung durch Unilever für die ersten Jahre und eine Abnahmegarantie gefordert.

Inzwischen hat der Kampf der Fralibs breite Popularität überall in Frankreich erreicht, die Fralibs sind ein wenig zum Symbol für den lang andauernden Kampf der Lohnarbeiter_innen geworden für die Übernahme des Betriebs in eigene Hände. Sie führen damit den Kampf der Lip-Belegschaft vor 40 Jahren fort. (3) In dieser Auseinandersetzung bedrohten ab Mitte April 1973 in der Uhrenfabrik Lip Massenentlassungen die Belegschaft. Als am 12. Juni 1973 verkündet wurde, es gebe keinen Lohn mehr, setzt die Belegschaft ihre Bosse fest und beschlagnahmt das Uhrenlager. Auf eine riesige Demonstration am 15. Juni folgte die Besetzung der Fabrik und die Produktion in Eigenregie begann. Am 14. August beendet die Polizei gewaltsam die Besetzung. Insofern fehlt es den Fralibs nicht an Vorbildern.

Aber auch nicht an einem mächtigen Gegner: Unilever versucht, jeden praktischen Schritt zu blockieren, der der Belegschaft von Fralib ermöglicht, die eigenständige Produktion der Teebeutel mit der Marke Elefant aufzunehmen. Einerseits versuchen sie weiterhin, juristisch eine Verurteilung der Besetzer des Betriebsgeländes zu erreichen, gleichzeitig machen sie keine Zugeständnisse in Bezug auf die Übergabe des »Elefanten« als neuer Produktname der Kooperative von Fralib und auch keine finanziellen Angebote für die Übergabe der Maschinen an die Belegschaft. Rundum, sie blocken ab und hoffen darauf, dass Teile der Belegschaft mit der Zeit irgendwann ermüden und sich aus der Bewegung zurückziehen.

Das Ende der Auseinandersetzung scheint offen – aber die Akteur_innen haben sich in diesem Kampf bereits verändert – sie sehen ihn als Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, in dem alle Arbeiter_innen anfangen müssen, die Lohnarbeitsanstalt gemeinsam zu sprengen und sich die Produktionsmittel kollektiv anzueignen. ●

Anmerkungen:
(1) Die CGT – Confédération Générale du Travail – ist der zweitgrößte Gewerkschaftsbund Frankreichs und stand lange Zeit der Kommunistischen Partei nahe
(2) pot de thé – pot de fer. Siehe Filmtipps.
(3) Lip – Puisqu'on vous dit que c'est possible ! Siehe Filmtipps.

Filme zum Thema (vgl. labournet.tv/länder/frankreich):
- Lip – Puisqu'on vous dit que c'est possible ! (wir sagen Ihnen doch, daß es möglich ist). Chris Marker, 2013 (43 min.).
- Les Lip – L'imagination au pouvoir – die Fantasie an die Macht. Christian Rouaud, 2007 (118 min.).
- disparaisssez les ouvriers ! (Arbeiter verschwindet!). Christine Thépénier and Jean-François Priester, 2012 (22 min.)
- pot de thé – pot de fer (zwischen dem Teetopf und dem Eisentopf). Claude Hirsch, 2011 (70 min.)

GEWERKSCHAFTLICHE SELBSTORGANISIERUNG IM BERLINER TAXIGEWERBE

Widerstand der Tagelöhner

Die AG Taxi bei ver.di ist für Andreas Komrowski das absolute »aus der Szene raus«. In ihr kann er seinen Berufsalltag, der wie bei fast allen auf Verkauf der eigenen Arbeitskraft gegen Lohn beruht, mit bewusster politischer Aktivität verbinden.

Von Andreas Komrowski, Berlin. ● Genauso wie das Friseurhandwerk oder die Gastronomie ist das Taxigewerbe ein typischer Dienstleistungsbereich, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden. Die Gewerbestruktur ist durch eine Zunahme mittelständischer Firmen geprägt, aber hauptsächlich nach wie vor durch viele kleine Buden mit einem bis neun Fahrzeugen. Nach einer vom Senat in Auftrag gegebenen Studie gab es Ende 2012 7.411 Taxen in 3.081 Betrieben, wovon 2.918 maximal neun Taxikonzessionen hielten. Dadurch ist die persönliche Bindung der Beschäftigten an den Unternehmer oder die Unternehmerin meist recht stark. Auch bei den größeren Betrieben ist mir derzeit kein Unternehmen mit Betriebsrat bekannt. Es gibt aber noch einige wenige auf Genossenschaftsbasis arbeitende Kollektivbetriebe, die sich aus den 1980er Jahren hinübergerettet haben.

In fast allen Taxibetrieben erhalten die abhängig Beschäftigten – es dürften mit Aushilfen über 10.000 sein – keinen festen Stundenlohn, sondern lediglich eine Umsatzprovision. Bei legal arbeitenden Betrieben, die Sozialabgaben zahlen und ihre Beschäftigten damit gegen Krankheit versichern, sind das derzeit 40 bis 46 Prozent der auf dem Taxameter ausgewiesenen Einnahmen. An guten Tagen kann so umgerechnet durchaus ein Stundenlohn von bis zu zehn Euro erreicht werden, an den häufigeren schlechten Tagen sind es drei bis fünf Euro die Stunde. Das unternehmerische Ausfallrisiko wird somit an die Beschäftigten weitergegeben. Wir sind de facto Tagelöhner. Da wir die Geschäftslage nie exakt vorhersehen können, wissen wir oft erst am Monatsende, ob es mit der Miete reicht oder der Dispo-Kredit wieder aufgefüllt werden kann.

Informell in die Verarmung

In früheren Jahrzehnten hatten TaxifahrerInnen eine ganz gute persönliche Verhandlungsmacht. wenn ihnen irgendwo zuwenig »Prozente« gezahlt wurden, ging es halt zur Konkurrenz. Die UnternehmerInnen wussten das, schriftliche Arbeitsverträge gab es nur selten und vieles lief »unter der Hand«.

Foto: Giovanni Io Curto

Beide Seiten lebten damit und der Staat ließ es zu. Seit Ansteigen der strukturellen Arbeitslosigkeit und insbesondere der Unsitte, durch Vermittlungsgutscheine Hartz-IV-EmpfängerInnen gegen ihren Willen ins Taxigewerbe zu drängen, gibt es einen Überschuss an Arbeitskräften. Jetzt sagen die Chefs, wo es langgeht, bei einem Firmenwechsel kann allenfalls der bisherige Lohnanteil gesichert werden. Die Freiheit von Formalien wurde zur »Vogelfreiheit« der Prekarisierten, die nur dem ökonomisch Stärkeren, den UnternehmerInnen, nützt.

Im Alltag erleben sich die FahrerInnen in Konkurrenz zueinander, auch weil Fahrgäste oft in ein anderes als das bestellte Taxi steigen oder versuchen, Dumpingpreise ohne eingeschaltetes Taxameter auszuhandeln.

Trotzdem etwas bewegen!

Solche Bedingungen sind ein schlechter Nährboden für Solidarität. Dennoch gibt es eine dreistellige Zahl von TaxifahrerInnen, die aus unterschiedlichsten Gründen bei ver.di organisiert sind. Aus eher lustlos einberufenen Mitgliederversammlungen hat sich ein fester Kern von etwa zehn KollegInnen entwickelt, die mit Unterstützung einer engagierten hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärin versuchen, Bewegung in die Gewerbestruktur zu bringen und die Lohnsituation zu verbessern.

Im April fanden Verhandlungen zwischen den Gewerbeverbänden und dem Senat von Berlin über eine Erhöhung der Taxipreise statt. Die Preisbildung kann einer Gewerkschaft im Grunde egal sein. Solange die Löhne aber real prozentuale Umsatzbeteiligungen sind, ist das anders. Hier wird also auch über unsere Lohnhöhe mitverhandelt. Im aktuellen Anhörungsverfahren wird die wirtschaftliche Situation der Unternehmen – insbesondere Kostenentwicklung, aber auch Kapitalamortisation betreffend – mit dem »Allgemeinwohl« verglichen. Das letztere wird im Verfahren mutmaßlich durch die Industrie- und Handelskammer vertreten. Fahrgastverbände sind nicht beteiligt. Ver.di wurde erst nicht als zuständige Fachgewerkschaft anerkannt, durfte dann aber, nach der vielleicht zu den Verantwortlichen durchgedrungenen Erwägung einer Protestkundgebung, doch an der rechtlich unverbindlichen Anhörung teilnehmen.

Was führt uns weiter?

Meine Erfahrung ist die, dass das Taxigewerbe im Alltagsbewusstsein den neoliberalen »Einzelkämpfertypus« geradezu vorweggenommen hat. Es bringt wenig, hier auf den gewerkschaftlichen Treffen mit vermeintlich althergebrachten Standards zu argumentieren. Es gibt kein kollektives Bewusstsein. Die Minderheit der gewerkschaftlich aktiven TaxifahrerInnen ist zumindest bei uns politisch äußerst heterogen. Da gibt es Leute, die mal TaxiunternehmerInnen waren oder noch sind, sowie welche, die (warum auch immer) am liebsten wieder eine »konzertierte Aktion« wie in den 70ern hätten. Andere wählen Linkspartei. Unsere Hauptamtliche ist linke Sozialdemokratin. Ich selbst komme aus der klassenkämpferischen, antiimperialistischen Ecke der radikalen Linken. Ideologische Debatten bringen in einem solchen Kontext gar nichts, ich kann aber lernen, das, wovon ich überzeugt bin, in praktischen Schritten umzusetzen.

Vor drei Jahren fanden die meisten der Aktivengruppe Mindestlöhne im Taxigewerbe völlig illusorisch; heute haben wir signalisiert, dass wir dafür gemeinsam demonstrieren würden und haben so eine Beteiligung an der Anhörung zur Preisbildung erreicht. 2012 bestand unsere Haupttätigkeit in einer Befragung zu den Arbeitsbedingungen im Berliner Taxigewerbe. Dabei kam vor allem zweierlei heraus: Die Arbeitszeiten sind bei Vollzeitbeschäftigten immens lang, teilweise bis über zwölf Stunden – was illegal ist. Die Stundenlöhne, die sich aus den Umsatzbeteiligungen und den Arbeitszeiten errechnen lassen, betragen im Durchschnitt vier bis sechs Euro die Stunde.

Es ist wichtig, an diesem Alltag anzusetzen und dabei das weitergehende Ziel – das für mich nur in einer Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegen kann – dabei nicht nur nicht aus den Augen zu verlieren sondern in der politischen und sozialen Interaktion vielen erstmals überhaupt glaubhaft vermitteln zu können. Der allererste Schritt ist das Vertrauen in die eigene Kraft, am Bestehenden etwas verändern zu können, und somit perspektivisch Faktoren von Gegenmacht aufzubauen. ●

LESEPROBE

Selbstorganisation & Widerstand

»Ich bin die Vollstreckung« – wir sind der Widerstand

Das folgende Interview erschien in der Berliner Stadtteilzeitung *Randnotizen* Nr. 8. Wir haben es gekürzt.

Die *Plattform der Hypothekengeschädigten* (PAH) organisiert seit zwei Jahren den Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien. (…) Wir treffen Lucia, im Koordinierungskreis der PAH in Barcelona aktiv, und Marie, die sich im *Bündnis Zwangsräumungen verhindern* engagiert, in einem Neuköllner Café.

Lucia, eure Kampagne gegen Zwangsräumungen hat (…) inzwischen fast 500 Zwangsräumungen verhindert. Wie war das bei eurer ersten?

Lucia: Die Kampagne *Stoppt Zwangsräumungen* (Stop-Desahucios) wurde am 3. November 2010 geboren. 30 Leute von der PAH sind in einen Vorort von Barcelona gefahren. Für diesen Tag war die Zwangsräumung von Lluís angekündigt, den Vater eines 13-jährigen Sohnes, der seine Arbeit verloren hatte und von den 426 Euro Arbeitslosengeld die Raten seiner Hypothek nicht mehr zahlen konnte. Die Bank wollte ihn aus der Wohnung werfen und forderte darüber hinaus 100.000 Euro.
Lluís wollte sich aber nicht geschlagen geben und entschied, nicht freiwillig zu gehen. Ein Schritt, der den meisten betroffenen Familien damals unvorstellbar erschien. Er hatte davor einige Wochen an den Versammlungen der PAH in Barcelona teilgenommen und uns einfach vertraut. Dann haben wir gemeinsam seine Räumung verhindert und zwar fünf Mal hintereinander, bis die Bank aufgrund des öffentlichen Drucks einen Teil ihrer Forderungen zurückgezogen hatte. Er kann in seiner Wohnung bleiben und ist bis heute sehr aktiv bei der PAH. (…)

Marie, geht es hier jetzt auch los wie in Spanien?

Marie: Ja und nein. Es gibt zunächst den grundsätzlichen Unterschied, dass die meisten Menschen in den Städten hier zur Miete leben, die in Berlin oder Hamburg seit Jahren immer stärker steigt. In Spanien dagegen lebt die große Mehrheit in den eigenen vier Wänden.
Lucia: Hochverschuldet!
Marie: Ja. Das Phänomen der Zwangsräumungen ist hier jedenfalls weniger verbreitet. Noch ist es kein Massenphänomen wie bei euch. Ich habe gelesen, das seit 2007 über 400.000 spanische Familien aus ihren Wohnungen geräumt wurden!
In Berlin gehen wir von täglich zirka drei Räumungen aus. Die Leute werden aber auch hier, wie früher in Madrid oder Barcelona, still und heimlich aus ihrer Wohnung verdrängt – viele schämen sich dafür. Jetzt fangen Leute an, sich dagegen öffentlich zu wehren. Die Idee, sich gegen die Isolation zusammen zu schließen, teilen wir mit der PAH, genau wie den Gedanken nachbarschaftlicher Solidarität.

Ihr praktiziert diesen zivilen Ungehorsam ja schon seit Jahren, Lucia. Die PAH macht mittlerweile auch andere Solidaritätsaktionen, etwa die sogenannten Mediationen bei den Banken. Wie kann man sich das vorstellen?

Lucia: Wenn Leute Probleme mit ihrer Hypothek haben und diese nicht mehr zahlen können, gehen sie normalerweise zur Bank, um eine Lösung zu finden. Aber die Banken wollen sie nie empfangen, sie wollen nicht mit den Personen sprechen, denen sie vorher die Kredite verkauft haben. Sie lassen die Menschen stundenlang warten und demütigen sie dadurch. Die betroffenen Personen sind oft schlecht informiert, allein, sie fühlen sich schuldig. Indem man kollektive Begleitung organisiert und dabei auch die Medien nutzt, verändert man das Verhältnis. Wir gehen mit 30 Leuten in eine Bank und bringen das Fernsehen oder Zeitungsjournalisten mit. Das kann dem Image der Bank schaden, sodass sie sich lieber auf Verhandlungen einlassen.
Marie: Genau, beim Image versuchen auch wir anzusetzen. Im Fall der Familie Gülbol ist es nur keine Bank, die das Haus besitzt, sondern ein privater Eigentümer: André Franell. Der hat sich auf den Kauf und die Verwertung von zwangsversteigerten Häusern spezialisiert. Ihn versuchen wir unter Druck zu setzen, damit er die Kündigung zurückzieht. Am Tag der ersten verhinderten Räumung haben wir sein Büro besucht, später haben wir einen offenen Brief an ihn geschickt. Er unterhält eine Stiftung, die aus ihrer Wohnung vertriebene Menschen in Asien unterstützt und damit »ein kleines Stück helfen möchte, damit es allen Menschen auf der Welt besser geht«. Das steht so auf seiner Website! Wir weisen ihn darauf hin, dass es einen gewissen Widerspruch zu seiner Geschäftspraxis in Berlin gibt, wo er eine Familie aus ihrer Wohnung räumen lässt. (…)

In Berlin werden also vor allem die Eigentümer_innen angegangen. Als PAH bezieht ihr außerdem die lokalen politischen Entscheidungsträger_innen mit ein, Lucia. Was für Erfahrungen habt ihr da gemacht?

Lucia: Wir üben nicht nur Druck auf die Banken, sondern auch auf die öffentlichen Verwaltungen aus. Die PAH hat einen Antrag mit vier Punkten formuliert, den die Stadtverwaltungen ratifizieren sollen: Streichung der Schulden bei Zahlungsunfähigkeit von Privatpersonen gegenüber den Banken, Vermietung leerstehender Wohnungen an Zwangsgeräumte zu einer Sozialmiete, die maximal 30 Prozent des Familieneinkommens beträgt, Einrichtung einer Kommission zur Vermeidung von Zwangsräumungen unter Beteiligung von Betroffenenvertretungen und Nachbarschaftsversammlungen, sowie den Einsatz dafür, dass diese Forderungen von den zuständigen Ministerien umgesetzt werden. Auch wenn die lokalen Verwaltungen nicht die Macht haben, Zwangsräumungen auszusetzen, sind sie die ersten, die die Bürger_innen unterstützen müssen. Wir wollen, dass sie sich zugunsten der Forderungen der Plattform positionieren.

Und die lokalen Verwaltungen werden dann wirklich aktiv?

Lucia: Die Deklaration ist eine Waffe. Wir nutzen sie zum Beispiel dann, wenn Wohnungen und Häuser im Eigentum der staatlichen Sparkassen besetzt werden. Ereignet sich so etwas an einem Ort, an dem die Stadtverwaltung vorher unsere Deklaration verabschiedet hat, sagen wir: Liebe Politiker, ihr habt gesagt, dass euch diese Problematik interessiert und darum müsst ihr euch einmischen! Sprecht mit der Sparkasse, damit die Besetzer_innen bleiben können. Für die Verhandlungen ist die Deklaration ein wirksames Druckmittel.

Wie ist das bei euch, Marie? Bisher wendet ihr euch ja nicht an den Berliner Senat…

Marie: Nein, aber im Fall der Familie Gülbol haben wir den Bezirksbürgermeister von Kreuzberg einbezogen. Er hat dann mit dem Eigentümer telefoniert, nur erreicht hat er nichts. Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll es hier ist, an den Senat oder an Bezirksverordnetenversammlungen Forderungen zu stellen, weil sie sich immer darauf zurückziehen werden, nichts tun zu können. In den meisten Fällen sind die Räumungen ja rechtlich abgesichert. (…)

Lucia, wie können wir uns das vorstellen, wenn die Leute bei euch einen Räumungsbescheid erhalten? Wie finden sie zu euch, was passiert dann?

Lucia: Die Leute, die zu den wöchentlichen, auf unserer Homepage angekündigten, Versammlungen kommen, wollen oft, dass du ihre Probleme löst. Das ist schwierig für uns, weil wir auf Menschen treffen, die sehr verängstigt und verzweifelt sind. Eine Lösung! Ein Anwalt! Wir beraten sie und erklären den ganzen Prozess, dass es diese und jene Gesetze gibt und sie sich dem nicht mit dem besten Anwalt der Welt entziehen können. Dass es daher einer politischen Lösung bedarf. Natürlich muss man den Leuten in ihrem persönlichen Fall helfen, aber sie müssen verstehen, dass ihr Problem darüber hinausgeht, dass es ein kollektives Problem ist. Und es ist klar, dass, wenn wir sie unterstützen sollen, sie sich auch solidarisch verhalten müssen. Wenn jemand zu uns kommt und fragt, ob wir ihn oder sie zu einer Verhandlung mit der Bank begleiten, machen wir das mit 30 Leuten. Aber dann verlangen wir auch, dass die Person in derselben Woche eine andere Betroffene zur Bank begleitet. So erfahren die Leute konkret, was Solidarität heißt.
Marie: Das kommt mir sehr bekannt vor mit den Einzelfällen. Wir müssen im Bündnis Zwangsräumungen verhindern auch aufpassen, dass wir keine soziale Arbeit wider Willen leisten. Dafür ist es wichtig, dass von Zwangsräumungen Betroffene genau wissen, worauf sie sich einlassen. Die Familie Gülbol ist ein gutes Beispiel. Die sind entschlossen, zu bleiben. Sie sind sich über mögliche Konsequenzen bewusst. »Wir wollen ein Zeichen setzen«, so hat es Ali Gülbol mal in einem Interview formuliert, »dass sich die Leute nicht mehr geräuschlos aus ihren Wohnungen, aus ihrem Lebensumfeld schieben lassen.« (…) ●

Vor dem Haus, aus dem die Gülbols mit Polizeigewalt geräumt wurden. Lausitzer Straße, Berlin-Kreuzberg Foto: Giovanni Lo Curto

SELBSTORGANISATION IM KIEZ

»Information, Kommunikation, Organisation«

»Kostenlos & keinesfalls umsonst« steht auf der Stadtteilzeitung *Randnotizen*, die seit 2010 etwa zwei bis drei mal im Jahr im Norden des Berliner Bezirks Neukölln erscheint. Christoph Chang traf und interviewte Gerdi und Thilo von der Redaktion im Stadtteilladen Lunte.

CONTRASTE: Bei euch im Stadtteil ist ja eine Menge los …

Gerdi: Ja. In den vergangenen drei Jahren hat sich eine Menge verändert. Die gesamte Bevölkerungs- und Gewerbestruktur ist betroffen: Die Mieten wurden in dieser Zeit um 20 bis 30 Prozent erhöht – bei Neuvermietungen sogar verdoppelt. Hier zahlen die Leute jetzt nicht selten elf Euro fünfzig für den Quadratmeter Wohnraum.
Thilo: Die Dynamik hat sich in letzter Zeit noch beschleunigt. Vor drei Jahren hätte niemand eine solche Miete für möglich gehalten.

Was ist die Perspektive der Randnotizen auf das Geschehen im Stadtteil? Was unterscheidet sie von einer Lokalzeitung?

Thilo: Wir sind lokal verortet, berichten aber auch berlinweit. Wir greifen Ereignisse aus anderen europäischen Ländern auf, die für das Geschehen hier vor Ort bedeutsam sind. Das Interview mit der Anti-Zwangsräumungs-Aktivistin Lucia aus Barcelona ist ein gutes Beispiel dafür (siehe Interview auf dieser Seite).
Gerdi: Die Arbeit des sogenannten »Quartiersmanagements« Schillerkiez und der »Task-Force Okerstraße«, (beides Befriedungsstrategien für den »Problemkiez«, Anm. d. Red.) waren wichtige Anlässe für unsere Entstehung, aber auch die Gestaltung des Flugfelds, denn der Schillerkiez, grenzt ja östlich direkt an den ehemaligen Flughafen Tempelhof.
Thilo: Kennzeichnend für unsere Perspektive ist auch, dass Leute zu Wort kommen, über die sonst immer nur geredet wird.
Gerdi: Deswegen bringen wir so viele Interviews: Mit dem Trinker von der Schillerpromenade, mit einem Bewohner eines Obdachlosenwohnheims oder einer Tafel-Nutzerin …

Vor allem die Artikel auf euren ersten Seiten erscheinen ja auch in mehreren Sprachen …

Thilo: Das ist ein Versuch, Menschen nichtdeutscher Herkunft in unserem Kiez zu erreichen. Manche Artikel übersetzen wir daher auf Türkisch, zum Teil auch auf Spanisch, Englisch oder Romanes.
Gerdi: Wir wollen damit Leute ansprechen, die neu in der Stadt sind. Es ist aber auch Ausdruck unseres Wunsches, der Vielsprachigkeit unseres Kiezes einen Ausdruck zu geben.

Ihr habt schon oft die Situation von Roma im Kiez thematisiert …

Thilo: Das hat wiederum viel zu tun mit unserer Gründungsgeschichte: Roma waren von der »Task-Force Okerstraße« zur Problemgruppe erklärt worden. Aus der gemeinsamen Opposition sind gute Kontakte zu Roma-Aktivist_innen und der Roma-Organisation Amaro Foro entstanden.

Gibt es etwas Spezifisches, was ihr zur Selbstorganisation in eurem Kiez beitragt?

Thilo: Wir berichten zu aktuellen Konflikten hier im Kiez – zum Beispiel zwischen Hausgemeinschaften und Hausbesitzer_innen. Die Randnotizen dienen hier zur Verbreiterung geeigneter Formen, sich zur Wehr zu setzen.
Gerdi: Wenn es zum Beispiel um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen geht, bringen wir betroffene Mieter_innen zusammen und geben ihnen Raum, sich auszutauschen und Rat, wenn sie aktiv werden. Die ziehen dann schon mal mit einer Demo vor das Büro von Ziegert, dem größten Umwandler Berlins.
Thilo: Die drei Schritte Information, Kommunikation, Organisation gehören zu unserem Selbstverständnis.

Wer sind eigentlich die Leute hinter den Randnotizen?

Gerdi: Angefangen hat die Zeitung als Arbeitsgruppe der Stadtteilinitiative Schillerkiez. Diese hat sich aber in zwei Gruppen auseinandergelebt. Daher sind die Randnotizen mittlerweile ein selbstständiges Projekt.
Thilo: Es werden auch Menschen von außerhalb als Autor_innen angefragt. Bedingung ist allerdings, dass sie ihre Texte in einer Sprache schreiben, die unseren »Zielgruppen« gerecht wird.
Gerdi: Die Zeitung ist kein Linienblatt, sondern ein Forum, und das Spektrum der Zielgruppen ist daher breit: Sie wird von alten Leuten gelesen, die schon lange hier wohnen, von eher wissenschaftlich interessierten jungen Menschen, vom Eckladenbesitzer – aber eben auch vom »Quartiersmanagement«.

Dann wünsche ich weiterhin fruchtbare Auseinandersetzungen. ●

Randnotizen im Netz:
http://nk44.blogsport.de/

PROJEKTE

Ich wünsche mir Arbeit in Landkommune, -kooperative, -gemeinschaft in der nördl. Hälfte der Republik (S-H, Niedersachsen, MV, BB), Erfahrung in Öko-Garten, Landwirtschaft, ländl. Hauswirtschaft. w 62, ✆ (05855) 979478 mailto:regenrike@web.de

Jetzt erschienen: **ANARES KATALOG** Anarchismus 2013, mit über 1000 Titeln! Kostenlos anfordern: info@anares-buecher.de, Tel. (0421) 70509076

G E S C H I C H T E (N) B E W A H R E N
Ein Generationen verbindendes Projekt: Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
✆ (0221) 31 57 83

Möchtet Ihr mehr wissen?
Vorträge, Workshops und Seminare zu **Themen rund um Solidarische Ökonomien:** Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß, post@elisabeth-voss.de, Tel.: 0049 – (0) 30 – 216 91 05, www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben. Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Boheme an. Nähere Informationen auf Anfrage:
maurice.schuhmann@yahoo.fr.

Menschen gesucht, die die Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft wollen. Neue Gruppe in **Gemeinschaftsprojekt Wukania bei Berlin**. Solidarisch, nicht-kommerziell, öko, politisch aktiv, gem. ökonomie, DIY. Baustelle. Platz für deine Ideen: werkstätten, polit-arbeit, kollektivbetriebe, garten, teilw. selbstversorgung... ✆ (0151) 15 40 52 59
E-Mail: betti@wukania.net

Frei(er)raum: Haus 350 m², Hof 4000 m², Nebengebäude sucht: Form (selbstbestimmt, anti-kapitalistisch, ÖK, authentisch und Inhalt (Werkstatt, Musik, Heilung) 2 Große (46) ein Kleiner (11), freie Schule nahe Altmark bei Salzwedel. Kontakt: sogivemeabeat@gmx.de

4. – 6. Oktober in könnern bei Halle
Wir laden euch zu unserem Treffen ein. Wir wollen unsere Vorstellungen solidarischer Wirtschafts- und Lebensformen verwirklichen. Dafür haben wir mit dem Aufbau unserer Gemeingütergemeinschaft begonnen.
Wir laden euch ein, mitzumachen. infos dazu, warum wir das machen, bekommt ihr auf www.anavan.org.
Infos zu unserem Vorhaben bekommt ihr aus der letzten Contrasteausgabe 346/347 Seite 3 und von unserer Internetseite www.tumes.org; Anmeldung und Kontakt: **post@tumes.org**

Volin »Die unbekannte Revolution«

Neuausgabe aller 3 Bände in einem Buch

Als 1974 endlich eine deutsche Ausgabe von Volins Vermächtnis »Die unbekannte Revolution« erschien, wurde dies durch die Lautsprecher der Zeit übertönt. Für die großen politischen Strömungen des linken Antikapitalismus stand damals außer Zweifel, dass der zukünftige Sozialismus nur in der Nachfolge der Bolschewiki siegen könne. Gestritten wurde nur um deren Erbe. Doch spätestens nach der Implosion der Sowjetunion und der Auflösung bzw. Marginalisierung der an diesem Modell orientierten Parteien sind diese Gewissheiten erschüttert. Um die Ursachen des letztlich gescheiterten bolschewistischen Revolutionskonzepts zu begreifen, ist Volins Zeitzeugnis immer noch eine lohnenswerte Quelle. Seine Analyse eröffnet einen Zugang zur sozialen Revolution aus dem »Gedächtnis der Besiegten« und macht begreifbar, warum der Bolschewismus selbst und nicht erst seine stalinistischen Auswüchse zum Problem der sozialen Emanzipationsbewegungen Russlands und der Ukraine wurde. Volins dreibändiges Werk ist jetzt neu gesetzt in einem Band wieder verfügbar.

680 Seiten, 23,50 € (+ 2,15 € Porto und Verpackung)

Direktbestellungen: ★ Mail: diebuchmacherei@gmx.net – Fax: 03212-103 29 81

DIE BUCHMACHEREI

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über CONTRASTE in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (034691) 259193 o. (0176) 51456253, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa | **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Print: Antonia Schui, E-Mail: antoniaschui@gmail.com, Elisabeth Voß, ☎ (030) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de, Internet: www.elisabeth-voss.de, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: baechstaedt@gmx.net, Radio: Elisabeth Voß und Johannes Dietrich, E-Mail: jo.di@gmx.de | **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (040) 39904196, E-Mail: hilmarkunath@web.de | **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net | **30167 Hannover, Redaktion Hannover,** Ulrike Kumpe, E-Mail: ulrikekumpe@gmail.com | **34117 Kassel, Redaktion Kassel,** Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de | **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de | **39624 Badel, Redaktion Badel,** Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop | **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 5938900, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (0221) 31 5783, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org | 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, Uwe Weppler, E-Mail: uwe.weppler@parita-et.org | **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (071 44) 332256, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de | **Österreich: AT-8010 Graz,** Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11286557, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at | **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-463418590, E-Mail: vereinleben@aon.at | **F-75018 Paris:** Maurice Schuhmann, , ☎ 0033 – 611 463046, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für unsere Zeitung getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 709023, 🖷 709084, E-Mail: genossenschaften@t-online.de | **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdient.de | **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de & 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui, Ulrike Kumpe über CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung: CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg; Bildredaktion: Giovanni Lo Curto, c/o CONTRASTE e.V. | IT-Betreuung: Vadim & Steffen von netz.coop eG, http://netz.coop, kontakt@netz.coop | Layout: SUBdesign Dresden, www.subdesign.net
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://degroups.yahoo.com/ group/contraste-list
Vertrieb & Endredaktion:
contraste@online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 7-8/13 u.a.:
- Michael Fütterer: »Weste: weiß, Papier: geduldig«, zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesch
- Edwin Schudlich: »Maredo macht Spaß«, erfolgreich in der Niederlage – zum Ausgang des Konflikts
- »Keine Pause in Sicht«, ein Interview mit Mechthild Middeke über die Streiks der Amazonier
- Michael Wendl: »Wo steckt der Kapitalismus?«, zur Kontroverse um die Privatisierung von Krankenhäusern
- Suzanne Adely / Immanuel Ness: »Dharna gegen Ausbeutung«, indische AutoarbeiterInnen kämpfen für ihre Basisgewerkschaft und für die Freilassung von Gefangenen
- Wolfgang Völker: »Bewegung, Bündnis, Buckelkatze«, über Harald Rein: »1982-2012. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest«

O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

THEMA_
LINKE DISKUSSIONS-KULTUR
ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 64/2013 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Anarchosyndikalistische Zeitung
Direkte Aktion
Bad Religion?
Schwerpunkt:
Religion als gesellschaftl. Terrain für soziale Bewegungen

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

Vereidigung und Ermächtigung
für DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen

Viele, die als Dolmetscherin oder Dolmetscher arbeiten, streben die „allgemeine Vereidigung" als Gerichtsdolmetscher/in an. ÜbersetzerInnen wollen gerne als „Urkundenübersetzerin" ermächtigt werden.
Diese Broschüre gibt eine Übersicht über die Voraussetzungen und Prüfungsverfahren, die in allen Bundesländern unterschiedlich sind. Außerdem werden die Regeln für den Beruf erläutert. Es geht also um das Auftreten vor Gericht, die Regelungen für eine mögliche Befangenheit, das Verhalten bei unklaren Äußerungen. Es geht um Besuchsüberwachung und begleiteten Umgang. UrkundenübersetzerInnen erfahren, wie sie mit gefälschten Urkunden oder unleserlichen Passagen umgehen müssen.

Reinhard Pohl: **Dolmetschen vor Gericht**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN // DIE MONATSZEITSCHRIFT

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter **www.lateinamerika-nachrichten.de**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWSt.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein.
Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an: CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Mehr als fair: Kaffee aus solidarischem Handel
FAIRBINDUNG e.V.

- 100% Arabica-Hochlandkaffee aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

Querstellen statt querlesen
ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

100 Bücher mit den wichtigsten Filmen des Widerstands seit 1967
BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDS
NEUE BÜCHER ZUM 40. JAHRESTAG DES PUTSCHES IN CHILE 1973
22 STUNDEN FILMMATERIAL IN 15 DOKUMENTARFILMEN

BAND 28: Salvador Allende und die Unidad Popular. ca. 230 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

BAND 29: Diktatur und Widerstand in Chile. u.a. mit dem **„Chile-Zyklus" von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann,** ca. 200 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

BAND 30: Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile. ca. 200 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

Jetzt abonnieren und nur 19,90 € pro Mediabook zahlen:
www.jungewelt.de/bdwi

herausgegeben von: junge Welt
www.laika-verlag.de LAIKA Verlag

ABSCHIEDSTOURNEE

Abschiedstournee »Strom & Wasser featuring THE REFUGEES«
Termine: 30.08. – 17.12.2013.

Am 17.12.2013 Abschlusskonzert in Berlin im SO 36.

Seit April 2012 tourt Heinz Ratz mit seiner Band »Strom & Wasser« zusammen mit MusikerInnen, die als Flüchtlingen bundesweit verstreut in verschiedenen Lagern leben, durch die Republik. Nun möchte sich die Band wieder anderen Themen zuwenden. Heinz schreibt dazu: »Ich bin der Meinung, dass nun, zumindest in der Flüchtlingspolitik, die ganze Bevölkerung am Zug ist, um diesen angefangenen Weg weiterzugehen, den Solidaritätsgedanken aufzunehmen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten umzusetzen. Was Kunst politisch bewirken kann – das haben wir mit diesem Projekt erreicht. Wir haben vor weit über hunderttausend Zuschauer auf den Konzerten gespielt, wir konnten Millionen über Rundfunk und Fernsehen auf die verzweifelte Situation von Flüchtlingen in Deutschland und Europa aufmerksam machen. (...) Mehr ist nicht möglich. Jede Steigerung ist nur in kommerziellen Bahnen denkbar.«
Die Band ist im Moment dabei, eine zweite CD einzuspielen: »... wir wollen damit Danke sagen an Sam, Revelino, Jacques, Nuri, Hossain und Olga und allen Gästen für diese wunderbare Zeit mit ihnen!«
Die Tourdaten der Abschiedstournee von »Strom & Wasser featuring THE REFUGEES« stehen online:
www.strom-wasser.de

WOHNEN

Experimentdays 13 – Wohnprojekte, Kiezinitiativen, Stadtgärten
Termin: 07. – 15.09.2013, Berlin
Die diesjährigen Wohnprojektetage bieten wieder ein reichhaltiges Programm: Eine Wohnprojektbörse, auf der sich etwa 30 Co-Housing-Projekte vorstellen; das Experimentcity Camp als Ideen- und Aktionsraum zum Kennenlernen und Diskutieren verschiedener Wohnvisionen und städtischem Engagement; Exkursionen zu verschiedenen Haus- und Gartenprojekten; Diskussionsveranstaltungen und Workshops, zum Beispiel zu den Themen: Beteiligungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung, Verstetigung von Pionierprojekten, selbstorganisierte (Wohn-) Initiativen, Wiederverwendung und einfaches Bauen, produktives vertikales Grün usw.
Veranstaltungsort: Ehemaliger Flughafen Tempelhof / Tempelhofer Feld
http://experimentdays.de

Anders Wohnen – aber wie?
Hausprojekte, Baugruppen, Genossenschaften – ein Crashkurs

Termin: 20.09.2013, 10-17 Uhr, Berlin

Viele Menschen möchten gerne »anders wohnen« – in einem gemeinschaftlichen Umfeld mit Menschen, die Alltag teilen und sich gegenseitig unterstützen. Wer genug Geld hat, findet leicht eine Baugruppe. Doch welche Wege gibt es darüber hinaus? Wie funktionieren selbstverwaltete Hausprojekte in Berlin und in anderen Großstädten? Wie finanzieren sie sich trotz geringen Einkommens und Vermögens solidarisch? Wie finden sie passende Organisations- und Rechtsformen?
In Kooperation mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.
Leitung: Elisabeth Voß, Betriebswirtin und Publizistin, Schwerpunkt Solidarische Ökonomien.
Beitrag: 10 € inkl. Verpflegung und Getränken,
Anmeldung bis 19. September
Veranstaltungsort:
August-Bebel-Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
http://august-bebel-institut.de/programm/

Rechtsformen und Finanzierung für Hausprojekte
Termin: voraussichtlich 12.10.2013, Berlin

Zur Vertiefung des Craskurses vom 20.09.2013 bietet das NETZ Kompetenzzentrum für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg eG ein weiteres, praxisorientiertes Tagesseminar an.
Nähere Informationen:
elisabeth.voss@netz-eg.de

KULTUR

Sigrid Niemer and Hélène Bourgois: »Creative strategies of sustainability« for cultural workers
Termin: 09. – 14.09.2013, Berlin
A week of debate and action around the theme »Culture and sustainability«, and more specifically about »Creative strategies of sustainability for European art centres«. This week programme for cultural operators proposes a common reflection and a time of intense experiences sharing around the potential »strategies of sustainability«. The seminar will be composed by six full-days of activities including workshops, lectures, exploring sustainable places and projects in Berlin, initiation about straw bale building, artistic expression, and social interaction.
This seminar is a production of the ufaFabrik Berlin in the frame of Engine Room Europe, a three-year programme (April 2011-May 2014) of activities dedicated to independent cultural workers and their creative processes. It is initiated by Trans Europe Halles (TEH) and co-ordinated by Melkweg (Amsterdam, The Netherlands) in association with 10 co-organizing TEH members.
Ort: Internationales Kultur Centrum ufaFabrik e.V.
Viktoriastrasse 10 – 18 12 105 Berlin
http://teh.net and
www.ufafabrik.de

LERNEN

Diversität, Macht und Ungleichheiten
Für eine diversitätsbewusste (Jugend-) Bildungsarbeit
Termin: 13. – 15.09.2013, Hannover

In dieser Migrationsgesellschaft lassen sich Ungleichheiten und Diskriminierungen aufgrund unterschiedlichster Differenzen (Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung, soziale und ethnische Herkunft usw.) alltäglich beobachten. Eine Herausforderung in der Bildungsarbeit ist es hierbei, kontinuierlich Diskriminierungen aus persönlicher und pädagogischer Sicht im Zusammenhang mit der eigenen gesellschaftlich-strukturellen privilegierten oder benachteiligten Position zu thematisieren. Eine Veranstaltung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e. V. gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
Kosten: 40 Euro (inkl. Unterkunft/Verpflegung).
Veranstaltungsort:
Naturfreundehaus Hannover,
Hermann-Bahlsen-Allee 8,
30655 Hannover
Information und Anmeldung:
www.idaev.de/aktuelles/workshop-diversitaet.macht.ungleichheiten-kopie.html

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Woche des Grundeinkommens 2013: "Europa bedingungslos sozial"
Termin: 16. – 22.09.2013, Österreich

Die 6. Internationale Woche des Grundeinkommens der Katholischen Sozialakademie Österreichs steht im Zeichen der Europäischen BürgerInnen-Inititative Grundeinkommen "Die Menschen in Europa sind von sinkenden Lebensstandards bedroht, viele bereits real betroffen. Zukunftsangst regiert, Politikverdrossenheit breitet sich aus, nationalistische Haltungen erstarken wieder. Nicht erst seit der Krise, sondern bereits seit Anfang der 2000er Jahre verschlechtert sich das System der Mindestsicherung in der Europäischen Union. Kosten sparen und die Zahl der Anspruchsberechtigten so klein wie möglich halten heißt: das unterste soziale Netz trägt nicht. Das bedingungslose Grundeinkommen ist das dringend benötigte Gegengewicht zu diesen Entwicklungen!"
Das Programm kann mitgestaltet werden.
http://www.ksoe.at/

WIRTSCHAFTEN

Konferenz: "Let´s Rock the Economy"
Termin: 19. – 20.09.2013, Wien

Eine Konferenz des Ökumenischen Forums Christlicher Frauen mit Beiträgen der Wirtschaftsuniversität Wien.
Ort: 1130 Wien, Kardinal Koenig Haus
www.frauenoekumeneat/

Guerilla-Konferenz: Open Ecology Economy Fair
Termin: 26. – 29.09.2013, Berlin

...mit Workshops, Vorträgen, einem MakerLab, Ausstellungen, Kunst, Spielen, Live Erfindungen & Experimenten und Führungen zu Themen wie:
DIY & Making, Biokunstoffe und Kompostierbare Hardware, Open Innovation, Open Source/Open Everything, Freie Hardware, Regeneratives Design (Cradle to Cradle Design), Offenes und Urbanes Gärtnern und Landwirtschaften, City Hacking/Hacking Environments, Stadtnatur und Ökologie, Sharing/Teilen. Wiederverwenden, Reparieren, Recyceln. Nachwachsende Rohstoffe. Kollaboration und Co-Kreation, Ökologisches Wirtschaften, Nachhaltiges Leben & Arbeiten, ...
Ort: Berlin, rund um den Moritzplatz (Kreuzberg):
www.oeef.de

Selbstverwaltete Projekte stellen sich vor
Termin: 03. – 05.10.2013, Salecina (CH)

Nicht erst angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wächst das Interesse an Alternativen zum herkömmlichen marktwirtschaftlichen System. Mindestens seit die kapitalistische Wirtschaft besteht, gibt es Menschen, die andere Wünsche und Vorstellungen haben und alternative selbstverwaltete Konzepte entwickeln. Wir haben Projekte aus der Schweiz, Deutschland, Italien und Österreich eingeladen zum Seminar. Wir werden nach einer kurzen historischen und aktuellen Einführung in Gruppen und Themenblöcken oder auch im Plenum Erfahrungen über Erfolge und Enttäuschungen austauschen und uns gegenseitig Mut machen, in guten wie in schlechten Zeiten an unseren Ideen zu arbeiten und sie praktisch zu leben. Denn: WER KEINEN MUT ZUM TRÄUMEN HAT, HAT KEINE KRAFT ZU KÄMPFEN!
Vorbereitungsteam: Gisela Notz, Berlin, Frauenwohnprojekt; Astrid Wolf, Kommune Niederkaufungen; Silvie Kiefer, Salecina-Team
http://salecina.ch/

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

»Das Letzte Zuerst!«
Fachtagung zum Thema Wieder- und Weiterverwendung
Termin: 04.10.2013, Berlin

kubus – der Wissenschaftsladen der TU Berlin veranstaltet zusammen mit Ecopol in der VIA-Schankhalle Pfefferberg eine Fachtagung zu aktuellen Beispielen für Wieder- und Weiterverwendungskonzepte.
Mit Beiträgen von:
- Prof. Martina Schäfer / ZTG – TU Berlin: »Soziale Innovationen und förderliche Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess«
- Sepp Eisenriegler / R.U.S.Z, Österreich: »Das Reparatur- und Service-Zentrum – eine Erfolgsgeschichte aus Wien«
- Nikolai Wolfert (angefragt): »Das Leihladen-Konzept – Haben war Gestern«
In zwei Ausstellungen werden zudem Produkte aus Restholz und anderen Materialien sowie die ökologischen und sozialen Problemzonen der Smartphone-Produktion gezeigt.
Veranstaltungsort: VIA-Schankhalle Pfefferberg, Schönhauser Allee 175, 10119 Berlin
www.zewk.tu-berlin.de/v-menue/kooperation_wissenschaftgesellschaft/kubus/aktuell/

SOZIALPOLITIK

Sozialpolitisches Forum: Inklusion von Menschen mit Handicaps
Trends, Kritik, Alternativen
Termin: 20. – 22.09.2013, Berlin

Auf dem Forum Sozialpolitik der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) geht es um Fragen und Probleme von »Menschen mit Handicaps«, zum Beispiel: Wie und warum werden Erwerbslose als »behindert« deklariert oder ihnen Behinderungen unterstellt? Welche Beschäftigungen und -bedingungen existieren in Werkstätten? Warum werden in Deutschland noch immer Trans*-Personen zu »psychisch Gestörten« erklärt und wie wehren sie sich dagegen? Wie wirken die gesetzlichen Regelungen im Gesundheitsbereich speziell auch auf Menschen mit Behinderungen ? Welche Gegenwehr ist möglich? Welche Möglichkeiten und Alternativen werden zu den gegenwärtig immer mehr werdenden Zwangsräumungen gesehen, die sich überwiegend gegen alte und kranke Personen richten?
Veranstaltungesort: Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin
http://agspak.de

LANDWIRTSCHAFT

Stadt ernähren – Tagung für lokale und nachhaltige Strategien
Termin: 20.9.2013, 9-18 Uhr; Biel (CH)

Lange Zeit war die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln eine lokale Aufgabe. Heute spielen Raum und Zeit kaum noch eine Rolle. Ernährungsstrategien stellen die Verbindung zwischen Produktion und Konsum von Lebensmitteln wieder her und beziehen dabei Zivilgesellschaft, Behörden und Politik ein. Kriterien wie Gesundheit, Nachhaltigkeit, Diversität und Transparenz eröffnen neben einem bewussten Konsum auch praktische Handlungsmöglichkeiten. So entstehen resiliente, zukunftsfähige und selbstbewusste Gemeinschaften. Wie ernähren wir in Zukunft unsere Stadt? Die Diskussion darüber wird mit dieser Tagung eröffnet.
Tagungsbeitrag: 75 SFR (55 SFR ermäßigt) inkl. Mittagessen
Veranstaltungsort: Wyttenbachhaus, Jakob-Rosius-Strasse 1, Biel (Schweiz)
Information und Anmeldung:
www.vision2035.ch/

LEBEN

Tagung: »We shall overcome!«
Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge.
Termin: 19.10.2013,
Gammertingen (Schwäbiche Alb)

Die Tagung dient dem Austausch mit Menschen, die sich eine Haltung der Gewaltfreiheit zur Lebensaufgabe gemacht haben. Mit Ullrich Hahn, Wiltrud Rösch-Metzler und Wolfgang Sternstein konnten drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewonnen werden, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden

wie etwa: Wodurch kamen sie zu ihrem Engagement und zu einer gewaltfreien Haltung? Woraus schöpfen sie Lebensmut für ihr langfristiges Engagement? Welche Perspektiven sehen sie in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?
Die Tagung findet anlässlich des 20-jährigen Bestehens von »Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.« mit Sitz in Gammertingen statt.
Anmeldungen bis: 04.10.2013
Ort: Evangelisches Gemeindehaus, Roter Dill 13, 72501 Gammertingen
www.lebenshaus-alb.de

Symposium: Nachhaltigkeit neu leben
- Buen vivir? Das Gute Leben in Forschung, Schule und Alltag
Termin: 17. – 19.10.2013, Halle (Saale)
Das Buen Vivir – ein ursprünglich indigenes Konzept aus dem Andenraum – wird zunehmend auch hierzulande diskutiert. Es reiht sich ein in die Diskurse um Glück und Gutes Leben und ist doch sehr eigenständig. Allen Interpretationen und Sichtweisen gemeinsam ist die Kritik am derzeitigen Entwicklungsmodell und ein ganzheitliches Verständnis der Beziehung zwischen Mensch und Natur. Das Buen Vivir ist verankert in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens, wird teilweise romantisiert, teilweise belächelt, wirft aber vor allem Fragen auf.
Ort: Martin-Luther-Universität, Weinbergweg 10, 06120 Halle (Saale)
http://www.bne-portal.de/

PARTIZIPATION

Kommune gemeinsam gestalten
Beteiligungs- und Kooperationsprozesse zwischen Bürger/innen, Wirtschaft und Kommune initiieren und realisieren
Termin: 11. – 12.10.2013, Bielefeld
Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie kooperative Prozesse zwischen der Kommune, den BürgerInnen und der lokalen Wirtschaft angestoßen und ausgestaltet werden können: Wo liegen die Ansatzpunkte und Chancen? Wie soll die richtige Beteiligungsmethode ausgewählt und der Kommunikationsprozess gestaltet werden? Welche Probleme können auftreten und welche Lösungswege gibt es?
Veranstalter: Stiftung MITARBEIT
www.mitarbeit.de/kommune_gemeinsam_gestalten_2013.html

ENERGIE

Volksentscheid: Für eine Stromversorgung in BürgerInnenhand
Termin: 03.11.2013, Berlin
Energieversorgung gehört in öffentliche Hand. Und die Verträge mit Vattenfall laufen jetzt oder erst wieder in 20 Jahren aus. Wir Berlinerinnen und Berliner können durch den Rückkauf der Stromnetze und den Aufbau eines berlineigenen Stadtwerks jetzt selbst per Volksentscheid am 3. November für eine soziale, demokratische und ökologische Energiewende sorgen.
www.berliner-energietisch.net

GEMEINSCHAFTEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Termin: 13.12. – 15.12.2013,
Niederkaufungen (bei Kassel)
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen.
An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt. ReferentInnen: Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi.
www.kommune-niederkaufungen.de